



# Resoconto integrale

della seduta n. 176 del 29 maggio 2008

# Wortprotokoll

der 176. Sitzung vom 29. Mai 2008

XIII. Legislatura  
XIII. Legislatur  
2004 - 2008

**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO  
SÜDTIROLER LANDTAG**

**SEDUTA 176. SITZUNG**

**29.5.2008**

**INDICE**

Disegno di legge provinciale n. 150/07: "Modifiche di leggi provinciali in vari settori e altre disposizioni" (continuazione). . . . .  
..... pag. 3

**INHALTSVERZEICHNIS**

Landesgesetzentwurf Nr. 150/07: "Änderungen von Landesgesetzen in verschiedenen Bereichen und andere Bestimmungen" (Fortsetzung). . . . .  
..... Seite 3

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**ROSA THALER ZELGER**

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

ORE 10.03 UHR

*(Namensaufruf – appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**PARDELLER (Sekretär - SVP):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENTIN:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Denicolò, Heiss (Nachm.), Stocker (Nachm.), Pahl, Landesrat Frick (Vorm.), Landesrätin Gniecchi und Landeshauptmann Durnwalder (Nachm.) entschuldigt.

Punkt 21 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 150/07: "Änderungen von Landesgesetzen in verschiedenen Bereichen und andere Bestimmungen" (Fortsetzung).*

Punto 21) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 150/07: "Modifiche di leggi provinciali in vari settori e altre disposizioni" (continuazione).*

Ich erinnere daran, dass gestern Abend noch der Artikel 3-quinquies verlesen und die Sitzung dann geschlossen worden ist. Ich teile auch noch mit, dass es technisch-sprachliche Korrekturen von Amts wegen gibt, und zwar in den Absätzen 9, 13 und 17.

Ich eröffne nun also die Debatte zu diesem Artikel? Wer möchte das Wort? Frau Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Das ist ein sehr langer Artikel und in all den Einzelheiten, die in ihm vorgesehen sind, sehr schwierig zu diskutieren. Bei Studium des Textes konnte ich feststellen, dass einige Bestimmungen rein technischer Natur sind. Zwei Fragen hätte ich aber doch. Was mich nicht überzeugt, ist die Einteilung in private und öffentliche Wasserleitungen. Da geht es um den in der Gesetzgebungskommission eingefügten Absatz 12, in welchem all das als öffentliche Wasserleitungen definiert wird, was über

40 Wohneinheiten oder, in Beherbergungsbetrieben 150 Betten, hinausgeht. Dann gibt es noch zwei Kategorien von privaten Wasserleitungen. Mir scheint das vorgesehene Limit, damit eine Wasserleitung als öffentlich eingestuft wird, sehr tief gesetzt. Kann uns Landesrat Laimer erklären, wie man zu dieser Einteilung gekommen ist?

Die zweite Frage betrifft den Artikel zu den Thermalwässern. Es geht um den Absatz 18, in welchem festgeschrieben wird, dass für Mineral- und Thermalwässer von Grenzwerten abgewichen werden kann. Eine Abweichung von den Grenzwerten ist dann zulässig, wenn die Wässer, die zurückgegeben werden, qualitative Merkmale aufweisen, die nicht höher als jene der entnommenen sind. Meine Frage: Um was handelt es sich hier? Könnte es sich hier eventuell – das ist eine Vermutung – um die Problematik BBT handeln?

Eine dritte Frage noch. Nachdem das Gesetz Nr. 8 abgeändert wird, in welchem wir bestimmt haben, dass Gewässerschutzplan innerhalb des Jahres 2004 zu verabschieden sei, was aber nicht der Fall war – möchte ich nachfragen, wie es mit dem Gewässerschutzplan steht. Ich weiß, dass im Wassernutzungsplan ein kleiner Teil des Wasserschutzplans rezipiert wird, aber es schiene mir trotzdem wichtig, dass man zuerst die Schutzkategorien definiert und dann die Nutzung des Gewässers vorsieht.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Gewässerschutzplan ist schon seit über einem Jahr in Kraft.

Zu den Mineralwässern ist zu sagen, dass der Artikel auf eine Reform des Staatsgesetzes und EU-Bestimmungen zurückgeht. Deshalb ist er so übernommen worden. Natürlich gehen Mineralwässer über die Grenzwerte des Trinkwassers hinaus. Insofern ist dies eine logische Weiterleitung dieser Bestimmungen. Wenn ein Mineralwasser höhere Werte hat und deshalb als besonderes Wasser anerkannt wird, dann sollte es wohl kein Problem sein, dieses Wasser in normales Bachwasser einzuleiten.

Zu den Trinkwasserleitungen ist zu sagen, dass es drei Kategorien gibt. Eine Kategorie sind die reinen öffentlichen Trinkwasserleitungen, eine zweite Kategorie sind private Trinkwasserleitungen mit öffentlichem Interesse, eine dritte Kategorie sind die privaten Trinkwasserleitungen, die keinen öffentlichen Betrieb versorgen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über Artikel 3-quinquies ab.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Beschlussfähigkeit, bitte.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: der Artikel ist mit 14 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Frau Präsidentin, ich möchte meinen üblichen Zwischenruf deponieren, nämlich, dass dieses Omnibus-Gesetz, das laut Landesregierung so dringend ist, nur deshalb behandelt werden kann, weil fünf Oppositionsmitglieder hier im Landtag sitzen. Das nur zur Klärung der Frage, wer hier mehr Verantwortungsgefühl an den Tag legt! Es geht nicht an, dass sich die SVP-Abgeordneten im Foyer amüsieren und dann in der Öffentlichkeit erklären, dass die Behandlung dieses Omnibus-Gesetzes von der Opposition blockiert würde.

*Art. 3-sexies  
Änderung des Landesgesetzes  
vom 16. März 2000, Nr. 8,  
„Bestimmungen zur Luftreinhaltung“*

- 1. Die Überschrift des I. Abschnittes des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung: „Bedingungen für den Betrieb und die Ermächtigung der Anlagen“.*
- 2. Nach Artikel 3 Absatz 4 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, wird folgender Absatz hinzugefügt:  
„5. Im Anhang C werden außerdem besondere technische Bestimmungen für bestimmte Anlagen festgelegt.“*
- 3. Artikel 5 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:  
„Art. 5 (Ermächtigung der Emissionen) - 1. Die Landesagentur für Umwelt erlässt die Emissionsermächtigung für den Betrieb der im Anhang A und B angeführten Anlagen. Die Verlegung der Anlagen von einem Ort zum anderen bewirkt den Verfall der bestehenden Ermächtigungen.  
2. Mindestens 15 Tage vor Inbetriebnahme der Anlagen laut Absatz 1 reicht der Anlagenbetreiber bei der Landesagentur für Umwelt den Antrag auf Ermächtigung der Emissionen ein, worin das Datum der Inbetriebnahme der Anlage anzugeben ist. Dem Antrag muss eine Erklärung des Betreibers beigelegt werden, aus der die Übereinstimmung der errichteten Anlage mit dem gemäß Artikel 4 genehmigten Projekt hervorgeht. Die Erklärung muss von einer im entsprechenden Berufsverzeichnis eingetragenen, befähigten Fachperson unterzeichnet werden.  
3. Nach Vorlage der in Absatz 2 genannten Unterlagen können die Anlagen in Betrieb genommen werden.  
4. Innerhalb von 90 Tagen ab Inbetriebnahme der Anlagen führt die Landesagentur für Umwelt die Abnahme derselben durch und erlässt die Ermächtigung der Emissionen. Die Ermächtigung wird dem Betreiber der Anlage und dem gebietsmäßig zuständigen Bürgermeister übermittelt. Sie legt Quantität und Qualität der Emissionen, Periodizität und Art der Eigenmessungen, so wie alle notwendigen Vorschriften fest, um den korrekten Betrieb der Anlagen zu gewährleisten.  
5. Für besondere Arten von Anlagen kann die Landesagentur für Umwelt eine Abweichung von den in den Absätzen 2 und 4 genannten Fristen gewähren und die Durchführung von Eigenmessungen verlangen, welche die Einhaltung der Grenzwerte und der Vorschriften*

nachweisen. Diese Messungen müssen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden.

6. Wird innerhalb der in den Absätzen 4 und 5 festgelegten Frist keine Ermächtigung erlassen, sind die betroffenen Anlagen außer Betrieb zu setzen.

7. Für besondere Arten von Anlagen, die im Anhang B angeführt sind und aufgrund der Kategorie und Produktionsart bestimmt werden, kann die Landesregierung eine generelle Ermächtigung genehmigen, in der die Grenzwerte, die Vorschriften und die etwaigen periodischen Eigenmessungen für jede einzelne Anlagenart festgelegt sind. Weiters wird auch die Modalität des Ansuchens der generellen Ermächtigung seitens des Betreibers in Abweichung zu den Absätzen 2 und 4 festgelegt.

8. Die Ermächtigung der Emissionen hat eine Gültigkeit von 15 Jahren. Das Ansuchen um Erneuerung ist vom Betreiber mindestens ein Jahr vor ihrem Ablauf einzureichen.

9. Gegen die Ermächtigung der Emissionen laut vorliegendem Artikel kann innerhalb der Ausschlussfrist von 30 Tagen ab dem Tag der Zustellung oder der Mitteilung derselben beim Umweltbeirat laut Artikel 3 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, Beschwerde in einziger Instanz eingelegt werden."

4. Artikel 6 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:

„Art. 6 (Ermächtigung von bestehenden Anlagen) - 1. Für bereits bestehende Anlagen wird in Abweichung zu den Artikeln 4 und 5 in folgenden Fällen ein vereinfachtes Verfahren zur Ermächtigung der Emissionen angewandt:

- a) Erneuerung der Ermächtigung gemäß Artikel 5 Absatz 8,
- b) Erlass der Ermächtigung gemäß Artikel 21 Absatz 2,
- c) Anpassung einer gemäß Artikel 5 ausgestellten Ermächtigung, aufgrund von Änderungen der Anlagen, für die keine Baugenehmigung notwendig ist.

2. Der Betreiber der Anlagen reicht beim gebietsmäßig zuständigen Bürgermeister die in Artikel 4 Absatz 2 vorgesehenen Unterlagen ein. Innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Unterlagen übermittelt der Bürgermeister, nach Feststellung, dass keine Baugenehmigung notwendig ist, die Unterlagen an die Landesagentur für Umwelt. Den Unterlagen ist ein Ansuchen um Ermächtigung der Emissionen und eine Erklärung des Betreibers beizulegen, aus der die Übereinstimmung der zu errichtenden Anlagen mit den Vorschriften dieses Gesetzes hervorgeht. Die Erklärung muss von einer befähigten Fachperson unterzeichnet werden, die in einem Berufsverzeichnis eingetragen ist.

3. Innerhalb von 90 Tagen ab Einreichung des im Absatz 2 vorgesehenen Ansuchens erlässt die Landesagentur für Umwelt die Ermächtigung der Emissionen, in der Quantität und Qualität der Emissionen, Periodizität und Art der Eigenmessungen sowie alle notwendigen Vorschriften festgelegt sind, um den korrekten Betrieb der Anlagen zu gewährleisten. Die Ermächtigung wird auch dem gebietsmäßig zuständigen Bürgermeister zur Kenntnis übermittelt.

4. Für den Erlass der Ermächtigung kann die Landesagentur für Umwelt vom Betreiber alle notwendigen Informationen zur Überprüfung der vom

*Gesetz festgelegten technischen Erfordernisse anfordern und eine Abnahme der komplexeren Anlagen durchführen.*

*5. Die Ermächtigung der Emissionen hat eine Gültigkeit von 15 Jahren. Das Ansuchen um Erneuerung ist vom Betreiber mindestens ein Jahr vor ihrem Ablauf einzureichen.*

*6. Gegen die Ermächtigung der Emissionen laut vorliegendem Artikel kann innerhalb der Ausschlussfrist von 30 Tagen ab dem Tag der Zustellung oder der Mitteilung derselben beim Umweltbeirat laut Artikel 3 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, Beschwerde in einziger Instanz eingelegt werden."*

*5. Die Überschrift des II. Abschnittes des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung: „Verbrennungsanlagen“.*

*6. Artikel 7 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:*

*„Art. 7 (Einteilung und Kontrolle) - 1. Eine Verbrennungsanlage ist eine technische Einrichtung, in der zur Gewinnung von Energie Brennstoffe oxidiert werden.*

*2. Eine Feuerungsanlage ist eine Verbrennungsanlage, die zur Gewinnung von Nutzwärme bestimmt ist und aus einem oder mehreren Wärmeerzeugern besteht. Eine Feuerungsanlage wird als häuslich bezeichnet, wenn die Wärmeproduktion hauptsächlich für das Beheizen von Gebäuden und die Warmwasseraufbereitung für hygienischen und sanitären Gebrauch verwendet wird.*

*3. Die in Anhang A und B vorgesehenen Verbrennungsanlagen müssen die Emissionsgrenzwerte und Vorschriften gemäß Anhang C einhalten.*

*4. Anhang D legt die Emissionsgrenzwerte, die Periodizität und die Art und Weise der Kontrollen für Feuerungsanlagen fest, die nicht in den Anwendungsbereich des Absatzes 3 fallen. Weiters werden die Art der Anlagen und die Modalität der Kontrollen festgelegt, die von den Feuerungskontrolleuren durchgeführt werden können.*

*5. Mit Anhang D werden die Anforderungen für das Berufsbild „Feuerungskontrolleur bzw. Feuerungskontrolleurin“ festgelegt. Die Feuerungskontrolleure müssen den Anforderungen nachgewiesener Fachkompetenz, Unparteilichkeit und der korrekten Datenverwaltung entsprechen. Stellen die zuständigen Landesämter Unregelmäßigkeiten oder Ungesetzlichkeiten bei der Kontrolltätigkeit der Feuerungskontrolleure fest, wird diesen eine Verwaltungsstrafe auferlegt, die das 10- bis 20-fache des Tarifes für die Prüfung der betreffenden Heizanlage ausmacht. Bei wiederholter Unregelmäßigkeit entzieht die Landesregierung dem Feuerungskontrolleur die Ermächtigung, die im Absatz 4 vorgesehenen Kontrollen durchzuführen.*

*6. Die Höchstarife für die Kontroll- und Überprüfungstätigkeit der Feuerungskontrolleure werden von der Landesregierung genehmigt. Die Spesen der Kontrollen gehen zu Lasten des Anlagenbetreibers.“*

*7. Artikel 7-bis des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, ist aufgehoben.*

*8. Artikel 13 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

„1. Das Verbrennen im Freien von Biomaterial oder Rückständen jeglicher Art zum Aufräumen von Wiesen, Feldern, Böschungen und Wäldern ist verboten.“

9. Artikel 14 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:

„Art. 14 (Staubemissionen) - 1. Für die Produktion, Verarbeitung, Handhabung, den Transport, die Lagerung, das Auf- und Abladen von staubförmigen Gütern werden die Bestimmungen laut Anhang C, Teil II, Ziffern 20 und 21 angewandt.

2. Die Landesregierung erlässt in Abhängigkeit des Standortes, der Dauer, der Art und Größe der Baustelle bzw. der technischen Merkmale der verwendeten Anlagen und Maschinen besondere Bestimmungen zur Einschränkung der Staubemissionen auf Baustellen und deren Zufahrtswegen.“

10. Artikel 17 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:

„Art. 17 (Händisch beschickte Feuerungsanlagen) - 1. Die Feuerungsanlagen mit einer thermischen Nennleistung gleich oder kleiner 35 Kilowatt, die mit festen Brennstoffen händisch beschickt werden, müssen so betrieben werden, dass die Schadstoffemissionen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

2. Die Gemeinden können den Betrieb jener Anlagen verbieten, die aufgrund einer unsachgemäßen Bedienung oder einer mangelhaften Installation von großer Beeinträchtigung für die öffentliche Hygiene sind.

3. Befindet sich das Gemeindegebiet in einer Zone, in der die Luftqualitätswerte über den Grenzwerten laut Artikel 10 liegen, können die Gemeinden spezifische Bedingungen für den Betrieb der Anlagen laut Absatz 1 festlegen und Kriterien für die Installation neuer Anlagen vorsehen.

4. Die in den Absätzen 1, 2 und 3 angeführten Beschränkungen, Bedingungen und Kriterien werden mit Gemeindeverordnung, nach Einholen des Gutachtens der Landesagentur für Umwelt, festgelegt.“

11. Artikel 19 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„2. Folgende Übertretungen werden mit Verwaltungsstrafen geahndet:  
a) wer eine Anlage ohne Gutachten laut Artikel 4 errichtet oder wer eine Anlage ohne die in den Artikeln 5 oder 6 vorgesehenen Ermächtigungen in Betrieb genommen hat, unterliegt folgender Verwaltungsstrafe:

1) für die im Anhang A enthaltenen Anlagen von 3.000,00 bis 9.000,00 Euro,

2) für die im Anhang B enthaltenen Anlagen von 1.000,00 bis 3.000,00 Euro,

b) wer beim Betreiben einer Anlage die Bestimmungen laut Artikel 3 nicht einhält, wer eine neue Anlage in Betrieb nimmt und die in den Artikeln 5 oder 6 vorgesehenen Fristen und Vorschriften nicht einhält, wer die Vorschriften gemäß Artikel 18 Absatz 4 nicht beachtet und wer die Fristen laut Artikel 21 nicht einhält, unterliegt folgender Verwaltungsstrafe:



- 1) für die im Anhang A enthaltenen Anlagen von 1.500,00 bis 4.500,00 Euro,
  - 2) für die im Anhang B enthaltenen Anlagen von 500,00 bis 1.500,00 Euro,
  - c) wer Brennstoffe verwendet, die nicht gemäß Artikel 8 zulässig sind, unterliegt folgenden Verwaltungsstrafen:
    - 1) für Anlagen mit einer Leistung bis zu 50 Kilowatt: von 200,00 bis 600,00 Euro,
    - 2) für Anlagen mit einer Leistung von 51 bis 300 Kilowatt: von 600,00 bis 1.800,00 Euro,
    - 3) für Anlagen mit einer Leistung von über 300 Kilowatt: von 1.800,00 bis 5.400,00 Euro,
  - d) wer die Bestimmungen über die Abgaskontrolle laut Artikel 7 nicht einhält oder wer das Verbot laut Artikel 13 nicht beachtet, unterliegt einer Verwaltungsstrafe von 100,00 bis 300,00 Euro,
  - e) wer die Bestimmungen gemäß den Artikeln 12, 14 und 15 nicht beachtet, unterliegt einer Verwaltungsstrafe von 500,00 bis 1.500,00 Euro,
  - f) wer die Vorschriften gemäß Artikel 18 Absatz 3 nicht beachtet, unterliegt einer Verwaltungsstrafe von 1.000,00 bis 3.000,00 Euro.“
- „2. Artikel 20 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, erhält folgende Fassung:
- „Art. 20 (Aufhebung von Bestimmungen) - 1. Das Landesgesetz vom 4. Juni 1973, Nr. 12, ist aufgehoben.“
13. Artikel 21 des Landesgesetzes vom 16. März 2000, Nr. 8, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
- „Art. 21 (Übergangsbestimmungen) - 1. Die gemäß Landesgesetz vom 4. Juni 1973, Nr. 12, genehmigten Anlagen, welche die Emissionsgrenzwerte gemäß Artikel 3 nicht einhalten, müssen den Bestimmungen dieses Gesetzes angepasst werden. Für diese Anlagen sind die Bestimmungen gemäß Artikel 18 Absatz 3 und 4 anzuwenden.
2. Die Betreiber der im Anhang A und B angeführten Anlagen, die vor dem 12. April 2000 errichtet oder genehmigt worden sind, müssen ein Ansuchen um Ermächtigung der Emissionen innerhalb folgender Fristen einreichen:
- a) innerhalb 31. Dezember 2009 für die Anlagen, die über keine Ermächtigung gemäß Landesgesetz vom 4. Juni 1973, Nr. 12, verfügen,
  - b) innerhalb 31. Dezember 2012 für die Anlagen, die gemäß Landesgesetz vom 4. Juni 1973, Nr. 12, genehmigt worden sind.
3. Bis zur Genehmigung des Anhangs D laut Artikel 7 bleibt das Dekret des Landeshauptmanns vom 15. Jänner 1993, Nr. 2, in Kraft.“

-----  
Art. 3-sexies

Modifiche della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, recante “Norme per la tutela della qualità dell’aria”

1. La rubrica del Capo I della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituita: “Condizioni di esercizio e autorizzazione degli impianti”.
2. Dopo il comma 4 dell’articolo 3 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è aggiunto il seguente comma:  
“5. L’allegato C stabilisce inoltre particolari norme tecniche per specifiche tipologie di impianti.”

3. L'articolo 5 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:

*"Art. 5 (Autorizzazione alle emissioni) - 1. L'Agenzia provinciale per l'ambiente rilascia l'autorizzazione alle emissioni per l'esercizio degli impianti che rientrano nelle categorie di cui agli allegati A e B. Il trasferimento degli impianti da un luogo a un altro comporta la decadenza delle autorizzazioni esistenti.*

*2. Il gestore dell'impianto di cui al comma 1 presenta all'Agenzia provinciale per l'ambiente, almeno 15 giorni prima della sua messa in esercizio, la domanda di autorizzazione alle emissioni, indicando la data di entrata in esercizio dell'impianto. La domanda deve essere corredata da una dichiarazione del gestore che attesta la conformità dell'impianto realizzato con il progetto approvato ai sensi dell'articolo*

*4. La dichiarazione è sottoscritta da un tecnico qualificato, iscritto al relativo albo professionale.*

*3. La presentazione della documentazione di cui al comma 2 consente l'entrata in esercizio degli impianti.*

*4. L'Agenzia provinciale per l'ambiente, entro 90 giorni dall'entrata in esercizio degli impianti, esegue il collaudo degli stessi e rilascia l'autorizzazione alle emissioni. L'autorizzazione viene trasmessa al gestore dell'impianto e al sindaco territorialmente competente. Essa stabilisce quantità e qualità delle emissioni, la periodicità e la tipologia delle misurazioni di autocontrollo, nonché tutte le prescrizioni necessarie a garantire il corretto funzionamento degli impianti.*

*5. Per particolari tipologie di impianti, l'Agenzia provinciale per l'ambiente può concedere una deroga ai termini previsti dai commi 2 e 4 e richiedere l'esecuzione di misurazioni di autocontrollo, che attestino il rispetto dei valori limite e delle prescrizioni. Tali misurazioni devono essere eseguite da un laboratorio di analisi indipendente.*

*6. Il mancato rilascio dell'autorizzazione entro i termini di cui ai commi 4 e 5 comporta la messa fuori esercizio degli impianti.*

*7. Per specifiche tipologie di impianti rientranti nelle categorie di cui all'allegato B e individuate in relazione al tipo e alle modalità di produzione, la Giunta provinciale può approvare un'autorizzazione generale nella quale stabilisce i valori limite, le prescrizioni, le eventuali misurazioni di autocontrollo periodiche a cui è soggetta ogni singola tipologia di impianto nonché le modalità di presentazione della domanda di autorizzazione generale in deroga a quanto disposto dai commi 2 e 4.*

*8. L'autorizzazione alle emissioni ha una validità di 15 anni. La domanda di rinnovo deve essere presentata dal gestore almeno un anno prima della sua scadenza.*

*9. Contro l'autorizzazione alle emissioni di cui al presente articolo è ammesso ricorso in unica istanza al Comitato ambientale di cui all'articolo 3 della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2, da proporsi, a pena di decadenza, nel termine di 30 giorni dalla data della notificazione o della comunicazione del provvedimento."*

4. L'articolo 6 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:

*"Art. 6 (Autorizzazione di impianti esistenti) - 1. Il rilascio di un'autorizzazione alle emissioni per impianti esistenti viene effettuato*

*con una procedura semplificata, in deroga a quanto stabilito dagli articoli 4 e 5, nei seguenti casi:*

- a) rinnovo di un'autorizzazione ai sensi dell'articolo 5, comma 8;*
- b) rilascio di un'autorizzazione ai sensi dell'articolo 21, comma 2;*
- c) aggiornamento di un'autorizzazione emessa ai sensi dell'articolo 5 in ragione di modifiche agli impianti non subordinate al rilascio di una concessione edilizia.*

*2. Il gestore degli impianti inoltra la documentazione prevista nell'articolo 4, comma 2, al sindaco territorialmente competente. Entro 60 giorni dal ricevimento della stessa, il sindaco, verificata la non necessità del rilascio di una concessione edilizia, inoltra la documentazione all'Agenzia provinciale per l'ambiente. Essa deve essere corredata da una domanda di autorizzazione alle emissioni e da una dichiarazione del gestore che attesti la conformità degli impianti alle disposizioni della presente legge, sottoscritta da un tecnico qualificato, iscritto ad un albo professionale.*

*3. Entro 90 giorni dalla presentazione della domanda di cui al comma 2, l'Agenzia provinciale per l'ambiente rilascia l'autorizzazione alle emissioni, con cui si stabilisce quantità e qualità delle emissioni, la periodicità e la tipologia delle misurazioni di autocontrollo nonché tutte le prescrizioni necessarie a garantire il corretto funzionamento degli impianti. L'autorizzazione viene inviata per conoscenza al sindaco territorialmente competente.*

*4. Ai fini del rilascio dell'autorizzazione, l'Agenzia provinciale per l'ambiente può richiedere al gestore tutte le informazioni necessarie alla verifica dei requisiti tecnici richiesti dalla legge ed eseguire il collaudo degli impianti più complessi.*

*5. L'autorizzazione alle emissioni ha una validità di 15 anni. La domanda di rinnovo deve essere presentata dal gestore almeno un anno prima della sua scadenza.*

*6. Contro l'autorizzazione alle emissioni di cui al presente articolo è ammesso ricorso in unica istanza al Comitato ambientale di cui all'articolo 3 della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2, da proporsi, a pena di decadenza, nel termine di 30 giorni dalla data della notificazione o della comunicazione del provvedimento."*

*5. La rubrica del Capo II della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituita: "Impianti di combustione".*

*6. L'articolo 7 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:*

*"Art. 7 (Classificazione e controllo) - 1. Per impianto di combustione si intende un dispositivo tecnico in cui sono ossidati combustibili al fine di utilizzare l'energia così prodotta.*

*2. Per impianto termico si intende un impianto di combustione destinato alla produzione di calore costituito da uno o più generatori di calore. Un impianto termico si definisce civile quando la produzione di calore è prevalentemente destinata al riscaldamento di edifici o al riscaldamento di acqua per usi igienici e sanitari.*

*3. Agli impianti di combustione che rientrano nelle categorie di cui agli allegati A e B si applicano i valori limite di emissione e le disposizioni di cui all'allegato C.*

4. L'allegato D stabilisce i valori limite di emissione, la periodicità e le modalità dei controlli per gli impianti termici che non rientrano nella fattispecie di cui al comma 3. Esso determina inoltre i tipi d'impianto e le tipologie dei controlli che possono essere eseguiti da parte dei controllori fumi.

5. L'allegato D fissa i requisiti per il riconoscimento della figura professionale di "controllore fumi o controllora fumi". I controllori fumi devono soddisfare criteri di comprovata competenza, imparzialità e di corretta gestione delle informazioni. Se gli uffici provinciali competenti accertano delle irregolarità o violazioni di legge nell'attività di controllo e verifica da parte dei controllori fumi, a carico degli stessi si applica una sanzione amministrativa pari a dieci fino a venti volte la tariffa di controllo dell'impianto in questione e, in caso di recidiva, la Giunta provinciale revoca al controllore fumi l'autorizzazione a eseguire le verifiche di cui al comma 4.

6. Le tariffe massime da applicarsi per l'attività di controllo e verifica dei controllori fumi sono approvate dalla Giunta provinciale. Le spese per i controlli sono a carico dei gestori degli impianti."

7. L'articolo 7-bis della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è abrogato.

8. Il comma 1 dell'articolo 13 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, e successive modifiche, è così sostituito:

"1. È vietata la combustione all'aperto di materiale di origine vegetale o di residui di qualsiasi genere per pulire prati, campi, scarpate e boschi."

9. L'articolo 14 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:

"Art. 14 (Emissioni di polveri) - 1. Per le attività che comportano produzione, lavorazione, manipolazione, trasporto, stoccaggio, carico o scarico di materiali polverulenti si applicano le disposizioni cui all'allegato C, parte II, punti 20 e 21.

2. La Giunta provinciale emana direttive specifiche per il contenimento delle emissioni di polveri nei cantieri e nelle relative vie d'accesso, con riguardo all'ubicazione, alla durata, al tipo e alla grandezza dei cantieri ovvero alle caratteristiche tecniche degli impianti e delle macchine utilizzate."

10. L'articolo 17 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:

"Art. 17 (Impianti termici alimentati manualmente) - 1. Gli impianti termici con potenza termica nominale pari o inferiore a 35 chilowatt ed alimentati manualmente con combustibili solidi, vanno condotti in modo tale da ridurre al minimo le emissioni di inquinanti.

2. I comuni possono vietare l'esercizio degli impianti che, a causa di una loro scorretta gestione o inadeguata installazione, procurino grave pregiudizio per l'igiene pubblica.

3. Qualora il territorio comunale si trovi in una zona in cui i valori di qualità dell'aria sono superiori ai valori limite di cui all'articolo 10, i comuni possono determinare specifiche modalità di esercizio degli impianti di cui al comma 1 e prevedere criteri per l'installazione di nuovi impianti.

4. Le limitazioni, le modalità e i criteri di cui ai commi 1, 2 e 3 sono fissati con regolamento comunale, previo parere dell'Agenzia provinciale per l'ambiente."

11. Il comma 2 dell'articolo 19 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, e successive modifiche, è così sostituito:

"2. Le seguenti violazioni comportano l'applicazione di sanzioni amministrative pecuniarie:

a) chi costruisce un impianto senza il parere di cui all'articolo 4 oppure chi ha messo in esercizio un impianto senza le autorizzazioni previste dagli articoli 5 o 6 soggiace alla seguente sanzione amministrativa pecuniaria:

1) per impianti di cui all'allegato A, da euro 3.000,00 ad euro 9.000,00;

2) per impianti di cui all'allegato B, da euro 1.000,00 ad euro 3.000,00;

b) chi, nell'esercizio di un impianto, non rispetta le disposizioni di cui all'articolo 3, chi attiva un nuovo impianto e non rispetta i termini e le prescrizioni di cui agli articoli 5 o 6, chi non ottempera a quanto stabilito dall'articolo 18, comma 4, e chi non rispetta i termini di cui all'articolo 21, soggiace alla seguente sanzione amministrativa pecuniaria:

1) per impianti di cui all'allegato A, da euro 1.500,00 ad euro 4.500,00;

2) per impianti di cui all'allegato B, da euro 500,00 ad euro 1.500,00;

c) chiunque impieghi un combustibile non autorizzato ai sensi dell'articolo 8 soggiace alle seguenti sanzioni amministrative pecuniarie:

1) per impianti con una potenzialità fino a 50 chilowatt: da euro 200,00 ad euro 600,00;

2) per impianti con una potenzialità da 51 a 300 chilowatt: da euro 600,00 ad euro 1.800,00;

3) per impianti con una potenzialità di oltre 300 chilowatt: da euro 1.800,00 ad euro 5.400,00;

d) chi non ottempera alle disposizioni in materia di controllo dei fumi di cui all'articolo 7 o chi non rispetta il divieto di cui all'articolo 13 soggiace ad una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 100,00 ad euro 300,00;

e) chi non ottempera a quanto disposto dagli articoli 12, 14 e 15 soggiace alla sanzione amministrativa pecuniaria da euro 500,00 ad euro 1.500,00;

f) chi non ottempera alle prescrizioni di cui all'articolo 18, comma 3, soggiace ad una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 1.000,00 ad euro 3.000,00."

12. L'articolo 20 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, è così sostituito:

"Art. 20 (Abrogazione di norme) - 1. La legge provinciale 4 giugno 1973, n. 12, è abrogata."

13. L'articolo 21 della legge provinciale 16 marzo 2000, n. 8, e successive modifiche, è così sostituito:

"Art. 21 (Norme transitorie) - 1. Gli impianti autorizzati ai sensi della legge provinciale 4 giugno 1973, n. 12, che non rispettano i valori limite di emissione di cui all'articolo 3, devono essere adeguati alle disposizioni della presente legge. Per tali impianti si applica quanto disposto dall'articolo 18, commi 3 e 4.

2. I gestori degli impianti che rientrano nelle categorie degli allegati A e B e che sono stati realizzati o autorizzati prima del 12 aprile 2000, devono presentare una domanda di autorizzazione alle emissioni entro i seguenti termini:

a) entro il 31 dicembre 2009 per gli impianti privi dell'autorizzazione rilasciata ai sensi della legge provinciale 4 giugno 1973, n. 12;

b) entro il 31 dicembre 2012 per gli impianti autorizzati ai sensi della legge provinciale 4 giugno 1973, n. 12.

3. Sino all'approvazione dell'allegato D di cui all'articolo 7 resta in vigore il decreto del Presidente della Giunta provinciale 15 gennaio 1993, n. 2."

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Frau Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Das ist auch wieder ein sehr langer Artikel, der vielfach technischer Natur ist und die Rezeption nationaler bzw. europäischer Normen mit sich bringt. So weit, so gut. Was uns nicht überzeugt, ist der in der Kommission eingefügte Passus. Es geht um Absatz 7. Wir haben im vorhergehenden Absatz eine Zusammenlegung der Ermächtigungsprozedur für die Anlagen, wie sie in Anhang A und B vorgesehen sind. Anhang A enthält die großen Betriebe, während sich Anhang B mit mittleren Betrieben beschäftigt. Wir finden es problematisch, dass in Absatz 7 eine Art Abweichung von der allgemeinen Genehmigungsprozedur für nicht näher definierte Anlagen im Anhang B vorgesehen ist. Ich zitiere: "*Für besondere Arten von Anlagen, die im Anhang B angeführt sind und aufgrund der Kategorie- und Produktionsart bestimmt werden, kann die Landesregierung eine generelle Ermächtigung genehmigen.*" Das ist also eine Abweichung der vorher genehmigten Prinzipien. Das ist das übliche Strickmuster der Südtiroler Gesetzgebung, das heißt, am Anfang werden klar die Prinzipien festgelegt und dann kommen Abweichungsmöglichkeiten. Der Absatz 7 scheint uns auch so eine Abweichungsmöglichkeit zu sein. Dieser Absatz ist erst im Rahmen der Arbeiten in der Gesetzgebungskommission eingefügt worden. Ich ersuche Landesrat Laimer uns zu sagen, warum diese Abweichung vorgesehen ist. Außerdem beantrage ich eine getrennte und geheime Abstimmung über diesen Absatz.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. RICCARDO DELLO SBARBA**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Laimer.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Danke, Herr Präsident! Dieser Artikel beinhaltet eine Reihe von Änderungen im Bereich der Luftreinhaltung. Es handelt sich um technische Änderungen, die vom Amt für Luft und Lärm und von den chemischen Laborkontrollstellen vorbereitet worden sind und weder in der Landesregierung, noch in der Gesetzgebungskommission eine Änderung erfahren haben. Es sind Vorgaben der EU und des Staates, die zugleich auch unseren Luftreinhaltungsplan rechtlich absichern.

Zu Absatz 7 ist zu sagen, dass diesbezüglich auch politisch keine Änderung gemacht worden ist. Diese Formulierung ist vom zuständigen Amt selbst gekommen. Es handelt sich um Anlagen, die im Anhang B aufgelistet sind. Dies sind technische Vorschriften, die umgesetzt werden, und sonst gar nichts!

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione e votiamo prima per alzata di mano l'intero articolo senza il punto 7 del comma 3.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Beschlussfähigkeit, bitte!

**PRESIDENTE:** Va bene. Prego uno dei segretari questori di contare: siamo solo in 16, pertanto manca il numero legale.

La seduta è sospesa per 15 minuti.

ORE 11.01 UHR

-----

ORE 11.18 UHR

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Ripetiamo la votazione sull'intero articolo senza il punto 7 del comma 3: approvato con 16 voti favorevoli e 2 astensioni.

Come richiesto dalla consigliera Kury e da altri quattro consiglieri il punto 7 del comma 3 viene votato per scrutinio segreto.

Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 17 voti favorevoli, 6 voti contrari e 3 schede bianche. Pertanto l'articolo 3-sexies è approvato.

*Art. 3-septies*

*Modifiche della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, recante "La gestione dei rifiuti e la tutela del suolo"*

1. La lettera a) del comma 1 dell'articolo 17 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, e successive modifiche, è così sostituita:

*"a) chiunque svolge operazioni di recupero o smaltimento di rifiuti;"*.

2. La lettera a) del comma 1 dell'articolo 18 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, e successive modifiche, è così sostituita:

*"a) chiunque svolge operazioni di recupero o smaltimento di rifiuti;"*.

3. Le lettere e) e h) del comma 1 dell'articolo 43 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, sono così sostituite:

*"e) chiunque omette di tenere o tiene in modo incompleto il registro dei rifiuti di cui all'articolo 17 o non lo tiene secondo le modalità fissate dalla Giunta provinciale, è punito con le seguenti sanzioni amministrative pecuniarie:*

*da 500 euro a 1.500 euro, qualora trattasi di produttori e detentori;*

*da 1.500 euro a 4.500 euro, qualora trattasi di altri soggetti di cui all'articolo 17;*

*h) chiunque effettua il trasporto di rifiuti senza il formulario di identificazione dei rifiuti di cui all'articolo 19 o non indica i dati previsti dalla Giunta provinciale o indica dati incompleti o inesatti, è punito con la sanzione amministrativa pecuniaria:*

*da 500 euro a 1.500 euro, qualora trattasi di produttori e detentori;*

*da 1.500 euro a 4.500 euro, qualora trattasi di trasportatori e destinatari;"*.

4. La lettera c) del comma 1 dell'articolo 3 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, è così sostituita:

*"c) sottoprodotto: le sostanze e i materiali dei quali il produttore non intende disfarsi ai sensi della lettera a) e che soddisfino tutti i seguenti criteri, requisiti e condizioni:*

*siano originati da un processo non direttamente destinato alla loro produzione;*

*il loro impiego sia certo, sin dalla fase della produzione, integrale e avvenga direttamente nel corso del processo di produzione o di utilizzazione preventivamente individuato e definito;*

*soddisfino requisiti merceologici e di qualità ambientale idonei a garantire che il loro impiego non dia luogo ad emissioni e ad impatti ambientali qualitativamente e quantitativamente diversi da quelli autorizzati per l'impianto dove sono destinati ad essere utilizzati;*

*non debbano essere sottoposti a trattamenti preventivi o a trasformazioni preliminari per soddisfare i requisiti merceologici e di qualità ambientale di cui al punto 3), ma posseggono tali requisiti sin dalla fase della produzione;*

*abbiano un valore economico di mercato. La Giunta provinciale stabilisce i criteri secondo i quali le terre e rocce da scavo sono considerati come sottoprodotti."*

5 Il comma 2 dell'articolo 20 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, e successive modifiche, è così sostituito:

*"2. Gli articoli 17 e 18 non si applicano alle imprese di cui all'articolo 212, comma 8, del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, che raccolgono e trasportano i propri rifiuti non pericolosi."*



6. L'articolo 24 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, è così sostituito:

*“Art. 24 (Collaudo ed autorizzazione di progetti degli impianti di recupero e di smaltimento di rifiuti) - 1. Prima della messa in esercizio dell'impianto, l'interessato presenta all'Agenzia provinciale la domanda di collaudo ed autorizzazione dell'impianto.*

*2. Entro 90 giorni dalla richiesta di cui al comma 1 l'Agenzia provinciale accerta la regolarità dell'impianto e rilascia l'autorizzazione, la quale individua le condizioni e le prescrizioni necessarie per garantire l'attuazione dei principi della presente legge, le necessarie garanzie finanziarie nonché la periodicità e la tipologia dei controlli interni. Le prescrizioni contenute nell'autorizzazione possono essere modificate, tenendo conto dell'evoluzione tecnologica nonché dell'evoluzione della situazione ambientale.*

*3. L'autorizzazione deve essere rinnovata ogni cinque anni, e comunque in caso di modifica sostanziale delle attività. L'autorizzazione per impianti registrati ai sensi del regolamento EMAS o della norma ISO 14001 ha una validità di 8 anni.*

*4. La modifica dell'autorizzazione, per cui non si prevede l'applicazione dell'articolo 23, deve essere richiesta all'Agenzia provinciale, la quale si pronuncia entro 60 giorni.*

*5. Avverso il provvedimento dell'Agenzia provinciale è ammesso ricorso, entro 30 giorni dalla notifica, al comitato ambientale di cui all'articolo 3 della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2, e successive modifiche.*

*6. In deroga all'articolo 23 gli impianti mobili di smaltimento o di recupero, ad esclusione della sola riduzione volumetrica, sono autorizzati dall'Agenzia provinciale qualora l'interessato abbia la sede legale o la società straniera proprietaria dell'impianto abbia la sede di rappresentanza nell'ambito della provincia di Bolzano. Per lo svolgimento delle singole campagne di attività sul territorio provinciale l'interessato, munito di autorizzazione, rilasciata anche da altre regioni, almeno 15 giorni prima dell'installazione dell'impianto deve comunicare all'Agenzia provinciale le specifiche dettagliate relative alla campagna di attività, allegando l'autorizzazione stessa e l'iscrizione all'albo nazionale di cui all'articolo 212 del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, nonché l'ulteriore documentazione richiesta al fine di documentare il rispetto delle norme ambientali. Decorso questo termine ovvero in presenza del nulla osta dell'Agenzia provinciale, l'attività può essere iniziata. L'Agenzia provinciale può adottare prescrizioni integrative oppure può vietare l'attività con provvedimento motivato, qualora lo svolgimento della stessa nello specifico sito non sia compatibile con la tutela dell'ambiente.*

*7. Ferma restando l'applicazione delle sanzioni di cui all'articolo 43, qualora, a seguito di controlli successivi all'avviamento degli impianti, questi non risultino conformi all'autorizzazione di cui al presente articolo, a seconda della gravità delle infrazioni si procede:*

*a) alla diffida, stabilendo un termine entro il quale devono essere eliminate le irregolarità;*

*b) alla diffida e contestuale sospensione dell'autorizzazione per un tempo determinato;*

c) alla revoca dell'autorizzazione in caso di mancato adeguamento alle prescrizioni e in caso di reiterate violazioni.”

-----

*Art. 3-septies*

*Änderung des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4,  
„Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz“*

*1. Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„a) alle, die Abfälle verwerten oder beseitigen,“.*

*2. Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„a) für alle, die Abfälle verwerten oder beseitigen,“.*

*3. Artikel 43 Absatz 1 Buchstaben e) und h) des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, erhalten folgende Fassung:*

*„e) wer das Abfallregister laut Artikel 17 nicht, nicht komplett oder nicht in der von der Landesregierung festgesetzten Art und Weise führt, wird mit folgenden Geldbußen bestraft:*

*Produzenten und Besitzer: von 500 Euro bis 1.500 Euro,*

*andere Subjekte laut Artikel 17 von 1.500 Euro bis 4.500 Euro;*

*h) wer den Transport von Abfällen ohne Abfallbegleitschein laut Artikel 19 durchführt oder nicht die von der Landesregierung vorgesehenen Daten anführt oder nicht komplette oder nicht korrekte Daten angibt, wird mit folgenden Geldbußen bestraft:*

*Produzenten und Besitzer: von 500 Euro bis 1.500 Euro,*

*Beförderer und Empfänger: von 1.500 Euro bis 4.500 Euro;“.*

*4. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, erhält folgende Fassung:*

*„c) Nebenerzeugnis: Substanzen und Materialien, derer sich der Erzeuger nicht beabsichtigt gemäß Buchstabe a) zu entledigen und die folgende Kriterien, Voraussetzungen und Bedingungen erfüllen:*

*sie stammen aus einem Produktionsprozess sind aber nicht direkt Ziel dieses Produktionsprozesses;*

*ihre Verwendung ist ab der Phase ihrer Entstehung sicher, vollständig und erfolgt direkt im Produktionsprozess oder in einem vorher bestimmten und definierten Verwendungsprozess;*

*sie entsprechen geeigneten warenkundlichen und umweltmäßigen Standards, um zu gewährleisten, dass ihre Verwendung nicht qualitäts- und mengenmäßig andere Emissionen und Umweltauswirkungen hat als die ermächtigte Anlage, in der sie verwendet werden;*

*sie dürfen nicht vorhergehenden Behandlungen und Veränderungen unterzogen werden, um die warenkundlichen und umweltmäßigen Standards laut Punkt 3) zu erfüllen, sondern müssen diese Voraussetzungen ab der Produktionsphase besitzen;*

*sie müssen einen marktwirtschaftlichen Wert haben. Die Landesregierung bestimmt die Kriterien, gemäß welchen Erde und Steine aus Aushub als Nebenerzeugnisse angesehen werden können.“*

*5. Artikel 20 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„2. Die Artikel 17 und 18 gelten nicht für Unternehmen laut Artikel 212 Absatz 8 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr.*

152, die ihre eigenen nicht gefährlichen Abfälle sammeln und befördern.“

6. Artikel 24 des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, erhält folgende Fassung:

“Art. 24 (Abnahme und Ermächtigung der Anlagen für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen) - 1. Vor Inbetriebnahme der Anlage reicht der Betreiber bei der Landesagentur einen Antrag auf Bauabnahme und auf Ermächtigung der Anlage ein.

2. Innerhalb von 90 Tagen ab Einreichen des Ansuchens laut Absatz 1 überprüft die Landesagentur die Funktionstüchtigkeit der Anlage und erteilt die entsprechende Ermächtigung; in dieser werden die Voraussetzungen und Auflagen festgelegt, die nötig sind, um die Umsetzung der Grundsätze dieses Gesetzes zu gewährleisten, ebenso die erforderlichen Finanzgarantien sowie die Periodizität und die Art der internen Kontrollen. Die in der Ermächtigung enthaltenen Vorschriften können unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung und der Entwicklung der Umweltsituation abgeändert werden.

3. Die Ermächtigung muss alle fünf Jahre erneuert werden; bei einer grundlegenden Änderung der Tätigkeit muss sie auf jeden Fall erneuert werden. Die Ermächtigung für Anlagen, die gemäß EMAS-Verordnung oder gemäß ISO 14001 registriert sind, hat eine Gültigkeit von 8 Jahren.

4. Die Änderung der Ermächtigung, auf die das Verfahren laut Artikel 23 nicht Anwendung findet, muss bei der Landesagentur eingereicht werden, die sich innerhalb von 60 Tagen ausspricht.

5. Gegen die Maßnahme der Landesagentur kann innerhalb von 30 Tagen ab Zustellung Beschwerde bei dem vom Artikel 3 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, in geltender Fassung, vorgesehenen Umweltbeirat eingereicht werden.

6. In Abweichung von Artikel 23 werden die mobilen Anlagen für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen, mit Ausnahme der bloßen Volumenreduzierung, von der Landesagentur ermächtigt, sofern die betroffene Person den Rechtssitz beziehungsweise die ausländische Gesellschaft als Eigentümerin der Anlage eine Niederlassung in Südtirol hat. Für die Durchführung der einzelnen Tätigkeiten im Landesgebiet teilt die betroffene Person, die im Besitz der Ermächtigung ist, welche auch von anderen Regionen ausgestellt sein kann, mindestens 15 Tage vor Aufstellung der Anlage der Landesagentur eine detaillierte Beschreibung der Tätigkeit mit. Der Beschreibung sind die Ermächtigung und die Eintragung in das nationale Verzeichnis laut Artikel 212 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, sowie die weiteren angeforderten Unterlagen beizulegen, welche die Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen belegen. Nach Ablauf dieser Frist oder vorher, falls eine Unbedenklichkeitserklärung seitens der Landesagentur vorliegt, kann die Tätigkeit aufgenommen werden. Die Landesagentur kann ergänzende Vorschriften erlassen oder mit begründeter Maßnahme die Tätigkeit verbieten, wenn die Durchführung der Tätigkeit am vorgesehenen Standort mit dem Umweltschutz unvereinbar ist.

7. Wenn Kontrollen nach der Inbetriebnahme der Anlage ergeben, dass diese nicht der Ermächtigung laut diesem Artikel entspricht, wird,

*unter Beibehaltung der Anwendung der Strafen laut Artikel 43, unter Berücksichtigung der Schwere der Übertretungen wie folgt vorgegangen:*

- a) Mahnung, mit welcher eine Frist festgesetzt wird, innerhalb der die Unregelmäßigkeiten zu beheben sind,*
- b) Mahnung und gleichzeitige Aussetzung der Ermächtigung für eine bestimmte Zeit,*
- c) Widerruf der Ermächtigung bei nicht erfolgter Anpassung an die Vorschriften und bei wiederholten Übertretungen.“*

Do lettura di un emendamento, presentato dall'assessore Laimer.

"Dopo il comma 4 dell'articolo 3-septies viene aggiunto il seguente comma 4-bis: '4-bis. La lettera b) del comma 3 dell'articolo 19 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, è così sostituita: 'b) ai trasporti di rifiuti che non eccedano la quantità di 30 chilogrammi o di 30 litri al giorno, effettuati dal produttore dei rifiuti stesso non a titolo professionale. In questo caso il gestore dell'impianto di trattamento deve rilasciare una conferma scritta, secondo le modalità fissate dalla Giunta provinciale'.

Dopo il comma 5 dell'articolo 3- seppie viene aggiunto il seguente comma 5-bis: '5-bis. Dopo il comma 2 dell'articolo 20 della legge provinciale 26 maggio 2006, n. 4, viene aggiunto il seguente comma 3: 'Con riguardo all'obbligo e alle modalità di iscrizione all'Albo nazionale, la Giunta provinciale può emanare disposizioni per regolamentare le procedure e l'obbligo di iscrizione'".

"Nach Absatz 4 des Artikels 3-septies wird folgender Absatz 4-bis hinzugefügt: '4-bis. Artikel 19 Absatz 3 Buchstabe b) des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, erhält folgende Fassung: 'b) die Beförderung von Abfällen, die vom Erzeuger selbst nicht gewerbsmäßig durchgeführt wird und die Menge von 30 Kilogramm oder 30 Litern pro Tag nicht überschreitet. In diesem Fall muss der Betreiber der Behandlungsanlage eine schriftliche Bestätigung in der von der Landesregierung vorgesehenen Form ausstellen'.

Nach Absatz 5 des Artikel 3-septies wird folgender Absatz 5-bis hinzugefügt: '5-bis. Nach Artikel 20 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 26. Mai 2006, Nr. 4, wird folgender Absatz 3 hinzugefügt: '3. Hinsichtlich der Pflicht und der Modalitäten der Eintragung in das nationale Verzeichnis kann die Landesregierung Bestimmungen erlassen, um die Eintragungsverfahren und die Eintragungspflicht zu regeln'".

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich ersuche den Landesrat um Erläuterung dieses Änderungsantrages, zumal dazu kein Begleitbericht vorliegt.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Vor einem Jahr haben wir den Gesetzentwurf betreffend die Abfallbewirtschaftung behandelt. Ein Artikel dieses Gesetzentwurfes wurde von der römischen Regierung angefochten und ist dann auch für verfassungswidrig erklärt worden. Es geht um den Transport von kleinen Müllmengen von Gewerbetreibenden, beispielsweise von Friseurs, Hoteliers usw. Diese können den Müll aufgrund des Urteiles des Verfassungsgerichtshofes nicht mehr zum Recyclinghof bringen, wenn sie vorher nicht in ein entsprechendes nationales Verzeichnis eingetragen werden. Das ist absurd und jenseits jeder Vernunft! Mit diesem Artikel wollen wir das wiederherstellen, damit man mit normalem Hausverstand arbeiten kann. Wenn man sich vorstellt, dass ein Friseur, um Haarlacke, die er nicht mehr braucht, zum Recyclinghof bringen zu können, in ein nationales Verzeichnis eingetragen werden muss, dann hat man wohl jedes Gespür für eine machbare Handhabe in diesem Bereich verloren! Wir wollen mit diesem Artikel eine vernünftige Handhabe gewährleisten.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Der Artikel 19 hat in Absatz 3 Buchstabe b) bisher die Beförderung von Sonderabfällen vorgesehen. Jetzt geht es aber nur mehr um die Beförderung von Abfällen, die vom Erzeuger selbst nicht gewerbsmäßig durchgeführt wird und die Menge von 30 Kilogramm oder 30 Litern pro Tag nicht überschreitet. Ist das ein Versehen, denn die Beförderung von Abfällen ist ja bereits anders geregelt. Hier ist es aber vor allem um die Beförderung von Sonderabfällen gegangen. Warum nimmt man diese Unterscheidung jetzt heraus? Ist das aufgrund des Staatsgesetzes nicht mehr notwendig? Es ist nämlich schon ein Unterschied, ob es sich um Sonderabfälle oder um allgemeine Abfälle handelt.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Hier geht es nur um Sondermüll.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'emendamento, presentato dall'assessore Laimer: approvato con 6 astensioni e i restanti voti favorevoli.

Chi chiede la parola sull'articolo così emendato? Nessuno. Allora passiamo alla votazione.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Beschlussfähigkeit, bitte!

**PRESIDENTE:** Va bene. Prego uno dei segretari questori di contare: 11 voti favorevoli e 2 astensioni. Manca il numero legale, pertanto interrompo la seduta per 15 minuti.

ORE 11.42 UHR

-----

ORE 12.01 UHR

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.  
Ripetiamo la votazione sull'articolo 3-septies.

**LAMPRECHT (SVP):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Lamprecht e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. Cominciamo con il numero 23:

**PASQUALI (Forza Italia):** (Assente)

**PÖDER (UFS):** Enthalten.

**SAURER (SVP):** Ja.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Astenuto.

**SIGISMONDI (AN):** (Assente)

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ja.

**STOCKER (SVP):** (Abwesend)

**THALER (SVP):** Ja.

**THALER ZELGER (SVP):** Ja.

**THEINER (SVP):** Ja.

**UNTERBERGER (SVP):** Ja.

**URZÌ (AN):** No.

**WIDMANN (SVP):** (Abwesend)

**BAUMGARTNER (SVP):** Ja.

**BERGER (SVP):** Ja.

**CIGOLLA (Il Centro):** Sì.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**  
No.

**DENICOLÒ (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** (Abwesend)

**GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links):** (Assente)

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**KASSLATTER MUR (SVP):** Ja.

**KLOTZ (UFS):** Enthalten.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**LADURNER (SVP):** Ja.

**LAIMER (SVP):** Ja.

**LAMPRECHT (SVP):** Ja.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

**MAIR (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

**MINNITI (AN):** (Assente)

**MUNTER (SVP):** Ja.

**MUSSNER (SVP):** Ja.

**PAHL (SVP):** (Abwesend)

**PARDELLER (SVP):** Ja.

Do lettura dell'esito della votazione: 16 voti favorevoli, 2 voti contrari e 3 astensioni. Pertanto l'articolo 3-septies è approvato.

*Art. 3-octies*

*Modifica della legge provinciale*

*27 ottobre 1988, n. 41, recante "Riorganizzazione dei servizi di tutela dell'ambiente e del lavoro"*

*1. Il comma 6 dell'articolo 25 della legge provinciale 27 ottobre 1988, n. 41, e successive modifiche, è abrogato.*

*2. Il comma 8 dell'articolo 25 della legge provinciale 27 ottobre 1988, n. 41, e successive modifiche, è così sostituito:*

*"8. L'iscrizione nell'elenco provinciale può avvenire altresì previa regolare frequenza e dopo superamento di un esame teorico-pratico di corsi specifici organizzati dall'amministrazione provinciale o da questa approvati."*

-----

*Art. 3-octies*

*Änderung des Landesgesetzes*

*vom 27. Oktober 1988, Nr. 41,*

*„Umgestaltung der Dienststellen für Umwelt- und Arbeitsschutz“*

*1. Artikel 25 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 27. Oktober 1988, Nr. 41, in geltender Fassung, ist aufgehoben.*

*2. Artikel 25 Absatz 8 des Landesgesetzes vom 27. Oktober 1988, Nr. 41, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„8. Die Eintragung in das Landesverzeichnis kann darüber hinaus nach ordnungsgemäßer Teilnahme und Bestehen einer theoretischen und praktischen Prüfung an einschlägigen Kursen erfolgen, welche von der Landesverwaltung veranstaltet oder von dieser genehmigt werden.“*

Qualcuno chiede la parola su questo articolo? Nessuno. Allora passiamo alla votazione.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung nach Absätzen.

**PRESIDENTE:** Va bene.

Allora votiamo prima il comma 1: approvato con 8 astensioni e i restanti voti favorevoli.

Votiamo il comma 2: respinto con 6 astensioni e 14 voti contrari.



CAPO II-ter  
AGRICOLTURA, FORESTE  
E PROTEZIONE DEGLI ANIMALI  
Art. 3-novies

Modifica della legge provinciale  
12 agosto 1978, n. 39, recante

“La disciplina dei ristori di campagna”

1. Il comma 1 dell'articolo 4 della legge provinciale 12 agosto 1978, n. 39, e successive modifiche, è così sostituito:

“1. Entro dieci giorni dalla presentazione della dichiarazione il sindaco proibisce che il ristoro venga attivato ove le bevande e i cibi che saranno somministrati non siano, come previsto dall'articolo 2, esclusivamente o prevalentemente di propria produzione. Entro questo termine egli può anche imporre le necessarie condizioni e limitazioni per l'esercizio dell'attività.”

-----

2. ABSCHNITT-ter  
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT SOWIE TIERSCHUTZ  
Art. 3-novies

Änderung des Landesgesetzes vom 12. August 1978, Nr. 39,  
„Buschenschankordnung“

1. Artikel 4 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 12. August 1978, Nr. 39, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„1. Der Bürgermeister hat die Eröffnung eines Buschenschankes in der Frist von zehn Tagen ab dem Eingang der Anmeldung zu untersagen, wenn die zur Verabreichung bestimmten Getränke und Speisen nicht, wie von Artikel 2 vorgesehen, ausschließlich oder vorwiegend selbsterzeugte Produkte sind. Er kann in derselben Frist allenfalls erforderliche Auflagen und Beschränkungen für das Ausüben dieser Tätigkeit erteilen.“

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Die Frage geht an Landesrat Berger. Ich verstehe das so, dass es für die Eröffnung eines Buschenschankes nicht mehr notwendig ist, dass die Räume einem hygienischen Standard entsprechen müssen. Ich wollte nachfragen, warum dieser Passus gestrichen worden ist.

**BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster - SVP):** Frau Kury, hier geht es nicht um die Streichung der hygienisch-sanitären Voraussetzungen, denn diese Bestimmungen müssen immer eingehalten werden. Hier geht es lediglich um die Eigenprodukte. Sollte das Gesetz betreffend Urlaub auf dem Bauernhof noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden, dann würde sich dieser Artikel erübrigen. In Anbetracht dessen besteht also die Notwendigkeit, einen Artikel einzufügen, der darauf ausgerichtet ist, dass der Bürgermeister die Genehmigung entziehen kann,

wenn die Auflagen für die Eigenprodukte im Buschenschank nicht erfüllt werden. Das war bis jetzt rechtlich nicht abgesichert, weshalb wir diesen Artikel eingefügt haben.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo 3-novies: approvato con 4 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 3-decies*

*Modifiche della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, recante  
"Norme per la protezione della fauna selvatica  
e per l'esercizio della caccia"*

*1. Alla lettera a) del comma 5 dell'articolo 4 della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, e successive modifiche, è anteposta la seguente lettera:*

*„oa) la tipologia e le finalità di deroga;”.*

*2. Dopo il comma 5 dell'articolo 4 della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, e successive modifiche, sono inseriti i seguenti commi 5-bis e 5-ter:*

*“5-bis. In tutti i casi di applicazione della deroga prevista dall'articolo 9, paragrafo 1, lettera c), della direttiva 79/409/CEE, deve essere garantito che il totale dei prelievi venatori autorizzati, per ciascuna specie protetta, non superi il tetto di piccole quantità, fissato in base a rigorosi dati scientifici per la rispettiva specie per tutto il territorio nazionale.*

*5-ter. L'Osservatorio faunistico provinciale garantisce, mediante adeguati controlli, che i provvedimenti di prelievi in deroga vengano applicati correttamente. A tal fine si avvale del Corpo forestale provinciale e degli agenti venatori.”*

*3. L'articolo 19-ter della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, è così sostituito:*

*“Art. 19-ter (Giardini zoologici) - 1. Ai fini della presente legge, per giardino zoologico si intende qualsiasi complesso permanente, nel quale vengono tenuti a scopo di esposizione, per almeno sette giorni all'anno, animali vivi di specie selvatiche autoctone, ivi comprese quelle di cui alla legge provinciale 9 giugno 1978, n. 28, e successive modifiche. Sono esclusi dalla presente disciplina i circhi, i negozi di animali da compagnia, i centri di allevamento di fauna selvatica di cui all'articolo 19, le strutture per la detenzione di uccelli a scopo ornamentale e amatoriale di cui all'articolo 19-bis, nonché la detenzione di specie ittiche non protette.*

*2. I giardini zoologici devono:*

*a) partecipare a ricerche da cui risultino vantaggi per la conservazione delle specie o ad azioni di formazione nelle pertinenti tecniche di conservazione o a scambi di informazioni sulla conservazione delle specie o, se del caso, sull'allevamento in cattività, sul ripopolamento o sulla reintroduzione di specie nella vita selvatica;*

*b) promuovere l'educazione e la sensibilizzazione del pubblico in materia di conservazione della biodiversità, fornendo in particolare informazioni sulle specie esposte e sui loro habitat naturali;*

*c) sistemare gli animali in condizioni volte a soddisfare le esigenze biologiche e di conservazione delle singole specie, provvedendo anche ad*

*un arricchimento specifico delle zone recintate sotto il profilo della specie e mantenere un elevato livello qualitativo nella custodia e nella cura degli animali attraverso l'attuazione di un programma articolato di trattamenti veterinari preventivi e curativi e fornendo una corretta alimentazione;*

*d) adottare misure idonee a impedire la fuga degli animali, per evitare eventuali minacce ecologiche per le specie indigene e per impedire il diffondersi di parassiti provenienti dall'esterno;*

*e) tenere registri aggiornati degli ospiti del giardino zoologico, per le singole specie.*

*3. La gestione di giardini zoologici è soggetta a licenza. La licenza contiene le condizioni volte a far osservare i requisiti di cui al comma 2. Per i fini di cui al comma 7, chi richiede una licenza, prima del suo rilascio deve prestare idonea garanzia sotto forma di una somma di denaro, di titoli di stato, di un libretto di deposito di risparmio o di una fidejussione bancaria vincolata a favore della Provincia autonoma di Bolzano, la cui entità viene stabilita con la licenza stessa.*

*4. Prima di concedere, negare, prorogare o modificare sensibilmente la licenza, l'Osservatorio faunistico provinciale verifica il possesso dei requisiti prescritti.*

*5. Se un giardino zoologico non è in possesso della licenza, è disposta la chiusura al pubblico.*

*6. In caso di inosservanza delle condizioni della licenza, la licenza è revocata ed è disposta la chiusura al pubblico, in tutto o in parte, del giardino zoologico ovvero è modificata la licenza, previa contestazione delle irregolarità e fissazione di un termine massimo di due anni per adottare le misure necessarie a conformarsi alle prescrizioni della licenza stessa.*

*7. In caso di chiusura, in tutto o in parte, di un giardino zoologico, le specie detenute sono trasferite in una struttura adeguata, a spese del giardino zoologico stesso.*

*8. I giardini zoologici sono soggetti a sorveglianza, al fine di garantire il rispetto delle condizioni contenute nella licenza. A tal fine sono effettuate delle ispezioni con cadenza almeno annuale.*

*9. Nel rispetto di quanto disposto al comma 2, l'Osservatorio faunistico provinciale stabilisce per ogni singola specie i requisiti strutturali ed organizzativi per l'apertura di un giardino zoologico nonché le modalità e gli obblighi per l'esercizio dei giardini zoologici.*

*10. I provvedimenti previsti dal presente articolo sono adottati dall'assessore provinciale competente in materia di caccia, previo parere dell'Osservatorio faunistico provinciale. La sorveglianza dei giardini zoologici compete all'Osservatorio faunistico provinciale che, a tale fine, si avvale del Corpo forestale provinciale e del Servizio provinciale veterinario.*

*11. Per i giardini zoologici muniti di regolare licenza non trovano applicazione le disposizioni di cui all'articolo 6 della legge 7 febbraio 1992, n. 150, e successive modifiche."*

*3-bis. Il comma 1 dell'articolo 27 della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, e successive modifiche, è così sostituito:*

*"1. La caccia agli ungulati selvatici - esclusi i cinghiali -, ai tetraonidi e alle coturnici è soggetta alla pianificazione degli abbattimenti."*

4. Il comma 4 dell'articolo 38 della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, e successive modifiche, è così sostituito:

“4. In caso di mancato rispetto del piano di abbattimento degli ungulati di cui all'articolo 27, l'assessore provinciale competente in materia di caccia, con provvedimento motivato, può prescrivere al gestore del comprensorio interessato una riduzione numerica della loro consistenza, fissando all'uopo un termine, ovvero disporre direttamente gli abbattimenti necessari, incaricando a tal fine l'ufficio provinciale competente in materia di caccia. I trofei ed il ricavato dalla vendita della fauna selvatica così abbattuta spettano al gestore del comprensorio, previa detrazione delle spese sostenute.”

5. Il comma 1 dell'articolo 38-bis della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, è così sostituito.

“1. Chi esercita la caccia fuori dai periodi stabiliti dall'articolo 4, commi 1, 2, 4 e 5, soggiace alle sanzioni di cui all'articolo 30, comma 1, lettera a), della legge 11 febbraio 1992, n. 157, di seguito denominata “legge statale venatoria”.”

-----  
Art. 3-decies

Änderung des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14,  
„Bestimmungen über die Wildhege und die Jagdausübung“

1. Vor Artikel 4 Absatz 5 Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, in geltender Fassung, wird folgender Buchstabe eingefügt:

„oa) die Art und der Grund der Abweichung,“.

2. Nach Artikel 4 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, in geltender Fassung, werden folgende Absätze 5-bis und 5-ter eingefügt:

„5-bis. In allen Fällen der Inanspruchnahme der von Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c) der Richtlinie 79/409/EWG vorgesehenen Abweichung muss sichergestellt sein, dass die für die einzelnen geschützten Arten autorisierten jagdlichen Entnahmen in der Summe nicht die Obergrenze überschreiten, die italienweit auf der Grundlage streng wissenschaftlicher Erkenntnisse jeweils festgesetzt worden ist.

5-ter. Die Wildbeobachtungsstelle des Landes stellt durch geeignete Kontrollen sicher, dass die Maßnahmen, mit denen abweichende Entnahmen genehmigt werden, in korrekter Art und Weise angewandt werden. Dazu bedient sie sich des Landesforstkorps und der hauptberuflichen Jagdaufseher.“

3. Artikel 19-ter des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, erhält folgende Fassung:

„Art. 19-ter (Zoos) - 1. Für dieses Gesetz gilt als Zoo jede dauerhafte Einrichtung, in welcher lebende Exemplare von heimischen Wildtieren einschließlich jener laut Landesgesetz vom 9. Juni 1978, Nr. 28, in geltender Fassung, zwecks Zurschaustellung während eines Zeitraumes von mindestens sieben Tagen im Jahr gehalten werden. Ausgenommen hiervon sind Zirkusse, Tierhandlungen für Heimtiere, Gehege laut Artikel 19, Einrichtungen zur Haltung von Vögeln zu Zier- und Liebhabierzwecken laut Artikel 19-bis sowie das Halten von nicht geschützten Fischarten.

2. Zoos müssen:

a) sich an Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung der Arten beitragen, oder an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten oder am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung, gegebenenfalls über die Aufzucht in Gefangenschaft, über die Bestandserneuerung oder über die Wiedereinbürgerung von Arten in ihren natürlichen Lebensraum beteiligen,

b) die Aufklärung und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf den Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume fördern,

c) ihre Tiere unter Bedingungen halten, mit denen den biologischen und den Erhaltungsbedürfnissen der jeweiligen Art Rechnung getragen wird, wozu auch eine artgerechte Ausgestaltung der Gehege gehört, und mit einem gut durchdachten Programm der tiermedizinischen Vorbeugung und Behandlung sowie der Ernährung dafür sorgen, dass die Tierhaltung stets hohen Anforderungen genügt,

d) geeignete Maßnahmen ergreifen, um dem Entweichen von Tieren vorzubeugen, um eine mögliche ökologische Bedrohung einheimischer Arten zu verhindern, sowie dem Eindringen von Schädlingen und Ungeziefer von außen,

e) in einer den verzeichneten Arten jeweils angemessenen Form ein Register über die Sammlung des Zoos führen, das stets auf dem neuesten Stand gehalten wird.

3. Der Betrieb von Zoos bedarf einer Erlaubnis. Die Betriebserlaubnis enthält die Bedingungen, durch die die Einhaltung der Anforderungen laut Absatz 2 sichergestellt wird. Wer eine Betriebserlaubnis beantragt, muss für die Zwecke laut Absatz 7 vor deren Ausstellung eine geeignete Garantie in Form einer Geldsumme, von Staatspapieren, eines Sparbuches oder einer Bankgarantie zu Gunsten der Autonomen Provinz Bozen leisten, deren Höhe mit der Erlaubnis selbst festgesetzt wird.

4. Vor Erteilung, Verweigerung, Verlängerung oder einer wesentlichen Änderung der Betriebserlaubnis prüft die Wildbeobachtungsstelle des Landes, ob die vorgeschriebenen Anforderungen erfüllt sind.

5. Hat ein Zoo keine Betriebserlaubnis, wird er für die Öffentlichkeit geschlossen.

6. Erfüllt ein Zoo die Bedingungen der Betriebserlaubnis nicht, so wird die Erlaubnis widerrufen oder geändert und der Zoo oder ein Teil davon für die Öffentlichkeit geschlossen; dies nach Vorhaltung der festgestellten Unregelmäßigkeiten und Festsetzung einer Frist von höchstens zwei Jahren, um die zur Erfüllung der Vorschriften der Betriebserlaubnis erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

7. Im Fall der Schließung eines Zoos oder eines Teils davon werden die gehaltenen Arten auf Kosten des betreffenden Zoos selbst in eine geeignete Struktur gebracht.

8. Die Zoos werden überwacht, um sicherzustellen, dass die in der Betriebserlaubnis enthaltenen Bedingungen eingehalten werden. Zu diesem Zweck wird zumindest einmal im Jahr eine Inspektion vorgenommen.

9. Unter Beachtung der in Absatz 2 enthaltenen Bestimmungen legt die Wildbeobachtungsstelle des Landes für jede Art die strukturellen und or-

*ganisatorischen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Zoos sowie die Modalitäten und Auflagen für den Zoobetrieb fest.*

*10. Die von diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen werden vom für die Jagd zuständigen Landesrat nach Einholen des Gutachtens der Wildbeobachtungsstelle des Landes gesetzt. Die Überwachung der Zoos obliegt der Wildbeobachtungsstelle des Landes, die sich dazu des Landesforstkorps und des Landestierärztlichen Dienstes bedient.*

*11. Auf Zoos, die im Besitz einer ordnungsgemäßen Betriebserlaubnis sind, finden die Bestimmungen des Artikels 6 des Gesetzes vom 7. Februar 1992, Nr. 150, in geltender Fassung, keine Anwendung.“*

*3-bis. Artikel 27 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„1. Schalenwild - mit Ausnahme des Schwarzwildes -, Raufußhühner und Steinhühner dürfen nur im Rahmen eines Abschussplans gejagt werden.“*

*4. Artikel 38 Absatz 4 des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„4. Bei Nichtbeachtung des Abschussplanes für Schalenwild laut Artikel 27 kann der für die Jagd zuständige Landesrat mit begründeter Maßnahme dem Verwalter des betroffenen Wildbezirkes unter Festsetzung einer Frist eine Reduzierung des Bestandes vorschreiben oder direkt die Durchführung der nötigen Abschüsse anordnen und damit das für die Jagd zuständige Landesamt beauftragen. Die Trophäen und der Erlös aus dem Verkauf des so erlegten Wildes stehen, abzüglich der entstandenen Kosten, dem Verwalter des Wildbezirkes zu.“*

*5. Artikel 38-bis Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, erhält folgende Fassung:*

*„1. Wer die Jagd außerhalb der in Artikel 4 Absätze 1, 2, 4 und 5 festgelegten Zeiten ausübt, unterliegt den Strafen laut Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes vom 11. Februar 1992, Nr. 157, in der Folge „staatliches Jagdgesetz“ genannt.“*

Do lettura di tre emendamenti, presentati a questo articolo:

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 2: "Nel testo tedesco del nuovo comma 5-bis dell'articolo 4 della legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14, dopo la parola 'Obergrenze' sono inserite le parole 'der geringen Mengen'".

"Im neuen Absatz 5-bis von Artikel 4 des Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14, werden nach dem Wort 'Obergrenze' die Worte 'der geringen Mengen' eingefügt."

**Emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 4: "Il comma 4 è soppresso".

"Absatz 4 wird gestrichen".

**Emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 5: "Il comma 5 è soppresso".

"Absatz 5 wird gestrichen".

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Präsident! Es geht also um das Jagdgesetz, über das wir erst vor kurzem diskutiert haben. Die Regierung hat das Gesetz in entscheidenden Punkten vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten, und zwar einerseits wegen Überschreitung der Kompetenz, andererseits wegen Nicht-Einhaltung der Europäischen Richtlinie Nr. 79 in Bezug auf die Erhaltung von wildlebenden Vogelarten. In Bezug auf den zweiten Punkt der Anfechtung kann ich eine gewisse Genugtuung nicht verhehlen, Herr Landeshauptmann, denn wir hatten im Rahmen der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen, dass die Vorschläge betreffend den Schutz von wildlebenden Vögeln nicht akzeptabel seien. Ich sehe jetzt mit einer gewissen Genugtuung, dass sich das Land zumindest in Bezug auf diesen Passus anpassen musste. Es wäre leichter gewesen, wenn man sich damals geeinigt hätte, aber bitte. Die Abweichungen werden jetzt genauer präzisiert, das heißt es wird genau definiert, wann und unter welchen Bedingungen wildlebende Vögel abgeschossen werden können.

Mit dem Abänderungsantrag Nr. 1 tun wir nichts anderes, als das vorzuschlagen, was auch die Europäische Richtlinie vorschlägt. Im italienischen Text ist das sehr wohl berücksichtigt worden, aber im deutschen Text wurde dieser Passus vergessen. Ich ersuche den Landeshauptmann, nicht die übliche Dynamik walten zu lassen, das heißt alles abzulehnen, was von der falschen Seite kommt. "*In tutti i casi di applicazione della deroga prevista dall'articolo 9, paragrafo 1, lettera c), della direttiva 79/409/CEE deve essere garantito che il totale dei prelievi venatori autorizzati, per ciascuna specie protetta, non superi il tetto di piccole quantità, fissato in base a rigorosi dati scientifici per la rispettiva specie per tutto il territorio nazionale.*" Der italienische Text ist korrekt, denn so ist es auch in der Richtlinie vorgesehen. Dieser Teil ist im deutschen Text braucht nicht übernommen worden.

Zum Abänderungsantrag Nr. 2. Wir schlagen die Streichung von Absatz 4 vor, und zwar deshalb, weil derselbe eine Verschlechterung des momentanen Tatbestandes vorsieht. In Absatz 4 steht, dass das Land Wildtiere zum Abschuss freigeben kann, wenn die Menge der im Abschussplan vorgesehenen Tiere nicht abgeschossen worden ist. Das ist eine merkliche Verschlechterung, denn bisher mussten zumindest bestimmte Wildschäden bestehen, damit Wild abgeschossen werden konnte. Ich frage mich also schon, warum Tiere abgeschossen werden können, wenn kein Schäden nachgewiesen werden. Wir ersuchen diese Verschlechterung der bisherigen Formulierung zu streichen.

Wir schlagen auch die Streichung von Absatz 5 vor, weil dieser ein Punkt des Rekurses des Staates an den Verfassungsgerichtshof war. In Bezug auf die verwaltungsrechtlichen Strafen hat das Land Südtirol Kompetenzen, das gilt aber nicht für die strafrechtlichen Folgen. Da hat Südtirol nichts zu sagen, und deshalb scheint uns

dieser Absatz wieder ein Anlass zu sein, um einen neuen Rekurs ins Haus zu bekommen.

Die Regierung fasst den Begriff "ambiente", also den Begriff "Umwelt" viel weiter und erhebt ihn zur Staatskompetenz, aber in Bezug auf diese Streitfrage möchte ich mich auf die Seite des Landes stellen, denn diesbezüglich sollten wir schon auf unserer Kompetenz beharren.

Ich freue mich darüber, dass der Landeshauptmann den ersten Abänderungsantrag anzunehmen gedenkt.

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Wie die Kollegin Kury richtigerweise gesagt hat, nehmen wir den Abänderungsantrag Nr. 1 an. Es stimmt, dass der deutsche Text nicht dem italienischen entspricht. Der italienische Text entspricht fast wörtlich jenem, der in der entsprechenden EU-Richtlinie enthalten ist.

Die anderen zwei Abänderungsanträge können wir nicht annehmen.

**PRESIDENTE:** Va bene.

Allora passiamo alla votazione sugli emendamenti.

Emendamento n. 1: approvato all'unanimità.

Emendamento n. 2: respinto con 4 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Emendamento n. 3: respinto con 5 voti favorevoli, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

Qualcuno chiede la parola sull'articolo così emendamento? Consigliera Kury, prego.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Herr Landeshauptmann, ich freue mich darüber, dass der Abänderungsantrag Nr. 1 angenommen worden ist, aber Sie haben nicht gesagt, warum der zweite Abänderungsantrag nicht angenommen werden konnte. Offensichtlich ist hier wieder jene Dynamik im Gange, dass das, was von falscher Seite kommt, nicht angenommen werden kann. Ich hatte schon versucht zu erklären, dass es keinen Sinn macht, Abschusspläne von Amts wegen zu erfüllen, wenn keine Wildschäden vorliegen. Warum muss man auf Tiere schießen, wenn keine Schäden vorliegen? Da scheint mir nicht die Frage des ökologischen Gleichgewichts, sondern eher die Frage des möglichst viel Schießens Relevanz zu haben, und damit bin ich nicht einverstanden.

Zur prinzipiellen Frage des Rekurses. Es gab also zwei Einwände. Ein Einwand bezieht sich auf die Nicht-Rezeption der Europäischen Richtlinie. Der zweite große Einwand der Regierung betrifft die Nicht-Erfüllung der Richtlinie betreffend die Zoos. Das Land hat diese Richtlinie jetzt aber zum Großteil übernommen.



Herr Landeshauptmann, ich freue mich darüber, dass Sie jetzt den Absatz 3-bis einfügen mussten, denn die Frage des Abschusses von Schalenwild war vorher nicht im Sinne der EU-Richtlinien geklärt.

Wir werden uns bei diesem Artikel der Stimme enthalten, denn er enthält zwei, drei Passagen, die uns nicht zufriedenstellen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob diese Formulierung dem römischen Auge standhalten wird.

**PRESIDENTE:** Siccome non vedo altre richieste di parola, passiamo alla votazione sull'articolo 3-decies: approvato con 4 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 3-undecies*

*Modifiche della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, recante  
"Ordinamento dell'Azienda provinciale foreste e demanio per  
l'amministrazione delle proprietà forestali demaniali della Provincia  
autonoma di Bolzano"*

*1. La lettera h) del comma 1 dell'articolo 8 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, e successive modifiche, è così sostituita:*

*"h) approvare le concessioni di aree demaniali e fabbricati aventi durata superiore agli anni nove;"*

*2. La lettera p) del comma 1 dell'articolo 8 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, e successive modifiche, è così sostituita:*

*"p) autorizzare la sosta di autoveicoli a pagamento nelle aree amministrate dall'Azienda e destinate dal piano urbanistico comunale a parcheggio e fissare la tariffa di parcheggio;"*

*3. Dopo il comma 3 dell'articolo 8 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, e successive modifiche, è aggiunto il seguente comma:*

*"4. Contro gli atti amministrativi adottati dal consiglio di amministrazione, salvo che si tratti di atti dichiarati definitivi per legge, è ammesso ricorso in unica istanza alla Giunta provinciale, per motivi di legittimità e di merito, da parte di chi vi abbia interesse. Il ricorso deve essere proposto, a pena di decadenza, nel termine di 30 giorni dalla data della notificazione o della comunicazione in via amministrativa dell'atto impugnato o da quando l'interessato ne abbia avuto piena conoscenza."*

*4. La lettera h) del comma 1 dell'articolo 9 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, e successive modifiche, è così sostituita:*

*"h) approva le concessioni di aree demaniali e fabbricati aventi durata da uno a nove anni;"*

*5. Il comma 1 dell'articolo 13 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, è così sostituito:*

*"1. Le concessioni di aree demaniali potranno farsi, nel rispetto delle previsioni del piano urbanistico comunale, soltanto sui terreni non boscosi, sui margini dei terreni boscosi e lungo le strade che attraversano la foresta o, se trattasi di opere di pubblica utilità, su appezzamenti boscosi di estensione complessiva non superiore a 5.000 metri quadrati. Anche i fabbricati demaniali possono essere compresi nelle concessioni, sempre che non siano necessari ai bisogni dell'Azienda."*

6. L'articolo 14 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, è così sostituito:

*“Art. 14 (Vendita dei prodotti) - 1. Per la vendita dei prodotti principali e secondari dell'Azienda si procede, se ammissibile, mediante il sistema della licitazione privata. Il volume totale per licitazione non deve superare 100.000,00 euro. Il volume totale non può essere scisso al fine di sottrarre la vendita all'applicazione delle disposizioni comunitarie.*

*2. I contratti sono stipulati e firmati dal direttore.*

*3. I prodotti principali e secondari, il cui lotto non supera l'importo stabilito dal consiglio di amministrazione, possono essere venduti a trattativa privata. I contratti vengono stipulati dal direttore.*

*4. I prezzi minimi per i prodotti vengono periodicamente stabiliti dal consiglio di amministrazione.”*

7. Dopo la cifra 7) del comma 1 dell'articolo 15 della legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28, e successive modifiche, è aggiunta la seguente cifra:

*“8) i ricavi derivanti da vendita di energia.”*

-----

*Art. 3-undecies*

*Änderung des Landesgesetzes vom*

*17. Oktober 1981, Nr. 28, “ Ordnung des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung in der Provinz Bozen-Südtirol”*

*1. Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe h) des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„h) die Vergabe von Domänialgründen und Gebäuden in Konzession für mehr als neun Jahre zu genehmigen,“.*

*2. Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe p) des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„p) das Parken gegen Bezahlung von Personenkraftwagen auf Flächen, die vom Landesbetrieb verwaltet werden und vom Bauleitplan der Gemeinde als Parkplatz ausgewiesen sind, zu ermächtigen und die Parkgebühr festzulegen,“.*

*3. Nach Artikel 8 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, wird folgender Absatz hinzugefügt:*

*„4. Gegen Verwaltungsakte, die vom Verwaltungsrat erlassen werden, kann, sofern es sich nicht um gesetzlich für endgültig erklärte Akte handelt, von Seiten des Trägers eines entsprechenden Interesses bei der Landesregierung aus Rechtsgründen und aus Sachgründen Beschwerde in einziger Instanz eingelegt werden. Die Beschwerde ist innerhalb einer Ausschlussfrist von 30 Tagen ab dem Tag der Zustellung des angefochtenen Aktes oder der Mitteilung des Aktes im Verwaltungsweg oder ab dem Zeitpunkt, an dem der Betroffene volle Kenntnis des Aktes erlangt hat, einzubringen.“*

*4. Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe h) des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„h) bewilligt die Vergabe von Domänialgrund und Gebäuden in Konzession für die Dauer von einem bis neun Jahren,“.*

*5. Artikel 13 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, erhält folgende Fassung:*

*„1. Eine Vergabe von Domanialgrund in Konzession kommt, unter Berücksichtigung des Gemeindebauleitplanes, nur für nichtbewaldete Flächen und für solche Flächen in Betracht, die am Waldrand liegen und die an durch Waldgebiet führende Straßen grenzen; wenn es sich um gemeinnützige Vorhaben handelt, können Waldflächen von insgesamt höchstens 5.000 Quadratmetern in Konzession vergeben werden. Die Konzession kann auch Domanialgebäude umfassen, sofern der Landesbetrieb diese nicht benötigt.“*

*6. Artikel 14 des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, erhält folgende Fassung:*

*„Art. 14 (Verkauf der Erzeugnisse) - 1. Die Haupt- und Nebenerzeugnisse des Landesbetriebes werden, sofern zulässig, durch beschränkte Ausschreibung verkauft. Dabei darf das Gesamtvolumen einer Ausschreibung 100.000,00 Euro nicht überschreiten. Das Gesamtvolumen darf nicht in der Absicht aufgeteilt werden, den Verkauf der Anwendung der EU-Bestimmungen zu entziehen.*

*2. Die Verträge werden vom Direktor abgeschlossen und unterzeichnet.*

*3. Haupt- und Nebenerzeugnisse, die den vom Verwaltungsrat festgelegten Verkaufswert pro Los nicht überschreiten, können freihändig verkauft werden. Die Verkaufsverträge werden vom Direktor abgeschlossen.*

*4. Die Mindestpreise für die Produkte werden periodisch vom Verwaltungsrat festgelegt.“*

*7. Nach Artikel 15 Absatz 1 Ziffer 7) des Landesgesetzes vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, wird folgende Ziffer hinzugefügt:*

*„8) den Ertrag aus Verkauf von Energie.“*

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facultà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Präsident! Ich beginne mit etwas Positivem zu diesem Artikel. Es geht um den Absatz 3, der die Möglichkeit eines Rekurses gegen Verwaltungsakte des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung zulässt, und das ist absolut positiv. Neu ist auch, dass nun auch Gebäude in Konzession vergeben werden können. Bis jetzt galt das lediglich für Gründe. Ich ersuche den Landeshauptmann, uns zu erklären, an welche Gebäude man da denkt und warum das bisher nicht vorgesehen war.

Neu ist auch, dass Gebiete am Waldesrand mit Konzessionen vergeben werden können. Außerdem wird die Fläche von 1.000 auf 5.000 Quadratmeter erhöht. Woran denkt man da? Das wird sicher einen konkreten Hintergrund haben.

In Bezug auf den Verkauf von Erzeugnissen war es bisher so, dass die Erzeugnisse des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung öffentlich versteigert wurden. Jetzt soll dies mittels Verkauf im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung erfolgen bzw. einige Produkte sollen innerhalb einer bestimmten Preisgrenze, die noch festzulegen ist, sogar freihändig verkauft werden können. An was

denkt man da? Darf der Landesbetrieb für Forst- und Domänenverwaltung seine Produkte einfach so verkaufen?

Eine letzte Frage noch, nämlich eine Frage zu den vorgesehenen Erträgen. Da kommt jetzt der Ertrag aus dem Verkauf von Energie hinzu. Geht es da um landeseigene E-Werke oder um Hackschnitzelanlagen?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Zur Möglichkeit des Rekurses brauche ich nichts zu sagen, da die Kollegin Kury diese befürwortet.

Was die Gebäude anbelangt, ist es so, dass wir in der Forst- und Domänenverwaltung gewisse Gebäude haben. In Villnöss haben wir dem AVS ein Gebäude verpachtet, womit wir rein rechtlich nicht ganz in Ordnung wären. Sie haben zwar den Grund gepachtet, aber mit diesem natürlich auch das Gebäude. Neben diesem Gebäude gibt es einen Ausstellungsraum, in welchem der Tourismusverein entsprechende Prospekte verteilt usw. Rein gesetzlich wären wir nicht ganz in Ordnung, weil auf diesem Grund ein Gebäude steht. Wenn Sie über die Brücke fahren – Sie kennen das Gebiet –, dann gibt es einen Parkplatz, der am Waldrand gelegen ist. Deshalb haben wir das mit dem Waldrand vorgesehen. Außerdem gibt es einen Antrag, am Waldrand eine bestimmte Freizeittätigkeit ausüben zu können. Deshalb haben wir uns gedacht, das so zu machen, damit wir auch rechtlich in Ordnung sind.

Wir haben die Fläche von 1.000 Quadratmeter auf 5.000 Quadratmeter erhöht, und zwar aufgrund der Größe des Parkplatzes.

Was das Thema Energie anbelangt, hat sich die Forst- und Domänenverwaltung an einem Projekt in Welschnofen beteiligt. Zuerst wollten wir für den Betrieb des Sägewerkes ein eigenes E-Werk errichten, aber nachdem die Gemeinde Welschnofen ein eigenes Projekt gestartet hat, haben wir uns an diesem angehängt. Wenn wir also unsere Energie verkaufen wollen, dann muss das auch gesetzlich vorgesehen werden. Bisher war das nicht der Fall, weil wir bisher kein E-Werk hatten.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo 3-undecies: approvato con 1 voto contrario, 7 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 3-duodecies*

*Modifica della legge provinciale 14 dicembre 1999, n. 10, recante  
“Disposizioni urgenti nel settore dell'agricoltura”*

*1. Il comma 1 dell'articolo 5-sexies della legge provinciale 14 dicembre 1999, n. 10, è così sostituito:*

*“1. Se la situazione epidemiologica relativa alle malattie trasmissibili attraverso le carni non richieda specifici interventi e gli obblighi di registrazione previsti dalla normativa vigente per il detentore siano stati regolarmente effettuati, la macellazione a domicilio delle specie macellabili, ad eccezione degli animali da sottoporre, in base all'età, a test per encefalopatia spongiforme trasmissibile (TSE) o ad altre prove diagnostiche obbligatorie per i quali permane l'obbligo della*

*macellazione presso il macello, può essere effettuata in deroga a quanto previsto dall'articolo 13 del regio decreto 20 dicembre 1928, n. 3298, e comunque entro il limite massimo annuale di due unità bovine adulte (UBA). Il detentore deve comunicare l'avvenuta macellazione degli animali al Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria secondo i termini previsti dalla normativa vigente."*

-----

*Art. 3-duodecies*

*Änderung des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1999, Nr. 10,  
„Dringende Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft“*

*1. Artikel 5-sexies Absatz 1 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1999, Nr. 10, erhält folgende Fassung:*

*„1. Wenn die epidemiologische Situation bezüglich der durch das Fleisch übertragbaren Krankheiten nicht besonderer Maßnahmen bedarf und die von den geltenden Bestimmungen für den Tierhalter vorgesehene Pflicht der Registrierung ordnungsgemäß durchgeführt wird, kann die Hausschlachtung der schlachtbaren Tiere, mit Ausnahme der Tiere, welche aufgrund ihres Alters einem Test auf übertragbare spongiforme Enzephalopathie (TSE) oder anderen verpflichtenden diagnostischen Prüfungen zu unterziehen sind und für die somit die Pflicht der Schlachtung beim Schlachthof aufrecht bleibt, in Abweichung von den in Artikel 13 des königlichen Dekrets vom 20. Dezember 1928, Nr. 3298, enthaltenen Vorschriften durchgeführt werden, wobei auf jeden Fall die jährliche Obergrenze von zwei Großvieheinheiten (GVE) einzuhalten ist. Der Tierhalter muss die erfolgte Schlachtung der Tiere gemäß den von den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Vorschriften dem tierärztlichen Dienst des Sanitätsbetriebes melden.“*

Qualcuno chiede la parola su questo articolo? Nessuno. Allora passiamo alla votazione: approvato con 1 voto contrario, 7 astensioni e i restanti voti favorevoli.

La seduta è sospesa fino alle ore 15.00.

ORE 12.53 UHR

-----

ORE 15.04 UHR

*(Appello nominale – Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Proseguiamo nella discussione articolata del disegno di legge provinciale n.

150/07:

*Art. 3-terdecies*

*Modifiche della legge provinciale*

*15 maggio 2000, n. 9, recante “Interventi per la protezione degli animali e prevenzione del randagismo”*

1. Dopo il comma 3 dell'articolo 4 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è inserito il seguente comma:

*“3-bis. Il Servizio veterinario territorialmente competente dell'Azienda sanitaria è responsabile del controllo sanitario e della rilevazione delle colonie di gatti. Il Servizio affida la cura di dette colonie ad associazioni per la protezione degli animali o a privati, individuando in ogni caso una persona referente quale detentrica responsabile della colonia ai fini di legge, e ne informa il comune. L'affidamento è revocato quando gli animali non vengono seguiti secondo le modalità prescritte. Solo in casi eccezionali e su richiesta motivata, il Servizio veterinario territorialmente competente dell'Azienda sanitaria può affidare a privati gatti provenienti da colonie. Gli eventuali costi per l'intervento di sterilizzazione sono a carico della persona affidataria.”*

2. Dopo l'articolo 4 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è inserito il seguente articolo:

*“Art. 4-bis (Colombi urbani) - 1. Ai fini della tutela dell'igiene e della salute pubblica nonché della tutela del patrimonio artistico e dell'ambiente, il comune, in accordo con il Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria territorialmente competente, è autorizzato a prelevare a fini diagnostici un numero statisticamente significativo di piccioni e ad operare piani di contenimento della popolazione tecnicamente suffragati, compresa l'eventuale eutanasia di parte di essa.”*

3. Il comma 2 dell'articolo 5 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è così sostituito:

*“2. Per la formazione e l'aggiornamento nonché per la stipula di assicurazioni delle guardie zoofile e per il rimborso degli interventi ordinati la misura del contributo può raggiungere anche il 100 per cento della spesa riconosciuta ammissibile.”*

4. Dopo il comma 2 dell'articolo 9 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è aggiunto il seguente comma:

*“3. Per il trasporto di animali all'interno del territorio provinciale non in relazione ad attività economiche o effettuato esclusivamente per i propri animali con i propri mezzi di trasporto ad una distanza inferiore ai 65 chilometri dal punto di partenza calcolata come media annuale dei trasporti effettuati, trovano applicazione esclusivamente le disposizioni di cui al presente articolo.”*

5. Il comma 2 dell'articolo 11 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è così sostituito:

*“2. Il sindaco, su proposta del veterinario ufficiale competente, dispone la confisca e il trasferimento in strutture idonee degli animali detenuti in condizioni tali da non garantire la pubblica sicurezza o l'igiene o di stato sanitario sconosciuto ovvero in caso di maltrattamento o di abbandono. Il Servizio veterinario territorialmente competente dell'Azienda sanitaria, adempiuti tutti gli obblighi di legge volti ad accertare o garantire lo stato sanitario degli animali confiscati, provvede tempestivamente a mettere all'asta gli stessi, se si tratta di animali appartenenti a specie macellabili. I proventi derivanti dall'asta sono destinati primariamente a coprire le spese connesse alla confisca degli animali e alla loro detenzione fino al momento della vendita. Eventuali somme eccedenti vengono restituite alla persona che ha subito la confisca degli animali. Se gli animali confiscati appartengono*

*a specie non macellabili, gli stessi sono affidati ai sensi dell'articolo 4. Alle persone a cui sono stati confiscati animali è vietato detenere animali per un anno dal momento della confisca. In caso di reiterazione della violazione, il divieto di detenzione di animali non ha limiti temporali.*

*6. L'allegato all'articolo 11, recante "Criteri per la custodia degli animali", della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è così modificato:*

*a) alla fine del punto 3 (Suini) è aggiunto il seguente capoverso: "I suini devono essere detenuti in modo che nei box o nelle aree di detenzione si possano girare senza impedimenti. Unica eccezione costituiscono le scrofe nel periodo che va da una settimana prima del parto a due settimane dopo il parto.";*

*b) alla fine del punto 4 (Equini) è aggiunto il seguente capoverso: "I box singoli devono essere di dimensioni tali da permettere all'animale di girarsi senza impedimenti.";*

*c) dopo il punto 8 è inserito il seguente punto:*

*"8-bis. Rettili e tartarughe.*

*I rettili vanno detenuti in maniera adeguata alla specie e la loro alimentazione deve essere diversificata. La struttura e le dimensioni del terrario vanno adeguate alla grandezza, alle necessità di movimento e alle eventuali esigenze comportamentali degli animali ivi detenuti. Gli stessi devono avere la possibilità di appartarsi in zone del terrario non esposte allo sguardo dei visitatori. L'attrezzatura del terrario deve essere adeguata alle abitudini di vita degli animali ivi presenti.*

*Le tartarughe di terra devono disporre di una superficie, la cui lunghezza e larghezza vanno calcolate moltiplicando, rispettivamente, per almeno otto volte e per almeno quattro volte la lunghezza della corazza della tartaruga più grande. A partire da cinque animali, la superficie di cui sopra deve essere maggiorata del 20 per cento per ogni ulteriore animale presente. La zona acquatica delle tartarughe di palude deve presentare una lunghezza ed una larghezza pari, rispettivamente, ad almeno cinque e tre volte la lunghezza della corazza della tartaruga più grande. Deve essere disponibile una superficie di terra sufficientemente ampia da consentire una completa asciugatura della corazza degli animali presenti. La profondità dell'acqua deve essere almeno pari al doppio dell'altezza della tartaruga più grande."*

-----  
Art. 3-terdecies

Änderung des Landesgesetzes vom

15. Mai 2000, Nr. 9, „Maßnahmen zum Schutz der Tierwelt und zur Unterbindung des Streunens von Tieren“

1. Nach Artikel 4 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, wird folgender Absatz eingefügt:

*„3-bis. Der gebietszuständige tierärztliche Dienst des Sanitätsbetriebes ist für die Überwachung der Katzenkolonien und für deren Erhebung zuständig. Der Dienst vertraut die Betreuung der Katzenkolonien Tierschutzverbänden oder Privatpersonen an, wobei auf jeden Fall eine Bezugsperson bestimmt wird, welche rechtliche Inhaberin der Kolonie ist, und dies der Gemeinde mitgeteilt wird. Erfolgt die Betreuung nicht vorschriftsmäßig, wird die Anvertrauung widerrufen. Nur in Ausnahmefällen und auf begründeten Antrag kann der gebietszustän-*

dige tierärztliche Dienst des Sanitätsbetriebes Katzen, die aus Kolonien stammen, Privaten anvertrauen. Die Kosten einer eventuellen Sterilisation gehen zu Lasten der Person, der das Tier anvertraut wurde.“

2. Nach Artikel 4 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 4-bis (Stadttauben) - 1. Zur Aufrechterhaltung der Hygiene und der öffentlichen Gesundheit sowie zum Schutz der Kunstdenkmäler und der Umwelt ist die Gemeinde, in Absprache mit dem gebietszuständigen tierärztlichen Dienst des Sanitätsbetriebes, dazu berechtigt, eine statistisch signifikante Anzahl von Tauben zum Zwecke der Untersuchung zu entnehmen sowie fachlich begründete Pläne zur Begrenzung der Population, einschließlich der eventuellen Euthanasie eines Teiles davon, durchzuführen.“

3. Artikel 5 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, erhält folgende Fassung:

„2. Für die Aus- und Weiterbildung und den Abschluss von Versicherungen der Tierschutzpolizisten sowie für die Vergütung der angeordneten Einsätze kann die Höhe des Beitrages auch bis zu 100 Prozent der als zulässig anerkannten Ausgaben betragen.“

4. Nach Artikel 9 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, wird folgender Absatz hinzugefügt:

„3. Für den Transport von Tieren innerhalb des Landesgebiets, der nicht in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit steht, oder der nur für die eigenen Tiere mit eigenen Transportmitteln auf einer Strecke durchgeführt wird, die ab dem Versandort im Jahresdurchschnitt der getätigten Transporte weniger als 65 Kilometer ausmacht, gelten ausschließlich die Bestimmungen dieses Artikels.“

5. Artikel 11 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, erhält folgende Fassung:

„2. Werden Tiere unter Bedingungen gehalten, bei denen die öffentliche Sicherheit und Gesundheit nicht mehr gewährleistet sind, ist der sanitäre Status der Tiere unbekannt oder liegt ein Fall von Tierquälerei oder Aussetzen vor, so verfügt der Bürgermeister auf Vorschlag des zuständigen Amtstierarztes die Konfiszierung dieser Tiere und ihre Verlegung in geeignete Einrichtungen. Nach Abwicklung aller gesetzlich vorgesehenen Handlungen zur Feststellung oder Sicherstellung des Gesundheitsstatus der konfiszierten Tiere nimmt der gebietszuständige tierärztliche Dienst des Sanitätsbetriebes unverzüglich die Versteigerung dieser Tiere vor, sofern es sich um Tiere handelt, welche der Schlachtung zuführbaren Gattungen angehören. Der Versteigerungserlös ist vor allem dazu bestimmt, die Auslagen für die Konfiszierung der Tiere und ihre Haltung bis zum Verkauf zu decken. Eventuelle Überschüsse werden demjenigen entrichtet, dem die Tiere konfisziert wurden. Wenn es sich um Tiere handelt, welche nicht der Schlachtung zuführbaren Gattungen angehören, werden diese gemäß Artikel 4 weitergegeben. Den Personen, welchen Tiere konfisziert wurden, ist es ab der Konfiszierung für ein Jahr untersagt, Tiere zu halten. Bei Rückfälligkeit ist das Haltungsverbot zeitlich unbegrenzt.“

6. Die Anlage zu Artikel 11, „Kriterien für die Obhut von Tieren“, des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, erhält folgende Fassung:



a) Am Ende der Ziffer 3 (Schweine) wird folgender Absatz hinzugefügt:  
„Schweine müssen so gehalten werden, dass sie sich in der Aufstallungsbox oder im Aufstallungsbereich ungehindert umdrehen können. Davon darf nur im Zeitraum von einer Woche vor und zwei Wochen nach der Geburt bei Sauen abgewichen werden.“

b) Am Ende der Ziffer 4 (Pferde) wird folgender Absatz hinzugefügt:  
„Einzelbuchten müssen so groß sein, dass sich das Tier ungehindert umdrehen kann.“

c) Nach Ziffer 8 wird folgende Ziffer eingefügt:

„8-bis. Reptilien und Schildkröten

Reptilien müssen artgerecht gehalten und vielseitig gefüttert werden. Aufbau und Größe eines Terrariums müssen der Größe, dem Bewegungsbedürfnis und einem etwaigen Territorialverhalten der darin gehaltenen Tiere angepasst sein. Den Tieren muss es möglich sein, sich in Bereiche des Terrariums zurückziehen zu können, frei von Beobachtung durch den Betrachter. Die Einrichtung des Terrariums muss den Lebensgewohnheiten der darin gehaltenen Arten angepasst sein.

Landschildkröten muss eine Grundfläche zur Verfügung stehen, deren Länge mindestens dem Achtfachen und deren Breite mindestens dem Vierfachen der Rückenpanzerlänge der größten Schildkröte entsprechen. Ab dem fünften Tier muss für jedes weitere Tier die Grundfläche um 20 Prozent vergrößert werden. Der Wasserteil für Sumpfschildkröten muss in der Länge mindestens fünfmal und in der Breite mindestens dreimal der Rückenpanzerlänge der größten Schildkröte entsprechen. Es muss ein genügend großer Landteil vorhanden sein, auf dem ein vollständiges Abtrocknen des Panzers der gehaltenen Tiere möglich ist. Die Wassertiefe muss mindestens zweimal der Höhe der größten Schildkröte entsprechen.“

Do lettura di quattro emendamenti, presentati a questo articolo:

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 2: "Nel nuovo articolo 4-bis della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, sono soppresse le parole ', compresa l'eventuale eutanasia di parte di essa'".

"Im neuen Artikel 4-bis des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, werden die Worte 'einschließlich der eventuellen Euthanasie eines Teils davon' gestrichen".

**Emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 3: "Dopo il comma 3 dell'articolo 3-terdecies è inserito il seguente comma 3-bis: '3-bis. L'ultimo periodo dell'articolo 9, comma 1, della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, è soppresso'."

"Nach Absatz 3 von Artikel 3-terdecies wird folgender Absatz 3-bis eingefügt: '3-bis. Im Artikel 9 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, wird der letzte Satz gestrichen'."

**Emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 5: "Nel nuovo comma 2 dell'articolo 11 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, al periodo 'Eventuali somme eccedenti vengono restituite alla persona che

ha subito la confisca degli animali' sono aggiunte le seguenti parole: ', a condizione che la confisca non sia dovuta a maltrattamenti degli stessi'."

"Im neuen Absatz 2 von Artikel 11 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, werden dem Satz 'Eventuelle Überschüsse werden demjenigen entrichtet, dem die Tiere konfisziert wurden' folgende Worte angefügt: 'immer vorausgesetzt, dass die Konfiszierung nicht auf die Tierquälerei zurückzuführen ist'."

**Emendamento n. 4**, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba al comma 5: "Nel nuovo comma 2 dell'articolo 11 della legge provinciale 15 maggio 2000, n. 9, nel penultimo periodo le parole 'un anno' sono sostituite dalle parole 'due anni'."

"Im neuen Absatz 2 von Artikel 11 des Landesgesetzes vom 15. Mai 2000, Nr. 9, werden im vorletzten Satz die Worte 'ein Jahr' durch die Worte 'zwei Jahre' ersetzt."

La parola alla consigliera Kury.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Präsident! Wir bleiben also im Tierbereich. Dieses Mal geht es allerdings um Maßnahmen zum Schutz von Tieren und nicht um Maßnahmen zum Abschuss von Tieren. Insofern ist die Diskussion über diesen Artikel erfreulicher als jene am heutigen Vormittag.

Ich erkläre kurz die Absicht unserer Änderungsanträge. In das bestehende Tierschutzgesetz soll also ein Artikel eingefügt werden – nämlich der Artikel 4-bis -, in welchem es um die Stadtauben geht. Damit wird vorgeschlagen, dass der Sanitätsbetrieb aus Gründen der Hygiene dazu berechtigt ist, eine statistisch signifikante Anzahl von Tauben zu entnehmen sowie fachlich begründete Pläne zur Begrenzung der Population, einschließlich der eventuellen Euthanasie eines Teils davon, durchzuführen. Wir könnten uns schon damit einverstanden erklären, wenn man sagt, dass man einige Tauben töten muss, um die Situation zu untersuchen. Wir möchten aber, dass der Passus betreffend die mögliche Euthanasie gestrichen wird, denn in der heutigen Tierkunde gibt es andere Möglichkeiten, die Taubenpopulation zu begrenzen. Natürlich gibt es Städte, in denen die Tauben aufgrund ihrer Vermehrung zu einer Plage geworden sind, aber auch dort hat man andere Möglichkeiten ins Auge gefasst, um die Anzahl der Tauben zu begrenzen. Soviel zum Abänderungsantrag Nr. 1.

Zu Abänderungsantrag Nr. 2. Dieser ändert einen Artikel des Tierschutzgesetzes, der uns nach wie vor ein Dorn im Auge ist. Es geht um jenen Artikel, der vorsieht, dass der Gebrauch von elektrischen Treibgeräten, Stöcken und Seilen zum Antrieb und Abtrieb der Tiere und zum Um- und Aufladen derselben zugelassen ist. Daneben steht dann der aus meiner Sicht etwas zynische Passus "..., *sofern dem Tier dadurch kein Schaden zugefügt wird.*" Das ist ein Widerspruch, denn wenn elektrische Treibstöcke zugelassen werden, dann wird dem Tier automatisch Schaden zugefügt! Wir haben bereits damals, als das Tierschutzgesetz verabschiedet worden ist, versucht,

diesen Passus zu streichen, aber nachdem wir mit unserem Abänderungsantrag nicht erfolgreich waren und jetzt die Gelegenheit haben, noch einmal zum Tierschutzgesetz Stellung zu nehmen, möchten wir um Streichung dieses Satzes ersuchen. Landesrat Berger, Sie wissen genauso gut wie ich, dass es beim Auf- und Abladen von Tieren eine ganze Reihe von Missständen gibt. Ich erinnere an den grausigen Fall im Vinschgau, und es ist wirklich nicht zu verantworten, wenn mit Tieren so umgegangen wird. Wenn man solche Instrumente nicht mit Gesetz zulässt, dann bemühen sich die Menschen vielleicht um andere Methoden, die Tiere dazu zu bewegen, den Lkw zu betreten. Wie gesagt, hier geht es nicht um eine Änderung am Text des vorliegenden Gesetzentwurfes, sondern um eine Änderung des geltenden Tierschutzgesetzes.

Zu Abänderungsantrag Nr. 3. Dieser bezieht sich auf Absatz 5, wobei ich sagen muss, dass damit eine positive Neuerung eingeführt wird. Es geht um die Möglichkeit der Konfiszierung von Tieren, wenn nachweislich die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit gefährdet sind, aber auch in Fällen von Tierquälerei. Die konfiszierten Tiere werden gesammelt und anschließend geschlachtet, wobei der Versteigerungserlös dazu bestimmt ist, die entsprechenden Auslagen zu decken. Das kann man noch nachvollziehen, aber dass eventuelle Überschüsse an diejenigen ausbezahlt werden, denen die Tiere konfisziert wurden, ist nicht nachvollziehbar. Wenn jemand, der seine Tiere quält, im Falle, dass diese dann konfisziert und geschlachtet werden, auch noch Geld dafür bekommt, so geht das wirklich nicht an! Ich würde also darum ersuchen, die Möglichkeit der Auszahlung von überschüssigem Geld auf jene Fälle zu beschränken, in denen Tiere notgeschlachtet werden müssen, weil sie krank sind usw. Bei Tierquälerei sollte diese Bestimmung nicht zur Anwendung kommen.

Zu Abänderungsantrag Nr. 4. Es geht um die Frage, welche Nachteile jemand hat, der seine Tiere quält, weshalb sie ihm dann konfisziert werden. "*Den Personen, welche Tiere konfisziert wurden, ist es ab der Konfiszierung für ein Jahr untersagt, Tiere zu halten.*" Daran sieht man, dass man wieder nur an die Tierquälerei gedacht hat, denn wenn jemand das Pech hat, dass seine Schweine notgeschlachtet werden müssen, weil sie die Schweinepest haben, so kann man diesen Tierhalter doch nicht für die Zukunft strafen! Wenn jemand seine Tiere quält, dann sollte er allerdings für längere Zeit als für ein Jahr keine Tiere mehr halten dürfen.

**BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster - SVP):** Ich möchte mich zunächst dafür entschuldigen, dass in diesem Gesetzentwurf soviel Text zu eigentlich nur wenigen Änderungen enthalten ist. Aufgrund guter gesetzgeberischer Praxis müssen die gesamten Artikel, auch wenn daran nur zwei Worte geändert werden, nämlich gänzlich neu geschrieben werden.

Frau Kury, bestimmte Dinge, die Sie gesagt haben, kann ich durchaus nachvollziehen. Allerdings müssen Sie zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. Wo ist die Tierhaltung Hobby, wo ist sie Existenzgrundlage? Hier müssen wir einfach be-

stimmte Unterscheidungen vornehmen. Natürlich soll Tierquälerei geahndet werden, aber wir müssen auch schauen, wo sie effektiv als bewusstes Vergehen oder Nachlässigkeit zu werten ist und wo sie eventuell auch eine bestimmte Form der Unwissenheit sein kann. Wenn Maßnahmen zu extrem festgeschrieben werden, dann kann dies wirklich zur Bedrohung der Existenz eines Tierhalters bzw. Landwirts führen.

Beginnen wir mit Punkt 1. Wir tun den Populationen von Tauben nichts Gutes, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, sich unkontrolliert zu vermehren, und Tiere dann durch Seuchen und Futtermangel oder was auch immer elendiglich eingehen. Das bedeutet für die Tiere mehr Schmerz als wenn man versucht, planerisch vorzugehen. Um vorzubeugen, dass unter der Taubenpopulation Seuchen ausbrechen, sollen periodische Kontrollen vorgenommen werden, indem man einige Tiere entnimmt und sie auf ihren Gesundheitszustand hin untersucht. Um einer Überpopulation vorzubeugen, wäre es nicht richtig, sie zu entnehmen und sie in einer Käfighaltung enden zu lassen. Diese Entnahme wird sicher nicht zum Spaß gemacht, sondern erfolgt effektiv nur bei Notwendigkeit. Wir wissen, dass nicht überall Leute unterwegs sind, die nur Tauben schlachten möchten. Ich ersuche also darum, diesen Passus so zu belassen.

Auch in Bezug auf Abänderungsantrag Nr. 2 ist zu sagen, dass es einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis gibt. Es gibt Tiere, die aufgeladen werden müssen, und nur mit guten Worten allein wird sich das Tier nicht bewegen. Natürlich gibt es Tiere, die auf Streicheleinheiten reagieren, aber man muss den Bauern schon die Möglichkeit des Einsatzes eines Stocks belassen, denn mit einem Handschlag alleine wird sich das Tier auch nicht bewegen. Wenn dem Tier allerdings Schmerzen zugefügt werden, dann muss das natürlich geahndet werden, und das ist auch schon erfolgt. Wir können auf diesen Passus nicht verzichten, Frau Kury, denn in der Praxis geht es nun einmal nicht anders. Hier geht es nicht um Hunde oder um andere Kleintiere, sondern es geht um Tiere, die der Mensch mit seinen eigenen Kräften nicht imstande ist zu bewegen. Deshalb müssen solche Hilfsmittel zugelassen werden, natürlich immer unter der Bedingung, dass den Tieren kein Schmerz zugefügt wird.

Zu Abänderungsantrag Nr. 3. Diesem könnten wir zustimmen. Man müsste nur den Passus hinzufügen, dass es sich um Einzeltiere handelt. Nehmen wir einmal Folgendes an: Einem Landwirt werden die Tiere aufgrund einer falschen Haltungsform beschlagnahmt, und der Richterspruch geht in Richtung Tierquälerei. Es ist festgeschrieben, dass alle entstandenen Kosten vom Verkaufserlös in Abzug gebracht werden und nur eventuelle Überschüsse ausgezahlt werden. Nehmen wir einmal an, dass es sich um eine Herde von Tieren handelt. Dann würde der Besitzer nichts aus dem Erlös erhalten, denn wenn es sich um eine Herde handelt, ist eine andere Rechnung zu machen als bei einem Einzeltier.

Zu Abänderungsantrag Nr. 4. Sie möchten, dass jemand, der Tiere gequält hat, für zwei oder mehrere Jahre lang keine Tiere mehr halten darf. Im letzten Satz steht, dass Wiederholungstäter dauerhaft das Verbot der Tierhaltung auferlegt bekommen. Das ist eine sehr rigorose Strafe. Ich muss auch hier wieder fragen, warum man

sofort mit dem Holzhammer vorgehen soll, denn manchmal handelt es sich um nicht bewusst gewollte Überschreitungen der entsprechenden Bestimmungen.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten. Könnte ich um eine kurze Unterbrechung der Sitzung untersuchen, damit ich gemeinsam mit Landesrat Berger einen Abänderungsantrag formulieren kann?

**PRESIDENTE:** Non si possono più presentare subemendamenti, collega Kury.

Passiamo alla votazione sugli emendamenti.  
Emendamento n. 1.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Baumgartner e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. Cominciamo con il numero 9:

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**KASSLATTER MUR (SVP):** Nein.

**KLOTZ (UFS):** Enthalten.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ja.

**LADURNER (SVP):** Nein.

**LAIMER (SVP):** Nein.

**LAMPRECHT (SVP):** Nein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Enthalten.

**MINNITI (AN):** (Assente)

**MUNTER (SVP):** Nein.

**MUSSNER (SVP):** Nein.

**PAHL (SVP):** (Abwesend)

**PARDELLER (SVP):** Nein.

**PASQUALI (Forza Italia):** (Assente)

**PÖDER (UFS):** Enthalten.

**SAURER (SVP):** Nein.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sì.

**SIGISMONDI (AN):** Sì.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Nein.

**STOCKER (SVP):** (Abwesend)

**THALER (SVP):** Nein.

**THALER ZELGER (SVP):** (Abwesend)

**THEINER (SVP):** Nein.

**UNTERBERGER (SVP):** Nein.

**URZÌ (AN):** Astenuto.

**WIDMANN (SVP):** Nein.

**BAUMGARTNER (SVP):** Nein.

**BERGER (SVP):** Nein.

**CIGOLLA (Il Centro):** No.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**  
Sì.

**DENICOLÒ (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** (Abwesend)

**GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links):** No.

Do lettura dell'esito della votazione: 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni. Pertanto l'emendamento n. 1 è respinto.

Emendamento n. 2: respinto con 2 voti favorevoli, 2 astensioni e i restanti voti contrari.

Emendamento n. 3: respinto con 3 voti favorevoli, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

Emendamento n. 4: respinto con 5 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Siamo alla discussione sull'articolo? Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** In Absatz 1 des Artikels 3-terdecies ist vorgesehen, dass man in Ausnahmefällen Katzen, die aus Kolonien stammen, Privaten anvertrauen kann. Damit kann man einverstanden sein, wenn das wirklich als Ausnahmefall festgelegt wird. Sonst sollen Katzen natürlich in den Kolonien bleiben, und so wird es wohl auch gehandhabt werden.

Zu Absatz 2. Landesrat Berger, wir sind damit einverstanden, wenn eine Anzahl von Tauben zwecks wissenschaftlicher Untersuchungen entnommen wird. Aber bei den zu erstellenden Plänen sollte unserer Meinung nach die Euthanasie nicht zur Anwendung kommen, aber der entsprechende Abänderungsantrag wurde ja abgelehnt.

In Absatz 3 geht es um eine Erhöhung des Beitrages von Seiten des Landes für die Tierschutzpolizei, und das geht für uns in Ordnung.

In Bezug auf Absatz 4 habe ich meine Zweifel. Es handelt sich um einen Entbürokratisierungsartikel, und zwar in dem Sinn, dass man von der EU-Bestimmung abweichen kann, die vorsieht, dass man für die Durchführung bestimmter Tiertransporte Kurse besuchen muss. So weit, so gut! Allerdings bin ich immer noch der Meinung, dass auch bei Tiertransporten im Land Südtirol nicht immer alles zum Besten steht.

Über Absatz 5 haben wir bereits diskutiert. Ich möchte nur noch einmal feststellen, dass dieser Artikel einen Widerspruch beinhaltet. Man hat wahrscheinlich an Tierquälerei gedacht, als man diesen Artikel formuliert hat, und hat dabei vergessen,

dass auch Konfiszierungen aufgrund gesundheitlicher Probleme möglich sind. Diesen Menschen kann man dann aber nicht ein Jahr lang untersagen, Tiere zu halten.

Zu Absatz 6. Ich bin froh darüber, dass den Schweinen jetzt zumindest theoretisch eine Box zugestanden wird, damit sie sich auch umdrehen können. Das ist das Mindeste, was man tun kann.

Wir werden uns bei diesem Artikel insgesamt der Stimme enthalten, weil ein paar unserer Vorschläge nicht angenommen worden sind. Im Großen und Ganzen geht er aber in Ordnung.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo: approvato con 1 voto contrario, 4 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 3-quater decies*

*Modifica della legge provinciale 28 novembre 2001, n. 17, recante  
"Legge sui masi chiusi"*

*1. I commi 5 e 6 dell'articolo 10 della legge provinciale 28 novembre 2001, n. 17, sono così sostituiti:*

*"5. Nel caso di fondi agricoli offerti in vendita e confinanti con fondi agricoli facenti parte di un maso chiuso, il diritto di prelazione di cui alla legge 14 agosto 1971, n. 817, e successive modifiche, spetta anche al proprietario coltivatore diretto del maso chiuso. Nel caso di alienazione di un maso chiuso ai confinanti, anche se in possesso dei requisiti di cui alla legge 14 agosto 1971, n. 817, e successive modifiche, non spetta il diritto di prelazione.*

*6. Per quanto non disciplinato dalla presente legge e in quanto compatibile con essa, si applicano le disposizioni sul diritto di prelazione contenute nella legge 26 maggio 1965, n. 590, e nella legge 14 agosto 1971, n. 817, e successive modifiche."*

-----

*Art. 3-quater decies*

*Änderung des Landesgesetzes vom 28. November 2001, Nr. 17,  
"Höfegesetz"*

*1. Artikel 10 Absätze 5 und 6 des Landesgesetzes vom 28. November 2001, Nr. 17, erhalten folgende Fassung:*

*„5. Werden landwirtschaftliche Grundstücke, die an landwirtschaftliche Grundstücke eines geschlossenen Hofes angrenzen, zum Verkauf angeboten, so steht auch dem selbstbearbeitenden Eigentümer des geschlossenen Hofes das Vorkaufsrecht laut Gesetz vom 14. August 1971, Nr. 817, in geltender Fassung, zu. Bei Veräußerung eines geschlossenen Hofes steht den Anrainern, auch wenn sie die Voraussetzungen laut Gesetz vom 14. August 1971, Nr. 817, in geltender Fassung, besitzen, das Vorkaufsrecht nicht zu.*

*6. Für das, was in diesem Gesetz nicht geregelt ist, gelten, soweit anwendbar, die im Gesetz vom 26. Mai 1965, Nr. 590, und im Gesetz vom 14. August 1971, Nr. 817, in geltender Fassung, enthaltenen Bestimmungen über das Vorkaufsrecht.“*



Do lettura di un emendamento, presentato dal consigliere Pöder: "Il secondo periodo del nuovo comma 5 dell'articolo 10 della legge provinciale 28 novembre 2001, n. 17, è così sostituito: 'Nel caso di alienazione di un maso chiuso, ai confinanti non spetta il diritto di prelazione a meno che non siano in possesso dei requisiti di cui alla legge 14 agosto 1971, n. 817, e successive modifiche'."

"Im neuen Absatz 5 des Artikels 10 des Landesgesetzes vom 28. November 2001, n. 17, erhält der zweite Satz folgende Fassung: 'Bei Veräußerung eines geschlossenen Hofes steht den Anrainern das Vorkaufsrecht nicht zu, außer sie besitzen die Voraussetzungen laut Gesetz vom 14. August 1971, Nr. 817.'"

La parola al consigliere Pöder per l'illustrazione dell'emendamento.

**PÖDER (UFS):** Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Landesrat, ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, dass Ihr Vorschlag unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoller ist, aber ich glaube, dass es doch eine gewisse Logik hätte, wenn wir bei der Veräußerung eines geschlossenen Hofes das Vorkaufsrecht für jene beibehielten, die die Voraussetzungen laut den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften besitzen. Hier ist dieses Vorkaufsrecht ausgeschlossen. In Absatz 6 steht zwar, dass für das, was in diesem Gesetz nicht geregelt ist, die staatlichen Normen gelten, aber ich denke, dass es nicht ohne Logik wäre, wenn man vorsehen würde, dass bei Veräußerung eines geschlossenen Hofes ein Vorkaufsrecht für Anrainer, die ein Bewirtschaftungsinteresse haben, besteht.

**BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster - SVP):** Herr Abgeordneter Pöder, Ihr Vorschlag ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Wir schließen das Vorkaufsrecht nicht aus, denn im jetzigen Höferecht ist bereits festgeschrieben, dass für den geschlossenen Hof als Einheit kein Vorkaufsrecht besteht. Das wird in diesem Passus nur wiederholt. Wir haben die Anrainer vom Vorkaufsrecht ausgeschlossen, weil es 20 oder auch 50 sein könnten. Es gibt Urteile, die besagen, dass aufgrund der Tatsache, dass für den geschlossenen Hof kein Vorkaufsrecht besteht, auch der Besitzer des geschlossenen Hofes kein Vorkaufsrecht hat, um beispielsweise angrenzende walzende Parzellen zu kaufen. Deshalb sehen wir jetzt vor, dass der Besitzer eines geschlossenen Hofes, nachdem er einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet, sehr wohl ein Vorkaufsrecht für angrenzende walzende Parzellen geltend machen kann. Das ist der Sinn der Maßnahmen.

Wie gesagt, Ihr Abänderungsantrag, Kollege Pöder, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings wissen Sie, dass ein entsprechendes Gesetz des Landes Tirol ausgehebelt worden ist. Wenn es rechtlich nicht dazu führen würde, dass wir uns eine Klage und eventuell sogar eine Infragestellung des Höferechtes einhandeln, dann könnte ich Ihrem Abänderungsantrag auch zustimmen. Ich würde also darum ersu-

chen, die Abstimmung über diesen Artikel auszusetzen, damit ich die rechtliche Basis abklären kann.

**PRESIDENTE:** Va bene. Allora sospendiamo la trattazione di questo articolo.

Passiamo al prossimo articolo.

*Art. 3-quinquies decies*

*Distanze di sicurezza dai gasdotti*

*1. In attuazione della direttiva 2003/55/CE, la Giunta provinciale è autorizzata a definire, ai fini della sicurezza antincendi per il trasporto di gas naturale, per le tubazioni di nuova costruzione o in esercizio ubicate sul territorio provinciale, con pressione di esercizio fino a 64 bar, le distanze di sicurezza con proprio provvedimento.*

-----

*Art. 3-quinquies decies*

*Sicherheitsabstände zu Gasleitungen*

*1. Die Landesregierung wird ermächtigt, in Umsetzung der Richtlinie 2003/55/EG die Sicherheitsabstände zu Brandschutzzwecken beim Erdgastransport für neue und auch für bereits bestehende Leitungen auf Landesgebiet mit einem Betriebsdruck bis zu 64 bar mit eigenem Beschluss festzulegen.*

Do lettura di un emendamento sostitutivo, presentato dall'assessore Laimer:

*"Art. 2-bis*

*Distanza di sicurezza dei gasdotti*

*1. In attuazione della Direttiva 2003/55/CE la Giunta provinciale è autorizzata a definire, ai fini della sicurezza antincendi per il trasporto di gas naturale, le tubazioni di nuova costruzione o in esercizio ubicate sul territorio provinciale, con pressione di esercizio fino a 64 bar, le distanze di sicurezza con proprio provvedimento.*

-----

*Art. 2-bis*

*Sicherheitsabstände zu Gasleitungen*

*1. Die Landesregierung wird ermächtigt, in Umsetzung der Richtlinie 2003/55/EG die Sicherheitsabstände zu Brandschutzzwecken beim Erdgastransport für neue und auch für bereits bestehende Leitungen auf Landesgebiet mit einem Betriebsdruck bis zu 64 bar mit eigenem Beschluss festzulegen.*

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich ersuche den Landesrat, uns zu sagen, was mit diesem Abänderungsantrag bezweckt wird.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Das Neue an diesem Text ist, dass er in ein bestehendes Gesetz integriert wird. Derzeit gibt es in Südtirol keine gesetzliche Regelung, denn wir beziehen uns immer auf staatliche Bestimmungen. Die neue EU-Richtlinie ist vom Staat nicht rezipiert worden. Jetzt können wir das aufgrund der Autonomie-Bestimmungen selbst machen, und das sehen wir im vorliegenden Text vor.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich ersuche auch um eine inhaltliche Erläuterung.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Es geht vor allem um die Grenzabstände, die die EU anders geregelt hat als der Staat. Wir möchten die Bestimmungen der EU-Richtlinie übernehmen und mit Beschluss der Landesregierung die Grenzabstände laut Vorgabe der EU-Richtlinie definieren.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** *(unterbricht)*

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP):** Weniger streng!

**PRESIDENTE:** C'è qualcun altro che chiede intervenire sull'emendamento sostitutivo dell'articolo 3-quinquies decies? Nessuno. Allora passiamo alla votazione: approvato con 1 voto contrario, 5 astensioni e i restanti voti favorevoli.

### CAPO III

#### LAVORI PUBBLICI, SOSTEGNO DELL'ECONOMIA, TURISMO, ESERCIZI PUBBLICI ED ESPROPRIAZIONI

##### Art. 4

###### *Modifica della legge provinciale*

*10 agosto 1995, n. 17, recante "Disposizioni finanziarie in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia per l'anno finanziario 1995 e per il triennio 1995-1997"*

*1. La rubrica dell'articolo 6 della legge provinciale 10 agosto 1995, n. 17, e successive modifiche, è così sostituita: "Contributi per piste ciclabili ed itinerari ciclopedonali intercomunali".*

*2. I commi 3 e 4 dell'articolo 6 della legge provinciale 10 agosto 1995, n. 17, e successive modifiche, sono così sostituiti:*

*"3. La gestione e la manutenzione delle piste ciclabili e degli itinerari ciclopedonali intercomunali competono alla relativa comunità comprensoriale e al Comune di Bolzano per i rispettivi territori. I mezzi finanziari necessari vengono messi a disposizione annualmente dal*

fondo per la finanza locale e le relative modalità di ripartizione sono fissate annualmente dall'accordo sulla finanza locale.

4. Per le finalità di cui al comma 3, la Giunta provinciale può autorizzare le comunità comprensoriali e il Comune di Bolzano ad avvalersi del Servizio Strade provinciale per la manutenzione, a condizione che il Comune di Bolzano o la relativa comunità comprensoriale si assuma le relative spese. Se i lavori di manutenzione sono eseguiti in economia da un cantiere stradale provinciale, il Comune di Bolzano o la comunità comprensoriale rimborsa alla Provincia solo le spese sostenute per l'acquisto dei materiali."

-----

### 3. ABSCHNITT

#### ÖFFENTLICHE ARBEITEN, WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, FREMDENVERKEHR, GASTGEWERBE UND ENTEIGNUNGEN

##### Art. 4

Änderung des Landesgesetzes vom 10. August 1995, Nr. 17, „Finanzbestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1995 und für den Dreijahreszeitraum 1995-1997“

1. Die Überschrift des Artikels 6 des Landesgesetzes vom 10. August 1995, Nr. 17, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung: „Beiträge für übergemeindliche Radwege und Radrouten“.

2. Artikel 6 Absätze 3 und 4 des Landesgesetzes vom 10. August 1995, Nr. 17, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„3. Die Betreibung und Instandhaltung der übergemeindlichen Radwege und Radrouten obliegen, je nach Zuständigkeit für das entsprechende Gebiet, der jeweiligen Bezirksgemeinschaft bzw. der Gemeinde Bozen. Die nötigen finanziellen Mittel dafür werden jährlich aus dem Fonds für Lokalfinanzen zur Verfügung gestellt und die entsprechenden Aufteilungsmodalitäten werden in der jährlichen Vereinbarung über die Gemeindefinanzierung festgelegt.

4. Für die Zwecke laut Absatz 3 kann die Landesregierung die Bezirksgemeinschaften und die Gemeinde Bozen ermächtigen, sich des Straßendienstes des Landes zu bedienen, unter der Bedingung, dass die Gemeinde Bozen oder die Bezirksgemeinschaft die anfallenden Kosten übernimmt. Erfolgt die Instandhaltung durch einen Straßenbauhof des Landes in Regie, erstattet die Gemeinde Bozen oder die Bezirksgemeinschaft dem Land nur die Ausgaben für den Ankauf des Materials.“-

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte darauf hinweisen, dass der Rat der Gemeinden sowohl beim ersten als auch beim zweiten Vorschlag darauf hingewiesen hat, dass sich das Land mit dieser neuen Form aus der Kostenbeteiligung verabschiedet. Offensichtlich beharrt der Rat der Gemeinden also darauf, dass hier etwas nicht in Ordnung ist. "Das Land beteiligt sich im Ausmaß von 60 Prozent an der Finanzierung des Baus von überge-

*meindlichen Fahrradwegen. Im Jahr 2003 hat sich das Land verpflichtet, sich an der Instandhaltung der übergemeindlichen Fahrradwege in natura zu beteiligen. Aufgrund der heute geltenden Fassung können sich die Bezirksgemeinschaften für die Instandhaltung des Straßendienstes des Landes bedienen. Die vorgeschlagene Änderung, wodurch die Bezirksgemeinschaften die Kosten übernehmen müssen, hebt die Beteiligung des Landes an der Instandhaltung der Fahrradwege zum größten Teil auf. Der Rat der Gemeinden fordert daher, dass das Land auch weiterhin seinen Anteil an der Instandhaltung der Fahrradwege beibehält."* Ich möchte darum ersuchen, dem Rat der Gemeinden eine Stimme zu geben, damit er in diesem Landtag gehört wird. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass der Rat der Gemeinden schon ernst genommen werden und die Landesregierung erklären sollte, warum sie auf ihrem Vorschlag beharrt.

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP):** Die Finanzierung der Radwege ist eine Sache, die Instandhaltung derselben eine andere. Es ist so, dass die Wildbachverbauung Arbeiten für die Gemeinden erledigt und für die dabei anfallenden Materialienkosten kassiert. Dasselbe Prinzip wollen wir für die Radwege einführen.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Baumgartner e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. Cominciamo con il numero 12:

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nein.

**LADURNER (SVP):** Ja.

**LAIMER (SVP):** Ja.

**LAMPRECHT (SVP):** Ja.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Enthalten.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Enthalten.

**MINNITI (AN):** (Assente)

**MUNTER (SVP):** (Abwesend)

**MUSSNER (SVP):** Ja.

**PAHL (SVP):** (Abwesend)

**PARDELLER (SVP):** Ja.

**PASQUALI (Forza Italia):** (Assente)

**PÖDER (UFS):** Enthalten.

**SAURER (SVP):** Ja.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** No.

**SIGISMONDI (AN):** Enthalten.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ja.

**STOCKER (SVP):** (Abwesend)

**THALER (SVP):** Ja.

**THALER ZELGER (SVP):** Ja.

**THEINER (SVP):** Ja.

**UNTERBERGER (SVP):** Ja.

**URZÌ (AN):** Astenuto.

**WIDMANN (SVP):** Ja.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ja.

**BERGER (SVP):** Ja.

**CIGOLLA (Il Centro):** Sì.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**  
No.

**DENICOLÒ (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** Ja.

**GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links):** Sì.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**KASSLATTER MUR (SVP):** Ja.

**KLOTZ (UFS):** Enthalten.

Do lettura dell'esito della votazione: 18 voti favorevoli, 3 voti contrari e 6 astensioni. Pertanto l'articolo 4 è approvato.

Riprendiamo a questo punto la trattazione dell'articolo 3-quater decies. Ha chiesto intervenire il consigliere Berger, ne ha facoltà.

**BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster - SVP):** Danke, Herr Präsident! Der Abgeordnete Pöder und ich haben uns gerade darüber unterhalten. Wenn wir den vom Abgeordneten Pöder eingebrachten Abänderungsantrag annehmen würden, dann würde das dem gleichkommen, als ob wir das Vorkaufsrecht beim geschlossenen Hof generell einführen würden. Der Gesetzesartikel, den der Kollege Pöder zitiert hat, regelt auf Staatsebene das Vorkaufsrecht. Deshalb können wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

**PRESIDENTE:** Va bene. Passiamo alla votazione sull'emendamento presentato dal consigliere Pöder: respinto con 3 voti favorevoli, 2 astensioni e i restanti voti contrari.

Qualcuno chiede la parola sull'articolo 3-quaterdecies? Nessuno. Allora passiamo alla votazione: approvato con 6 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 4-bis*

*Modifica della legge provinciale 19 agosto 1991, n. 24, recante "Classificazione delle strade di interesse provinciale"*

*1. Il comma 2 dell'articolo 5 della legge provinciale 19 agosto 1991, n. 24, è così sostituito:*

*“2. La deliberazione viene affissa all'albo comunale per la durata di 15 giorni consecutivi e pubblicata sulle pagine web della Provincia autonoma di Bolzano destinate alla viabilità.”*

-----  
Art. 4-bis

*Änderung des Landesgesetzes vom 19. August 1991, Nr. 24, „Klassifizierung der Straßen im Interessenbereich des Landes“*

*1. Artikel 5 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 19. August 1991, Nr. 24, erhält folgende Fassung:*

*„2. Der Beschluss wird 15 aufeinanderfolgende Tage an der Amtstafel der Gemeinde ausgehängt und auf den Web-Seiten des Landes, die den Straßen gewidmet sind, veröffentlicht.“*

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich erkläre mich damit einverstanden, dass man den Beschluss nicht mehr in einer Tageszeitung, sondern im Internet veröffentlichen muss. Schließlich sollte nicht das Geschäft bestimmter Tageszeitungen gefördert werden. Soweit unsere volle Zustimmung. Nicht zustimmen können wir aber, dass damit die Möglichkeit zu Fall gebracht wird, dass die Betroffenen innerhalb von 15 Tagen ihre Bemerkungen vorbringen können. Das ist schon interessant! Wenn ich von einer Klassifizierung von Gemeindestraßen betroffen bin, dann sollte ich schon darüber informiert werden und danach sollte ich mich auch zu Wort melden können. Warum also hat man die Möglichkeit der Anbringung von Bemerkungen aus dem geltenden Gesetzestext entfernt?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP):** Hier geht es rein um die Publikation. Das hat nichts mit dem Rekurs gegen eine Straße zu tun, denn diese ist ja schon vorhanden.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo 4-bis: approvato all'unanimità.

Art. 6

*Modifiche della legge provinciale*

*8 gennaio 1993, n. 1, recante “Interventi provinciali per lo sviluppo dell'economia cooperativa”*

*1. L'articolo 1 della legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1, è così sostituito:*

*“Art. 1 (Finalità) - 1. Per sostenere l'avvio, il potenziamento e la riorganizzazione delle cooperative, la Provincia autonoma di Bolzano può promuovere i seguenti interventi:*

*la costituzione e lo sviluppo di cooperative sociali;*

*la costituzione e lo sviluppo di cooperative di lavoro fra lavoratori che siano stati licenziati a seguito di fallimento o di altra procedura concorsuale, di chiusura definitiva dell'azienda o di consistenti riduzioni di*



personale, ed il subentro di cooperative di lavoratori nella gestione di imprese;

la costituzione e lo sviluppo in forma cooperativa di attività imprenditoriali, con particolare riguardo alla formazione professionale e all'inserimento lavorativo delle donne e dei giovani, nonché alla qualificazione, riqualificazione e integrazione lavorativa di persone con difficoltà di inserimento sul mercato del lavoro ed allo svolgimento di attività con particolare valenza innovativa o sociale.”

2. L'articolo 9 della legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1, è così sostituito:

“Art. 9 (Assistenza tecnica) - 1. A favore delle cooperative di cui all'articolo 1 sono erogati servizi di assistenza tecnica per la predisposizione di studi di fattibilità e per l'accompagnamento tecnico-gestionale nella fase di avvio dell'attività o nel caso di rilevanti ristrutturazioni aziendali. A tal fine possono essere stipulate convenzioni con le associazioni di rappresentanza delle cooperative giuridicamente riconosciute e con altri enti od organismi specializzati, con assunzione dei relativi costi. Inoltre possono essere finanziati i costi relativi all'utilizzazione temporanea di personale altamente qualificato, da destinare ad attività di potenziamento o riorganizzazione delle cooperative.”

3. Sono abrogati gli articoli 10 e 12 della legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1.

-----

#### Art. 6

Änderung des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, „Maßnahmen des Landes zur Förderung des Genossenschaftswesens“

1. Artikel 1 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, erhält folgende Fassung:

„Art. 1 (Zielsetzung) - 1. Um die Tätigkeitsaufnahme, die Stärkung und die Reorganisation der Genossenschaften zu fördern, kann das Land Südtirol folgende Vorhaben fördern:

die Gründung und Entwicklung von Sozialgenossenschaften,  
die Gründung und Entwicklung von Arbeitsgenossenschaften, an denen sich Arbeiter beteiligen, die infolge eines Konkurses oder eines anderen Insolvenzverfahrens, wegen endgültiger Betriebsschließung oder wegen eines erheblichen Personalabbaues entlassen worden sind, sowie die Übernahme von Betrieben durch Arbeitergenossenschaften,  
die Gründung und Entwicklung von unternehmerischen Tätigkeiten in Genossenschaftsform, unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Ausbildung und Eingliederung der Frauen und Jugendlichen, sowie der Weiterbildung, der Umschulung und der beruflichen Eingliederung von Menschen mit Eingliederungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und von Tätigkeiten mit Innovationscharakter oder besonderer sozialer Bedeutung.“

2. Artikel 9 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, erhält folgende Fassung:

„Art. 9 (Fachliche Betreuung) - 1. Zugunsten der Genossenschaften laut Artikel 1 wird Fachberatung für die Erstellung von Machbarkeitsstudien und die verwaltungstechnische Begleitung in der Phase der Aufnahme der Tätigkeit und im Falle relevanter Betriebsreorganisatio-

*nen erbracht. Dazu können Vereinbarungen mit den rechtlich anerkannten Genossenschaftsverbänden und anderen spezialisierten Einrichtungen getroffen werden, wobei die entsprechenden Kosten übernommen werden. Weiters können die Kosten für den zeitweiligen Einsatz von besonders qualifiziertem Personal zur Stärkung und Reorganisation der Genossenschaften übernommen werden.“*

*3. Die Artikel 10 und 12 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, sind aufgehoben.*

Do lettura di un emendamento, presentato dai consiglieri Kury, Heiss e Dello Sbarba: "Il comma 3 è così sostituito: '3. È abrogato l'articolo 12 della legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1'."

"Absatz 3 erhält folgende Fassung: '3. Der Artikel 12 des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, ist aufgehoben'."

La parola alla consigliera Kury per l'illustrazione dell'emendamento.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Es geht hier um das Genossenschaftswesen. Im ursprünglichen Artikel wird der Artikel 1 neu definiert und so weit, so gut. Allerdings werden dann zwei Artikel des bestehenden Gesetzes gestrichen, ohne dass es dafür eine Notwendigkeit geben würde. Der Artikel 10 kann ohne weiteres gestrichen werden, aber der Artikel 12 sollte aufrecht bleiben, denn letzterer beinhaltet zusätzliche wirtschaftliche Maßnahmen für die Sozialgenossenschaften. Diese wichtige Sache sollte man nicht streichen.

**PRESIDENTE:** Aspettiamo un'attimo l'assessora Gneccchi che è il membro competente della Giunta per dare una risposta.

Ecco, l'assessora Gneccchi è arrivata. Darei la parola alla consigliera Kury per riformulare la sua osservazione a cui l'assessora Gneccchi deve rispondere.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich möchte nur nicht in den Ruf kommen, dass wir die Arbeiten blockieren. Nur, damit das klargestellt ist!

Es geht hier um die Genossenschaften, wobei der erste Artikel des entsprechenden Gesetzes neu definiert wird. Es scheint nicht einsichtig sein, dass man den Artikel 12 dieses Gesetzes streicht, denn die spezifischen Begünstigungen für Sozialgenossenschaften sollten beibehalten werden, auch wenn der Artikel 1 abgeändert wird.

**GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit):** Bisogna tener conto che la legge è del 1993 e le finalità dell'art. 1, che erano state pensate nel

1993, erano state dettagliate. In questi anni c'è stato un forte impegno degli assessorati, prima Saurer e Gnechi come assessori al lavoro, alla sanità e al sociale, in questa legislatura anche del collega Theiner, e sulle cooperative e in particolare sulle cooperative sociali le attività della Ripartizione lavoro e della Ripartizione politiche sociali spesso si intrecciano. La definizione in questo modo maggiormente chiaro e definito rispetto al fatto che la Provincia promuove i seguenti interventi in termini di: *"costituzione e sviluppo di cooperative sociali, costituzione e sviluppo di cooperative lavoro fra lavoratori che siano stati licenziati a seguito di fallimento o di altra procedura concorsuale, di chiusura definitiva dell'azienda, di consistente riduzione di personale, di inserimento nelle cooperative di lavoratori nella gestione di imprese"*, e al comma c) la costituzione e lo sviluppo in forma cooperative di attività imprenditoriali con particolare riguardo alla formazione professionale, l'inserimento lavorativo delle donne e dei giovani si definisce in modo più chiaro. Modifichiamo poi l'articolo 9 con il comma 2 di questo articolo rafforzando l'assistenza tecnica.

Si abrogano poi gli articoli 10 e 12 della legge n. 1/93, perché dare un contributo a persone svantaggiate è un'attività che svolge normalmente la Ripartizione n. 24, contributo che non è mai stato utilizzato in questi anni, perché un esiste vincolo sempre di base. Dove interviene una ripartizione o se già c'è un sostegno economico da parte di una ripartizione, non interviene l'altra. Siccome i contributi che elargisce la Ripartizione n. 24 alle cooperative sociali sono più alti ma non definiti sulla singola persona, si rischia che il contributo fino a 2.400 euro metta in discussione un contributo più generale alla cooperativa sociale. Quindi in accordo con la Ripartizione n. 24 abbiamo chiarito, e sia chiaro che non è un indebolimento del sostegno, chi fa cosa in termini di contributo pubblico. In questi anni abbiamo visto che in sostegno in particolare alle cooperative sociali, alle persone svantaggiate inserite - abbiamo intenzione di proseguire non solo con le cooperative sociali ma sull'inserimento lavorativo di fasce svantaggiate in tutte le imprese - ci ha dimostrato che è meglio definire con chiarezza i due campi di intervento.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'emendamento.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Baumgartner e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. Cominciamo con il numero 17:

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ja.

**MINNITI (AN):** (Assente)

**MUNTER (SVP):** Nein.

**MUSSNER (SVP):** (Abwesend)

**PAHL (SVP):** (Abwesend)

**PARDELLER (SVP):** Nein.

**PASQUALI (Forza Italia):** (Assente)

**PÖDER (UFS):** Enthalten.

**SAURER (SVP):** Nein.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Astenuto.

**SIGISMONDI (AN):** Sì.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** (Abwesend)

**STOCKER (SVP):** (Abwesend)

**THALER (SVP):** Nein.

**THALER ZELGER (SVP):** Nein.

**THEINER (SVP):** Nein.

**UNTERBERGER (SVP):** Nein.

**URZÌ (AN):** Astenuto.

**WIDMANN (SVP):** Nein.

**BAUMGARTNER (SVP):** Nein.

**BERGER (SVP):** Nein.

**CIGOLLA (Il Centro):** No.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**  
Sì.

**DENICOLÒ (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** Nein.

**GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links):** No.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**KASSLATTER MUR (SVP):** Nein.

**KLOTZ (UFS):** Ja.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ja.

**LADURNER (SVP):** Nein.

**LAIMER (SVP):** Nein.

**LAMPRECHT (SVP):** Nein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

Do lettura dell'esito della votazione: 5 voti favorevoli, 17 voti contrari e 3 astensioni. Pertanto l'emendamento è respinto.

Qualcuno chiede la parola sull'articolo? Nessuno. Allora passiamo alla votazione.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Baumgartner e altri due consiglieri hanno chiesto la votazione per appello nominale. Cominciamo con il numero 28:

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ja.

**STOCKER (SVP):** (Abwesend)

**THALER (SVP):** Ja.

**THALER ZELGER (SVP):** Ja.

**THEINER (SVP):** Ja.

**UNTERBERGER (SVP):** Ja.

**URZÌ (AN):** Astenuto.

**WIDMANN (SVP):** Ja.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ja.

**BERGER (SVP):** Ja.

**CIGOLLA (Il Centro):** Sì.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**  
Astenuto.

**DENICOLÒ (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** Ja.

**GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtig-  
keit – Gemeinsam Links):** Sì.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** (Abwesend)

**KASSLATTER MUR (SVP):** Ja.

**KLOTZ (UFS):** Enthalten.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Enthalten.

**LADURNER (SVP):** Ja.

**LAIMER (SVP):** Ja.

**LAMPRECHT (SVP):** Ja.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Enthalten.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Enthalten.

**MINNITI (AN):** (Assente)

**MUNTER (SVP):** Ja.

**MUSSNER (SVP):** (Abwesend)

**PAHL (SVP):** (Abwesend)

**PARDELLER (SVP):** Ja.

**PASQUALI (Forza Italia):** Sì.

**PÖDER (UFS):** Enthalten.

**SAURER (SVP):** Ja.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** No.

**SIGISMONDI (AN):** Astenuto.

Do lettura dell'esito della votazione: 18 voti favorevoli, 1 voto contrario e 8 astensioni. Pertanto l'articolo 6 è approvato.

*Art. 6-bis*

*Modifica della legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8, recante "Provvedimenti in materia di assistenza all'infanzia"*

*1. Nel comma 2 dell'articolo 1-ter della legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8, dopo le parole: "Alle imprese e alle loro associazioni" sono inserite le parole: "nonché agli enti pubblici e privati".*

*2. Nel secondo periodo del comma 3 dell'articolo 1-ter della legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8, le parole: "Le imprese beneficiarie" sono sostituite con le parole: "Le imprese nonché gli enti pubblici e privati beneficiari".*

-----

*Art. 6-bis*

*Änderung des Landesgesetzes vom 9. April 1996, Nr. 8,  
„Maßnahmen zur Kinderbetreuung“*

*1. Im Absatz 2 des Artikels 1-ter des Landesgesetzes vom 9. April 1996, Nr. 8, werden nach den Worten „Unternehmen und ihren Verbänden“ die Worte „sowie öffentlichen und privaten Körperschaften“ eingefügt.*

*2. Im Absatz 3, zweiter Satz, des Artikels 1-ter des Landesgesetzes vom 9. April 1996, Nr. 8, sind die Worte „Die Unternehmen“ mit den Worten „Die Unternehmen sowie die öffentlichen und privaten Körperschaften“ ersetzt.*

Qualcuno chiede la parola su questo articolo? La consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Die hier vorgeschlagene Änderung ist bei Gott nicht weltbewegend und insofern könnte man ihr auch ohne weiteres zustimmen. Allerdings zeugt sie wieder einmal von der Art und Weise von Gesetzgebung in Südtirol. Dieser Artikel ist inzwischen zwei Mal geändert worden. Wir haben ihn vor nicht einmal einem Jahr geändert und jetzt ändern wir ihn wieder. Das ist ein Beispiel der Beschäftigungstherapie für diesen Landtag. Wenn man bedenkt, dass man jedes halbe Jahr ein Wörtchen zu einem Artikel hinzufügt und dann nicht imstande ist, im Saal zu bleiben, wenn man auch bedenkt, dass die Mehrheitspartei der Reihe nach namentliche Abstimmungen verlangen muss, damit die Herrschaften hergerufen werden können, und dann am Ende noch gesagt wird, dass die Opposition die Arbeiten behindern würde, dann läuft das Fass wirklich über! Sehr geehrte Damen und Herren der Südtiroler Volkspartei, habt Ihr Lust, dieses Gesetz zu verabschieden? Wenn ja, dann bleibt bitte im Saal! Ich spreche im Namen der gesamten Opposition, wenn ich sage, dass wir nicht gewillt sind, diese Art der Gesetzgebung zu legitimieren und auch noch dazusitzen und dafür Sorge zu tragen, dass es verabschiedet werden kann. Da habt Ihr die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Ich fordere die Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung auf, bei den Artikeln, die sie betreffen, im Saal zu sein, um nicht per Funk gesucht werden zu müssen!

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Es handelt sich hier um die Ausweitung der Förderung von Tagesstätten für Kinder auf die Bediensteten öffentlicher und privater Körperschaften. Das ist in Ordnung. Es stellt sich allerdings die Frage, um welche öffentlichen und privaten Körperschaften es sich konkret handelt. Man spricht schon seit Jahren davon und weiß auch, dass es verschiedene Initiativen gegeben hat. Vielleicht kann uns die Frau Landesrätin auch sagen, wie viele Unternehmen und Verbände solche Tagesstätten für Kinder zur Verfügung stellen und wie diese genutzt werden bzw. ob dies aufgrund dieser gesetzlichen Festschreibung für die öffentlichen und privaten Körperschaften erstmals möglich wird.



**GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit):** Forse vale la pena ricordare come è partita questa situazione legata agli asili aziendali. È partita su forte pressione dell'Assoimprenditori con un non convincimento totale della Provincia che invece poi ha deciso di sostenerla con le spese di gestione nella misura del 33%, il 33% a carico dell'azienda e il 33% a carico della famiglia. Sono stati fatti tre progetti pilota. Bisognerebbe darsi una scadenza quando si predispongono dei progetti pilota. Quando funzionavano da tre anni si è deciso di fare un articolo di legge per stabilizzare la situazione sia in termini di possibilità di finanziamento che per andare avanti.

Rispondo alla collega Kury che diceva che spesso accade che si modifichi un testo. Qui non è solo un problema di modifica del testo, ma c'è stato un primo momento in cui la Provincia non riteneva neanche opportuno dare un sostegno di questo tipo alle aziende, perché in sostanza è favorire il fatto che l'azienda faccia un asilo e la Provincia contribuisce, e di sicuro era totalmente contraria al fatto di dare un contributo ad enti pubblici tipo Comuni e altro. Abbiamo fatto un ulteriore sviluppo del progetto pilota di Bressanone e un ulteriore sviluppo rispetto ad un'altra microstruttura di quelle sostenute dal collega Theiner, nel quale due comuni hanno comperato dei posti per i propri dipendenti. A questo punto si è reso però indispensabile, perché la Provincia possa dare un finanziamento al datore di lavoro, sia pubblico che privato, modificare l'articolo inserendo "nonché agli enti pubblici e privati".

Consigliera Klotz, la nostra esperienza in questo momento è di cinque situazioni di asili aziendali, quattro già operanti totalmente, il quinto è in via di approvazione. A Bressanone abbiamo nella struttura aziendale bambini del comune di Bressanone, parte di bambini come asilo nido, quindi sostenuto totalmente dal Comune di Bressanone, e bambini figli di dipendenti delle aziende. A Bolzano c'è una situazione sfortunata dal punto di vista logistico, perché è situata alla Fiera, quindi non ha la stabilità fissa dei 12 mesi all'anno, perché per la fiera campionaria e altre manifestazioni deve spostarsi. In quella struttura ci sono figli dei dipendenti del Comune di Bolzano, che lavorano in zona industriale, e figli di dipendenti delle aziende private che lavorano in zona industriale. In questo momento complessivamente abbiamo 80 bambini negli asili aziendali. La Provincia interviene solo per quanto riguarda le spese di gestione e solo per 1/3 di copertura.

Il regolamento che gli asili aziendali seguono è lo stesso del collega Theiner per le microstrutture, perché questo deve garantire il diritto e la condizione a tutti i bambini/bambine, indipendentemente dal luogo in cui stanno, che sia microstruttura sostenuta dalla ripartizione n. 24 o dal Comune o che sia una struttura di tipo asilo aziendale, di poter avere le stesse caratteristiche in termini di attenzione, educazione, istruzione, cioè lo stesso progetto pedagogico-didattico.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo 6-bis: approvato con 1 voto contrario, 5 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 7*

*Modifica della legge provinciale*

*13 febbraio 1997, n. 4, recante "Interventi della Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige per il sostegno dell'economia"*

*1. Dopo l'articolo 16 della legge provinciale 13 febbraio 1997, n. 4, è inserito il seguente articolo:*

*"Art. 16-bis (Aiuti ad imprese istituite da lavoratori licenziati) - 1. La Provincia autonoma di Bolzano può concedere aiuti diretti a sostenere la costituzione e lo sviluppo di imprese individuali costituite da lavoratori licenziati a seguito di fallimento o di altra procedura concorsuale, di chiusura definitiva dell'azienda o di consistenti riduzioni di personale nonché di imprese costituite in forma societaria esclusivamente da soci nelle predette condizioni. Alle imprese costituite in forma cooperativa si applicano le disposizioni della legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1.*

*2. Nel rispetto della vigente normativa comunitaria gli aiuti di cui al comma 1 possono essere concessi per un periodo massimo di due anni dalla data di inizio della nuova attività imprenditoriale e rispettivamente nel limite del 30 per cento per investimenti di cui al capo II, del 70 per cento per iniziative di cui ai capi V e VII e finanziamenti a valere sul fondo di rotazione nel limite massimo di 50.000,00 euro per la costituzione di liquidità di cui al capo VI della presente legge."*

-----

*Art. 7*

*Änderung des Landesgesetzes vom*

*13. Februar 1997, Nr. 4, „Maßnahmen des Landes Südtirol zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“*

*1. Nach Artikel 16 des Landesgesetzes vom 13. Februar 1997, Nr. 4, wird folgender Artikel eingefügt:*

*„Art. 16-bis (Beihilfen an von entlassenen Arbeitern gegründete Unternehmen) - 1. Das Land Südtirol kann Beihilfen zur Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Einzelunternehmen gewähren, welche von Arbeitern gegründet werden, die aufgrund von Konkursen oder anderen Insolvenzverfahren, wegen endgültiger Betriebsschließung oder wegen eines erheblichen Personalabbaues entlassen worden sind, sowie von Unternehmen, die ausschließlich von Personen, die sich in einer derartigen Lage befinden, in Form einer Gesellschaft gegründet werden. Auf Unternehmen, die in Form von Genossenschaften gegründet werden, finden die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 8. Jänner 1993, Nr. 1, Anwendung.*

*2. Im Rahmen des geltenden Gemeinschaftsrechts können die Beihilfen laut Absatz 1 für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren ab Beginn einer neuen unternehmerischen Tätigkeit gewährt werden, und zwar bis 30 Prozent für Investitionen laut II. Abschnitt, bis 70 Prozent für Vorhaben laut V. und VII. Abschnitt sowie Finanzierungen aus dem Rotationsfond im Höchstausmaß von 50.000,00 Euro für die Schaffung von Liquidität laut VI. Abschnitt dieses Gesetzes.“*

Qualcuno chiede la parola su questo articolo? Il consigliere Urzì, ne ha facoltà.

**URZÌ (AN):** La formulazione dell'articolo 7 prevede questa forma di aiuto alle aziende costituite da lavoratori licenziati, sia alle imprese individuali sia alle imprese di più persone che si consociano e devono assumere una forma cooperativa o, per meglio dire, prevede che alle imprese che hanno una forma cooperativa si applicano le disposizioni di cui alla legge provinciale 8 gennaio 1993, n. 1. Sostanzialmente più che una illustrazione da parte della Giunta provinciale pongo un interrogativo di carattere generale. Il cittadino, indipendentemente dal fatto di essere licenziato o di essere travolto dal fallimento di un'impresa nella quale era dipendente, in linea di principio può aderire comunque ad un'azienda individuale o, con altri soci, a forme di sostegno economico. Questo è disciplinato dall'attuale normativa che prevede tutta una serie di interventi, garanzie, sostegno all'avvio ecc. La condizione particolare che si vuole creare per questa tipologia di lavoratori licenziati cosa intende prefigurare, oltre le misure attuali già previste?

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**ROSA THALER ZELGER**

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**PRÄSIDENTIN:** Wer möchte noch das Wort zu diesem Artikel? Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Es geht um Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. An welche praktischen Situationen denkt man hier? Da gibt es sicher einen konkreten Anlass, wenn Sie von Arbeitern reden, die aufgrund von Konkursen oder anderen Insolvenzverfahren entlassen worden sind. Außerdem geht es um die Einfügung der Worte "*sowie von Unternehmen, die ausschließlich von Personen, die sich in einer derartigen Lage befinden, in Form einer Gesellschaft gegründet werden.*" Auch dazu möchte ich genauere Informationen. Um welche Unternehmen handelt es sich dabei bzw. wie dringend ist diese Maßnahme? Es steht, dass die Beihilfen höchstens für einen Zeitraum von zwei Jahren gewährt werden können. Ich nehme an, dass das EU-Vorgaben sind. Dann steht: "*70 Prozent für Vorhaben laut fünftem und siebtem Abschnitt ...*". Handelt es sich da um Umschulungen?

**SIGISMONDI (AN):** Anche il mio più che un intervento è una richiesta di delucidazione, tolto il fatto che quando si sente dire "per il sostegno all'economia", c'è un po' di difficoltà da parte nostra a capire quali sono i sostegni espressi all'economia da parte della Giunta provinciale, perché credo ci vorrebbero 18 mila volumi per riuscire a scriverli tutti! Se ho capito bene trattasi di "aiuti ad imprese costituite da lavoratori licenziati". Io non voglio far polemica, Lei oggi è un'autorevole rappresentante del Parlamento, però prima che se ne vada vorrei qualche chiarificazione su quella storia infinita della Speedline, perché se questa fabbrica ricade all'interno di questo articolo, che il Signore ce ne scampi! E dico il perché. Ho letto di corsi a non finire, riqualificazioni a non finire, ho letto di stanziamenti di denaro pubblico, che poi si risolvono alla fine per 8 operai, e che se gli stessi stanziamenti fossero stati utilizzati per gli stessi operai in forma totale là da dove provenivano, magari avrebbero vissuto 15 anni con più calma. Non voglio accusare, però, assessore, va fatta chiarezza, va capito che cosa significano per questa amministrazione gli aiuti diretti a sostenere la costituzione e lo sviluppo di imprese individuali. Perché Lei sa meglio di me che non vi è solo il sostegno all'economia e quindi una serie di invenzioni di corsi che non riusciamo a capire dove portano, quanto riqualificano, e dalle interrogazioni che abbiamo fatto come gruppo consiliare non riusciamo a capire quanti di questi lavoratori riqualificati sono stati reinseriti nell'ambiente lavorativo. Io ho quattro interrogazioni con quattro risposte diverse, probabilmente perché il problema è complesso, al punto tale che anche le risposte sono enormemente complesse e secondo me anche confuse. Qual è la ratio di questo articolo? Dove si vuole arrivare? Non c'è peggio che la confusione in questo articolo che parla di sostegno all'economia. Tolto il fatto che non voglio aprire il coperchio di quella pentola spaventosa che riempie la Formazione professionale, perché collegato a questo articolo, quindi nei progetti di riqualificazione degli operai licenziati o delle aziende che hanno licenziato una gran parte di operai, oppure di altra procedura concorsuale, anche la Formazione professionale con dei corsi istituiti ad hoc ci mette del suo, a noi basterebbe sapere che cosa avete seriamente intenzione di fare con questo articolo. Poi potete fare tutti i trionfalismi che volete, potete istituire tutti i corsi che volete, ma se i risultati sono quelli che abbiamo ottenuto con la Speedline, con le accuse del corpo operaio e degli operai licenziati all'interno della fabbrica, le cose sono queste: o non abbiamo capito niente noi, o non hanno capito niente gli operai, o forse avete capito tutto voi, però con le critiche sia da parte degli operai sia che da parte nostra. Quindi, per favore, ci spieghi meglio questo intervento.

**GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit):** Vedo che forse i colleghi non conoscono la norma, ma il consigliere Minniti che è un mio collega dell'Inps la conosce sicuramente. Quando i lavoratori vengono messi in lista di mobilità per riorganizzazione aziendale o per fallimento dell'azienda o per chiusura,

esiste una procedura molto specifica per metterli in questa lista. A seconda dell'età godranno dell'indennità di mobilità da uno a tre anni che per alcuni lavoratori particolarmente svantaggiati o vicini alla pensione può anche andare oltre. Questa indennità di mobilità ha un primo pagamento da parte dell'azienda nel momento in cui chiede di mettere in mobilità i lavoratori, ha bisogno dell'autorizzazione del Ministero del Lavoro, della Previdenza sociale e dell'Inps, perché è una prestazione che viene pagata da quest'ultima. Se questi lavoratori messi in mobilità vengono assunti da un'altra azienda, quest'ultima per lo stesso periodo per il quale il lavoratore avrebbe avuto diritto alla mobilità, ha uno sconto contributivo del 50%. L'azienda ha quindi un risparmio nell'assunzione.

Esiste un'altra possibilità. I lavoratori in mobilità possono chiedere la liquidazione in un'unica soluzione di questa indennità, però devono mettersi in cooperativa e rilevare l'azienda. Questa situazione è prevista dalle norme nazionali. Noi abbiamo avuto alcuni casi – rispondo alla consigliera Klotz – anche in provincia. La Vercellio a Selva dei Molini è l'ultima azienda nella quale abbiamo attivato questa formula. Non è il caso della Speedline, perché ha avuto un problema di ordini, quindi non è che se i lavoratori fossero riusciti a mettersi insieme sarebbero riusciti a farla diventare produttiva, perché il problema era la mancanza di mercato rispetto a quello che producevano. La stessa cosa sarebbe per la Dupont. Mentre quando un'azienda ha dei problemi che non sono legati all'andamento del mercato, ma ad una situazione del datore di lavoro che non intende continuare, può verificarsi una situazione di questo tipo.

Il collega Frick con questo articolo ha chiesto di non condizionare questa opportunità solo ai lavoratori che scelgono di mettersi in cooperativa ma di poter utilizzare le stesse regole anche per imprese individuali. Questa norma è consolidata a livello nazionale per quanto riguarda il comportamento relativo all'indennità di mobilità. Esiste per quanto riguarda le cooperative, a cui è strettamente collegato, e fino adesso queste situazioni, collega Sigismondi, ci sono sempre andate bene, e lo sanno anche gli operai. Forse il collega non ha ascoltato la risposta, perché ho detto che non potrebbe funzionare per la Speedline. Ha invece funzionato per altre situazioni nelle quali la condizione di fallimento o di vendita è diversa da quella della Speedline. Questo articolo allarga solo la possibilità che è già prevista per le cooperative anche alle imprese individuali costituite da lavoratori licenziati ecc.

Praticamente la formula che abbiamo utilizzato positivamente per le cooperative, con questo articolo 7, viene allargata anche alle imprese che hanno natura non di cooperativa.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über Artikel 7 ab.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Beschlussfähigkeit, bitte.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen. Somit ist Artikel 7 genehmigt.

*Art. 8-bis*

*Änderung des Landesgesetzes vom 4. März 1996, Nr. 6, „Förderungsmaßnahmen zum Bau und zur Modernisierung von Seilbahnanlagen“*

*1. Nach Artikel 1 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 4. März 1996, Nr. 6, in geltender Fassung, wird folgender Absatz hinzugefügt:  
„7. Beläuft sich die Differenz zwischen zulässiger Ausgabe im Sinne von Artikel 2 des Dekretes des Landeshauptmanns vom 8. April 1997, Nr. 9, in geltender Fassung, und gewährtem Zuschuss auf weniger als 30 Prozent ersterer, ist der Nachweis über die Einbringung von Eigenkapital nicht erforderlich.“*

-----  
*Art. 8-bis*

*Modifica della legge provinciale 4 marzo 1996, n. 6, recante “Provvidenze per la costruzione e l’ammodernamento degli impianti a fune”  
1. Dopo il comma 6 dell’articolo 1 della legge provinciale 4 marzo 1996, n. 6, e successive modifiche, è aggiunto il seguente comma:  
“7. La dimostrazione di apporto di capitale proprio non è richiesta nel caso in cui la differenza tra la spesa ammissibile ai sensi dell’articolo 2 del decreto del Presidente della Giunta provinciale 8 aprile 1997, n. 9, e successive modifiche, e il contributo concesso sia inferiore al 30 per cento della prima.”*

Ich verlese einen von den Abgeordneten Kury, Heiss und Dello Sbarba eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel wird gestrichen."

"L'articolo è soppresso."

Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Dieser Artikel ist neben den Raumordnungsartikeln und weiteren zur Lehrlingsausbildung einer der umstrittensten in diesem Gesetz. Hier geht es darum, dass man den Nachweis des Eigenkapitals, der beim Bau von Aufstiegsanlagen bisher vorgesehen war, streicht. Der allgemeine Absatz 6, dem dann dieser Absatz 7 hinzugefügt wird, besagt, dass bei der Ausschüttung der ersten oder einzigen Beitragsrate der Zuschussempfänger den Nachweis erbringen muss, dass er Eigenkapital im Ausmaß von 50 Prozent des gewährten Zuschusses beigesteuert hat. So war es bisher und unserer Meinung nach sollte es auch so weiterhin sein. Die Landesregierung sieht das anders und will die Notwendigkeit dieses Eigenkapital-Nachweises merklich lockern. Ich frage mich wirklich, wie man zu so einem Vorschlag kommt! Wir wissen, dass die Aufstiegsanlagen landauf und landab in finanziellen Nöten stehen. Sehr viele stehen vor dem Aus, aber dennoch werden immer wieder neue Aufstiegsanlagen gebaut. Dass

man in dieser Situation nichts anderes im Sinn hat, als den Sockelbeitrag von Seiten des Initiators zu reduzieren, scheint in die entgegengesetzte Richtung von dem zu gehen, was man eigentlich tun sollte. Man sollte sicher sein, dass Eigenkapital in einem ordentlichen Ausmaß vorhanden ist, damit der Zuschuss des Landes nicht vergebens ist, wenn die Aufstiegsanlagen dann nach ein paar Jahren bankrott gehen. Das ist ein völlig falscher Ansatz, und deshalb ersuchen wir den Landesrat, diesen Artikel noch einmal zu überdenken. Auch der Kollege Pöder wird seine Befürchtungen in Bezug auf diesen Artikel darlegen. Er nimmt ja an, dass man damit den Aufstiegsanlagen in Ulten entgegenkommen will. Es macht keinen Sinn, auf Teufel komm raus Aufstiegsanlagen zu bauen, die zu nichts anderem gut sind, als sich gegenseitig die Kunden abzuwerben.

**PÖDER (UFS):** Die Kollegin Kury hat die grundsätzlichen Probleme schon erklärt. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass es in Zukunft einen Rattenschwanz an Problemen geben wird, wenn der Eigenkapital-Nachweis erlassen wird. Ein Eigenkapital-Nachweis hat schon auch eine bestimmte Logik, denn es sollte schon so sein, dass man nur dann solche Projekte errichten kann, wenn auch ein entsprechender finanzieller Hintergrund besteht. Ich denke, dass in Zusammenhang mit diesem Artikel die Errichtung der Umlaufbahn Schwemmalm in Ulten ermöglicht werden soll. Man versucht, der Gesellschaft im Ultental beim Bau dieser Umlaufbahn zu helfen. Man weiß, dass die Ultner Ski- und Sessellift-AG nicht imstande ist, das gesamte Eigenkapital zu sammeln. 50 Prozent des Beitragsvolumens müssen als Eigenkapital vorhanden sein. Die zulässigen Kosten sind die konventionellen Baukosten. Der Landesregierung liegt offensichtlich schon ein Projekt vor, denn Landesrat Widmann hat mir offiziell bestätigt, dass die zulässigen Kosten 9,2 Millionen Euro betragen. Man hat den Ultnern 75 Prozent versprochen, in völliger Ausnutzung aller gesetzlichen Bestimmungen, denn eigentlich wären ja nur 45 Prozent erlaubt. Das wären dann 6,9 Millionen Euro, und 50 Prozent davon wären 3,5 Millionen, aber die Ultner sind nicht imstande, diesen Betrag an Eigenkapital zusammenzubringen. Man sammelt zwar fleißig Geld, aber man wird den erforderlichen Betrag bis zum Schluss nicht zusammenbringen. Deshalb ist dieser Artikel sicher eine Hilfe für die Ultner Ski- und Sessellift-AG. Auf jeden Fall ist es ein unglaublicher Zufall, dass man gerade in dem Augenblick, in dem die Ultner Ski- und Sessellift-AG in Schwierigkeiten ist, mit einem solchen Artikel daherkommt. Die Erfordernis des Eigenkapital-Nachweises sollte beibehalten werden. Im spezifischen Fall Ulten ist das noch zusätzlich eine Schweinerei, denn 91 Prozent der Abstimmenden haben zu diesem Projekt klar Nein gesagt. Diese Volksabstimmung ist verbindlich und kann auch nicht durch einen Gemeinderatsbeschluss gekippt werden. Dieser Artikel wird einen Domino-Effekt einleiten und die Gelüste werden nicht nur geweckt, sondern bestehen wahrscheinlich schon. Wie gesagt, der Eigenkapital-Nachweis hat eine Logik. Was geschieht morgen, wenn wir uns noch einmal den spezifischen Fall Ulten anschauen? Man weiß, dass eine solche Umlaufbahn

jährlich 500.000 bis 600.000 Euro an Betriebskosten verschlingt. Diese wird man niemals auch nur annähernd ausgleichen können! Allein die Stromkosten der Umlaufbahn übertreffen jene der derzeitigen Anlagen zusammen. Man wird auch nicht imstande sein, die nötigen 2.400 Leute am Tag dorthin zu bringen. Eine solche Umlaufbahn wird sich also in keinsten Weise rechnen. Mit dieser Gesetzesänderung müssen sie das Vorhandensein von Eigenkapital nicht nachweisen, erhalten einen Beitrag vom Land, bauen den ganzen Krempel, müssen dann auch Gelder zurückzahlen, die sie anderswo leihen müssen, und müssen auch die jährlichen Betriebskosten zahlen. Das wird diese Gesellschaft und mit ihr die Gemeinde, die 23 Prozent an dieser Gesellschaft hält, in ein Loch reißen. Bis zum Schluss werden wieder die Bürger zur Kassa gebeten werden. Der Landtag sollte diesen Frevel nicht mitmachen, wenn man weiß, dass die großen Probleme und Schwierigkeiten erst danach kommen werden. Wenn eine Gesellschaft nicht einen bestimmten Eigenkapital-Nachweis erbringt, dann soll sie diese Anlagen auch nicht bauen dürfen!

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Frau Kury, Sie sagen, dass es nicht sinnvoll ist, öffentliches Geld zu investieren, wenn Gesellschaften nicht imstande sind, den Eigenkapital-Nachweis zu erbringen, und da gebe ich Ihnen Recht.

Kollege Pöder, ich kann Sie dahingehend beruhigen, dass dieser Artikel nicht für das Skigebiet Schwemmalm geschaffen wird. Dort wurden sämtliche Eigenkapital-Nachweise erbracht, und das kann ich Ihnen auch belegen. Somit ist Ihre Annahme falsch. Die Ultner werden die Umlaufbahn errichten, unabhängig davon, ob dieser Artikel genehmigt wird oder nicht. Hier geht es um ganz andere Dinge, nämlich um die kleinsten und schwächsten Skigebiete im Land. Denken Sie an Reinswald. Dort gibt es einen jährlichen Umsatz von 480.000 Euro, und deshalb hat die Gesellschaft keine Chance, den Eigenkapital-Nachweis zu erbringen. Auch das Skigebiet Pfelders hat keine Möglichkeit, den Eigenkapital-Nachweis zu erbringen. Deshalb ist es notwendig, diesen Artikel zu genehmigen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Streichungsantrag ab.

**PÖDER (UFS):** Beschlussfähigkeit, bitte!

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: 1 Ja-Stimme und 17 Nein-Stimmen. Somit ist der Streichungsantrag abgelehnt.

Möchte jemand das Wort zum Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.



Art. 8-ter

Änderung des Landesgesetzes vom 11. August 1998, Nr. 9, "Finanzbestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1998 und für den Dreijahreshaushalt 1998-2000 und andere Gesetzesbestimmungen"

1. Artikel 21-bis Absatz 6-quater des Landesgesetzes vom 11. August 1998, Nr. 9, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„6-quater. Die Reduzierung des Steuersatzes gemäß Absatz 6-ter findet keine Anwendung für Wirtschaftskategorien, die keinen Zugang zur Förderungen gemäß den Landesgesetzen vom 13. Februar 1997, Nr. 4, in geltender Fassung, und vom 20. August 1972, Nr. 15, in geltender Fassung, haben.“

2. Artikel 21-bis Absatz 6-septies des Landesgesetzes vom 11. August 1998, Nr. 9, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„6-septies. Absatz 6-quinquies findet auch auf verbundene Gesellschaften Anwendung, die auf das Steuersubjekt, das die Reduzierung gemäß Absatz 6-ter beansprucht sowie auf Gesellschaften, auf die das Steuersubjekt, das die Reduzierung gemäß Absatz 6-ter beansprucht, entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit des Kapitals oder der Stimmrechte bzw. durch Vereinbarungen oder Ähnliches einen beherrschenden Einfluss ausüben.“

3. Nach Artikel 21-bis Absatz 6-septies des Landesgesetzes vom 11. August 1998, Nr. 9, in geltender Fassung, wird folgender Absatz eingefügt:

„6-octies. Vorbehaltlich der geltenden Bestimmungen für die Fälle von unrechtmäßiger Inanspruchnahme von wirtschaftlichen Begünstigungen wird die Förderung auch bei Nichteinhaltung der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Bestimmungen widerrufen.“

-----  
Art. 8-ter

Modifiche della legge provinciale 11 agosto 1998, n. 9, recante "Disposizioni finanziarie in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della provincia per l'anno finanziario 1998 e per il triennio 1998-2000 e norme legislative collegate"

1. Il comma 6-quater dell'articolo 21-bis della legge provinciale 11 agosto 1998, n. 9, e successive modifiche, è così sostituito:

„6-quater. La riduzione di aliquota di cui al comma 6-ter non trova applicazione per tutte le categorie economiche che non possono accedere alle agevolazioni previste dalle leggi provinciali 13 febbraio 1997, n. 4, e successive modifiche, e 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche.“

2. Il comma 6-septies dell'articolo 21-bis della legge provinciale 11 agosto 1998, n. 9, e successive modifiche, è così sostituito:

„6-septies. Il comma 6-quinquies si applica anche alle società collegate che esercitano sul soggetto passivo d'imposta, il quale applica la riduzione di cui al comma 6-ter, un'influenza dominante attraverso il controllo diretto o indiretto della maggioranza del capitale o dei diritti di voto, ovvero in virtù di accordi o altro; si applica anche alle società sulle quali il soggetto passivo d'imposta, il quale applica la riduzione di cui al comma 6-ter, esercita la medesima influenza.“

3. Dopo il comma 6-septies dell'articolo 21-bis della legge provinciale 11 agosto 1998, n. 9, e successive modifiche, è inserito il seguente comma:

*“6-octies. Fermo restando quanto disposto dalle vigenti norme di legge nel caso di indebita percezione di vantaggi economici, l'agevolazione viene revocata nel caso di inosservanza delle disposizioni di cui ai commi precedenti.”*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Frau Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Das ist die Änderung einer Bestimmung, die wir erst vor kurzem mit dem Haushaltsgesetz eingefügt haben. Es geht um die Reduzierung der IRAP. Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, dass wir bei der letzten Haushaltsdebatte ausgiebig über die IRAP-Senkung diskutiert haben. Jetzt wird diese Bestimmung schon wieder abgeändert ...

Landesrat Frick, ich glaube, ich spreche mit Ihnen! Zwischendurch bekommen Mitglieder der Landesregierung nicht mit, wenn es um ihre Artikel geht.

**FRICK (SVP):** *(unterbricht)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Eben! Dafür währt die Freude jetzt umso länger, zumal wir uns jetzt ausgiebig über diesen Artikel unterhalten können.

Ich beginne noch einmal, damit Sie auch alles mitbekommen. Dieser Artikel wurde im Dezember 2007 verabschiedet. Es geht um die IRAP-Senkung. Wir haben damals eine Senkung um einen Prozentpunkt für alle und um 0,5 Prozent für gewisse Leute beschlossen. Diese gewissen Leute wurden damals auch näher, indem wir einerseits die gesamten ATECO-Kodices angeführt haben, die ich beim vorliegenden Vorschlag nun vermisse. Die Änderung in Absatz 1 besteht im Grunde genommen darin, dass Sie das, was wir damals vereinbart hatten, jetzt wieder abändern und nur mehr die Kategorie laut Buchstabe i) aufrecht erhalten, nämlich alle jene Steuersubjekte, die Zugang zu den Förderungen gemäß den Landesgesetzen Nr. 4/1997 und Nr. 15/1972 haben. Warum dieser Sinneswandel innerhalb von fünf Monaten? Damals wurde es für notwendig befunden, diese ganzen Kategorien aufzuzählen, aber jetzt ist das anscheinend nicht mehr notwendig.

Auch Absatz 2 ist aus meiner Sicht nicht ganz nachvollziehbar. Da geht es um verbundene Gesellschaften bzw. darum, in welchen Momenten verbundene Gesellschaften eine IRAP-Senkung in Anspruch nehmen können. Dieser Formulierung auf den Grund zu gehen fällt mir etwas schwer, und deshalb möchte ich Sie fragen, was es mit diesem Absatz 2 auf sich hat. Vielleicht können Sie uns das so erklären, dass es

auch mittelmäßig Begabte verstehen. Ist gewährleistet, dass nicht beide Gesellschafter in den Genuss der IRAP-Senkung kommen?

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Herr Landesrat, hier geht es um den neuen Absatz 6-octies. *"Vorbehaltlich der geltenden Bestimmungen betreffend unrechtmäßige Inanspruchnahme wird die Förderung auch bei Nichteinhaltung der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Bestimmungen widerrufen."* Ist es normal nicht so, dass die Voraussetzungen überprüft werden, bevor man Bescheid gibt, dass man eine Förderung erhält? So, wie es hier steht, würden die Förderungen zugesagt und erst nachher würde kontrolliert, ob die Voraussetzungen dafür bestehen. Das ist doch ein Widerspruch!

**FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP):** Kollegin Klotz, das ist eine Verschärfung, die wir für den Fall eingeführt haben, dass jemand eine Förderung erhalten hat und sich im Rahmen der nachher stattfindenden Stichproben-Kontrollen herausstellt, dass die entsprechenden Voraussetzungen nicht gegeben waren. Wir wollen auf jeden Fall sicherstellen, dass wir jemandem, der unkorrekterweise zu einer Förderung gekommen ist, die Förderung im Nachhinein auch wieder nehmen können. Das wollten wir "expressis verbis" festlegen, damit es keine Unsicherheiten gibt.

Frau Kury, was den ersten Absatz anbelangt, ist es tatsächlich so, dass wir die komplexe Aufzählung der ATECO-Kodices überwunden haben. Dieselben waren kürzlich wieder einer leichten Änderung unterworfen, und das hätte uns in die unangenehme Situation gebracht, immer wieder Änderungen am einschlägigen Gesetz vornehmen zu müssen. Jetzt haben wir eine Formulierung gefunden, die das in jedem Fall immer abdeckt. Wir müssen ja nur garantieren, dass diejenigen, die einen Beitrag erhalten, gemäß unserem Gesetz von dieser Norm betroffen sind.

Der zweite Absatz ist komplizierter. Neu ist das Thema der Mehrheit. Man musste verhindern, dass eine Gesellschaft sagt "Ich nehme die IRAP-Reduzierung in Anspruch " und die zweite Gesellschaft sagt "und ich kassiere die Beiträge." Das wollten wir regeln. Dabei wurde aber zu wenig berücksichtigt, dass das nur dann gelten muss, wenn die Verbindung von Gesellschaften zu einer Kontrolle der einen über die andere führt. Deshalb ist das Neue an der Formulierung die Kontrolle der Mehrheit der entsprechenden Aktien.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über Artikel 8-ter ab.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Beschlussfähigkeit, bitte.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Frau Präsidentin, ich ersuche Sie, die Abstimmung zu wiederholen, denn ich zweifle die Richtigkeit des Ergebnisses an.

**PRÄSIDENTIN:** Gut. Wir wiederholen die Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen. Somit ist der Artikel genehmigt.

Art. 9

*Änderung des Landesgesetzes vom 19. Februar 2001, Nr. 5,  
„Ordnung der Skischulen und des Skilehrerberufs“*

*1. Artikel 3 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 19. Februar 2001, Nr. 5, erhält folgende Fassung:*

*„2. Die Anwärter in den einzelnen Disziplinen erlangen auf Antrag, sobald sie die praktisch-theoretisch-didaktische Prüfung über den ersten Ausbildungsabschnitt bestanden haben, die Qualifikation als Skischulassistenten. Nach Eintragung in das Sonderverzeichnis des Landesberufsverzeichnisses sind sie befugt, für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren im Rahmen einer Skischule und unter Aufsicht des Skischulleiters systematischen Fachunterricht im Skilauf in Form eines Praktikums zu erteilen, welcher Bestandteil der beruflichen Ausbildung ist. Die Landesberufskammer überwacht die tatsächliche Absolvierung des Praktikums. Die Skilehrer der Skischule haben in der Beschäftigung Vorrang gegenüber den Skischulassistenten.“*

*2. Artikel 6 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 19. Februar 2001, Nr. 5, erhält folgende Fassung:*

*„3. Auf Vorschlag der Landesberufskammer und unter Beachtung von Artikel 22 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. März 1991, Nr. 81, setzt die Landesregierung die Zulassungsvoraussetzungen für die Eignungsprüfung, die Dauer, die Häufigkeit, die Programme und die Art der Abwicklung der Ausbildungskurse, die Kriterien und die Programme der Prüfungen zur Erlangung der Lehrbefähigung sowie die Mindestdauer des Praktikums fest.“*

*3. Artikel 6 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 19. Februar 2001, Nr. 5, erhält folgende Fassung:*

*„5. Die Befähigungsprüfungen werden vor den in Artikel 7 vorgesehenen Prüfungskommissionen abgelegt. Zugelassen werden jene Kandidaten, welche die Kurse regelmäßig besucht und das vorgeschriebene Berufspraktikum absolviert haben. Der zuständige Landesrat oder die zuständige Landesrätin unterschreibt die Prüfungsdiplome.“*

-----

Art. 9

*Modifiche della legge provinciale 19 febbraio 2001, n. 5, recante “Ordinamento della professione di maestro di sci e delle scuole di sci”*

*1. Il comma 2 dell’articolo 3 della legge provinciale 19 febbraio 2001, n. 5, è così sostituito:*

*“2. Gli aspiranti nelle varie discipline conseguono su richiesta, dopo il superamento dell’esame pratico, teorico e didattico sui primi moduli*

*della formazione, la qualifica di assistenti di scuola di sci e, previa iscrizione nell'elenco speciale dell'albo professionale provinciale, sono ammessi, per un periodo complessivo non superiore a cinque anni, ad impartire, nell'ambito di una scuola di sci e sotto la vigilanza del direttore della stessa, sistematica istruzione tecnica nello sci sotto forma di un tirocinio, che costituisce parte integrante della formazione professionale. Il collegio provinciale controlla l'effettivo espletamento del tirocinio. I maestri di sci della scuola di sci hanno precedenza occupazionale nei confronti degli assistenti di scuola di sci."*

2. Il comma 3 dell'articolo 6 della legge provinciale 19 febbraio 2001, n. 5, è così sostituito:

*"3. La Giunta provinciale, su proposta del collegio provinciale e nel rispetto delle disposizioni di cui all'articolo 22, comma 2, della legge 8 marzo 1991, n. 81, determina i requisiti di ammissione all'esame di idoneità, la durata, la frequenza, i programmi e lo svolgimento dei corsi di formazione, i criteri e i programmi degli esami per il conseguimento dell'abilitazione professionale nonché la durata minima del tirocinio."*

3. Il comma 5 dell'articolo 6 della legge provinciale 19 febbraio 2001, n. 5, è così sostituito:

*"5. Gli esami di abilitazione sono sostenuti innanzi alle commissioni d'esame previste nell'articolo 7. Sono ammessi agli esami i candidati che hanno frequentato regolarmente i corsi e che hanno assolto il prescritto tirocinio professionale. I diplomi d'esame sono firmati dall'assessore o dalla assessora competente."*

Möchte jemand das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab.

**MINNITI (AN):** Chiedo la verifica del numero legale.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Ich ersuche einen der Präsidialsekretäre zu zählen: mit 17 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 9-bis

Änderung des Landesgesetzes vom 13. Dezember 1991, Nr. 33,  
„Berg- und Skiführerordnung“

1. Artikel 26 des Landesgesetzes vom 13. Dezember 1991, Nr. 33,  
erhält folgende Fassung:

*„Art. 26 (Alpines Vermögen) - 1. Die Landesregierung ist ermächtigt, den alpinen Vereinen Alpenverein Südtirol und Club Alpino Italiano Jahrespauschalhilfen für Instandhaltungsspesen geringen Ausmaßes für Schutzhütten, alpine Wanderwege und Klettersteige zu gewähren. Mit Durchführungsverordnung werden die Kriterien für die Gewährung und Auszahlung der Beiträge und Beihilfen, die Unterlagen, die dem entsprechenden Gesuch beizulegen sind, sowie die Einreichfrist für die Gesuche festgelegt.“*

-----

Art. 9-bis

*Modifica della legge provinciale 13 dicembre 1991 n. 33, recante "Ordinamento delle guide alpine - Guide sciatori"*

1. L'articolo 26 della legge provinciale 13 dicembre 1991, n. 33, è così sostituito:

*"Art. 26 (Patrimonio alpinistico) - 1. La Giunta provinciale è autorizzata a concedere alle associazioni alpinistiche Alpenverein Südtirol e Club Alpino Italiano sovvenzioni annue forfettarie per le spese di manutenzione di modesta entità dei rifugi, dei sentieri e degli itinerari alpini. Nel regolamento di esecuzione sono stabiliti i criteri per l'erogazione e la liquidazione dei contributi e delle sovvenzioni, la documentazione richiesta e la data di presentazione delle domande."*

Möchte jemand das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 5 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 9-ter

*Änderung des Landesgesetzes vom 7. Juni 1982, Nr. 22, „Bestimmungen über die Schutzhütten - Maßnahmen zugunsten des alpinen Vermögens der Provinz“*

1. (gestrichen).

2. Artikel 3 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 7. Juni 1982, Nr. 22, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

*„1. Die Betriebserlaubnis für Schutzhütten wird vom zuständigen Landesrat erteilt. Sie umfasst neben der Beherbergung auch die Verabreichung von Speisen und alkoholischen Getränken, einschließlich hochgradig alkoholischer Getränke. Ohne eigene behördliche Erlaubnis ist in Schutzhütten auch der Verkauf jener Waren zulässig, die in Beherbergungs-, in Schank- und in Speisebetrieben verkauft werden dürfen.“*

-----  
Art. 9-ter

*Modifica della legge provinciale 7 giugno 1982, n. 22, recante "Disciplina dei rifugi alpini - Provvidenze a favore del patrimonio alpinistico provinciale"*

1. (soppresso)

2. Il comma 1 dell'articolo 3 della legge provinciale 7 giugno 1982, n. 22, e successive modifiche, è così sostituito:

*"1. L'autorizzazione a gestire un rifugio alpino è rilasciata dall'assessore competente. Essa comprende, oltre all'esercizio propriamente ricettivo, anche l'attività di somministrazione al pubblico di alimenti e bevande alcoliche, inclusi i superalcolici. Nei rifugi alpini è consentita, senza apposita autorizzazione amministrativa, anche la vendita degli articoli che possono essere venduti negli esercizi ricettivi nonché negli esercizi di somministrazione di bevande e/o pasti."*

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. RICCARDO DELLO SBARBA**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Qualcuno chiede la parola su questo articolo? Nessuno. Allora passiamo alla votazione: approvato con 1 voto contrario, 6 astensioni e i restanti voti favorevoli.

*Art. 9-quater*

*Modifica della legge provinciale 7 aprile 1997 n. 5, recante "Interventi della Provincia autonoma di Bolzano per il sostegno di rifugi alpini"*

*1. Il comma 4 dell'articolo 2 della legge provinciale 7 aprile 1997 n. 5, e successive modifiche, è così sostituito:*

*"4. Il sostegno è revocato, qualora entro 5 anni dalla data di ultimazione dei lavori o dalla data dell'ultima fattura ammessa al sostegno venisse mutata la destinazione di rifugio alpino ai sensi dell'articolo 1. La restituzione del sostegno avviene in proporzione alla durata residua."*

-----

*Art. 9-quater*

*Änderung des Landesgesetzes vom 7. April 1997, Nr. 5,*

*„Maßnahmen des Landes Südtirol zur Förderung von Schutzhütten“*

*1. Artikel 2 Absatz 4 des Landesgesetzes vom 7. April 1997, Nr. 5, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„4. Sollte innerhalb von 5 Jahren ab Abschluss der Bauarbeiten oder ab dem Datum der letzten zur Auszahlung der Beihilfe gelangten Rechnung die Zweckbestimmung als Schutzhütte gemäß Artikel 1 geändert werden, wird die Förderung widerrufen. Die Rückzahlung der Beihilfe erfolgt im Verhältnis zur verbleibenden Restdauer.“*

Ha chiesto intervenire il consigliere Urzì, ne ha facoltà.

**URZÌ (AN):** L'ultimo passaggio che dice "La restituzione del sostegno avviene in proporzione alla durata residua" fa intendere come in un certo qual modo venga concessa una sorta di autorizzazione alla mutazione della destinazione. Autorizziamo come Provincia autonoma di Bolzano la mutazione della destinazione, poi arriviamo a compensazione, nel senso che per il lasso di tempo in cui questa destinazione avviene, nell'arco del periodo in cui era previsto il sostegno da parte della Provincia, si riottiene la restituzione del sostegno stesso. Viene a cadere sostanzialmente il carattere di penalizzazione che l'articolo in sé dovrebbe contenere. È una formula di garanzia per la Provincia che dice che si è esposta, ha riconosciuto dei contributi. Se l'azienda non sta ai patti si richiede indietro la quota di contributo per il periodo in cui si non si è svolta l'attività per cui era stato concesso il contributo. Sostanzialmente non dico che sembri un incentivo affinché questo accada, in una fase di avvio questo sostegno viene concesso dopodiché può succedere di tutto. La mia è solo una riflessione a voce alta.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Herr Landesrat, ich ersuche Sie um folgende Auskunft. Wir lesen hier, " ... *ab Abschluss der Bauarbeiten oder ab dem Datum der letzten zur Auszahlung der Beihilfe gelangten Rechnung* ...". Das ist meines Erachtens eine Erleichterung.

Noch eine weitere Frage. Bisher galt die Regel "*dann wird die Förderung widerrufen und in vollem Umfang eingetrieben* ...". Jetzt wird das geändert: "... *Die Rückzahlung der Beihilfe erfolgt im Verhältnis zur verbleibenden Restdauer.*" Das ist meines Erachtens auch eine Abschwächung der bisherigen Regelung, weshalb ich fragen möchte, welche konkrete Situation man da im Auge hat.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Bisher wurden die Förderungen bei Änderung der Zweckbestimmung in vollem Umfang widerrufen, jetzt gilt das aber nur mehr im Verhältnis zur verbleibenden Restdauer. Das ist eine merkliche Erleichterung! Das Land prämiert damit jemanden, der mit der Förderung etwas anderes tut als das, wofür er angesucht und einen Beitrag erhalten hat.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist die Sache ganz einfach. In der gesamten Gastgewerbeordnung werden sämtliche Förderungen anteilmäßig und nicht in vollem Umfang zurückgezahlt, wenn die Zweckbestimmung geändert wird. Ich mache Ihnen ein konkretes Beispiel: Eine Schutzhütte wird dann einer anderen Zweckbestimmung zugeführt, wenn beispielsweise zum Teil nicht durch eigene Schuld eine Zufahrtsstraße errichtet wird. Wenn Forstwege oder Zufahrten zu einem Hof oder Wanderwege ausgebaut werden, dann kann der Wirt der Schutzhütte doch nichts dafür, und bei der nächsten Sitzung des Alpinbeirates wird der Schutzhütte der Schutzhüttencharakter aberkannt! Deshalb ist es durchaus richtig, dass er nicht sämtliche Beiträge zurückzahlen muss, sondern dass das anteilmäßig auf die fünf Jahre aufgeteilt wird. Ich glaube, dass man die Schutzhüttenbetreiber vor solchen nicht selbst verschuldeten Endklassifizierungen schützen sollte.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo 9-quater.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Beschlussfähigkeit, bitte.

**PRESIDENTE:** Va bene. Prego uno dei segretari questori di contare: approvato con 15 voti favorevoli, 4 voti contrari e 3 astensioni.



*Art. 9-quinquies*

*Modifica della legge provinciale 2 dicembre 1985, n. 16, recante  
"Disciplina dei servizi di trasporto pubblico di persone"*

*1. Il comma 9 dell'articolo 17 della legge provinciale 2 dicembre 1985,  
n. 16, e successive modifiche, è così sostituito:*

*"9. I contributi erogati a norma della presente legge sono esclusi dalla  
base imponibile ai fini dell'imposta regionale sull'attività produttiva  
(IRAP) nella misura della loro correlazione a componenti negativi di  
bilancio considerati ai fini dell'applicazione del presente articolo e non  
ammessi in deduzione ai fini IRAP."*

-----  
*Art. 9-quinquies*

*Änderung des Landesgesetzes vom 2. Dezember 1985, Nr. 16,  
„Regelung des öffentlichen Personennahverkehrs“*

*1. Artikel 17 Absatz 9 des Landesgesetzes vom 2. Dezember 1985,  
Nr. 16, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:*

*„9. Die Beiträge, die aufgrund dieses Gesetzes gewährt werden, sind  
von der Steuerbemessungsgrundlage für die Regionale Wertschöpfungssteuer  
(IRAP) im Ausmaß ihrer Korrelation zu den negativen Bilanzposten,  
die für die Anwendung dieses Artikels berücksichtigt werden und nicht  
IRAP-abzugsfähig sind, ausgenommen.“*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich möchte auch hier wieder darauf hinweisen, wann dieser Artikel das letzte Mal geändert worden ist, nämlich im Dezember 2007. Da gibt es also Änderungen im Halbjahresrhythmus! Dies vorausgeschickt, möchte ich die Mitglieder des Landtages ersuchen, sich diesen Artikel durchzulesen. Ich möchte sehen, ob irgendjemand etwas versteht! Ich habe mir diesen Artikel fünf Mal durchgelesen und nach dem fünften Mal habe ich zu meinem Kollegen Heiss gesagt: "Bitte, lies Du ihn!" Auf jeden Fall herrschte allgemeine Ratlosigkeit vor. *"Die Beiträge, die aufgrund dieses Gesetzes gewährt werden, sind von der Steuerbemessungsgrundlage für die regionale Wertschöpfungssteuer IRAP im Ausmaß ihrer Korrelation zu den negativen Bilanzposten, die für die Anwendung dieses Artikels berücksichtigt werden und nicht IRAP-abzugsfähig sind, ausgenommen."* Um das zu verstehen, braucht es wirklich Erleuchtung!

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Natürlich auch eine Erläuterung! Nachdem aber nicht jeder Bürger Zugang zur Erläuterung hat, hätte ich diesen Artikel zuerst einmal gerne verstanden. Dann könnte man sich überlegen, ob man ihn vielleicht nicht so formulieren könnte, dass er für mittelmäßig Begabte verständlich ist. Man könnte ja auch ein Preisausschreiben machen. Demjenigen in diesem Landtag, der versteht, was mit diesem Artikel bezweckt wird, spendiere ich wirklich von Herzen gerne eine Pizza!

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ja, eine Pizza Margarita mit Salami könnte ich jetzt schon bestellen. Landesrat Frick schaut nämlich düster drein und denkt!

Spaß beiseite, Artikel sollten so formuliert sein, dass sie auch verständlich sind. Landesrat Frick, könnten Sie das für uns noch veranlassen?

**FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP):** Ich schaue sehr zufrieden drein, Kollegin Kury, weil ich gerade die Mitteilung erhalten habe, dass ein Gesetz, das man "killen" wollte, vor dem Verfassungsgerichtshof Erfolg hatte, weil die hochgelobte Regierung in Rom den Termin für eine Eingabe versäumt hat. Wir dürfen uns also gemeinsam über diese erfreuliche Nachricht freuen!

Was den Artikel 9-quinquies anbelangt, sollten wir uns nicht unnötig den Kopf über irgendwelche Dinge zerbrechen. Dieser Artikel wurde von den Fachleuten der Abteilung Finanzen erarbeitet. Es gibt eine politische Zielsetzung, die eine Doppelbesteuerung ausschließen soll. Diese Zielsetzung ist abgesegnet worden, und wir sind davon überzeugt, dass die Techniker meines Assessorats diese Zielsetzung korrekt umgesetzt haben. Diese Maßnahme ist nicht an den einzelnen Bürger, sondern an die einschlägigen Organisationen gerichtet, aber sollte jemand nähere Details wollen, so werden wir diese natürlich nachliefern.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Herr Landesrat, es freut uns, dass Sie bereit sind, uns die wissenschaftliche Abhandlung zu diesem Artikel zukommen zu lassen, aber hier geht es um Wichtigeres. Ich muss nämlich wissen, ob ich Landesrat Widmann eine Pizza zahlen muss, und insofern bräuchte ich die Erklärung heute schon! Man sollte schon wissen, über was man abstimmt!

**FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP):** Es geht um die Überwindung der Doppelbesteuerung in Zusammenhang mit der IRAP und somit um die Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich hoffe also, dass die Grünen diesem Artikel zustimmen.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sull'articolo: approvato con 15 voti favorevoli e 9 voti contrari.

*Art. 9-sexies*

*Modifiche della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, recante  
"Norme in materia di pubblici esercizi"*

*1. L'articolo 12 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, è abrogato.*

2. I commi 1 e 2 dell'articolo 30 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, sono così sostituiti:

"1. La licenza di esercizio può essere rilasciata solo se i locali dell'esercizio nonché i locali di soggiorno del personale risultano conformi alla normativa vigente in materia, nonché idonei al mantenimento dell'ordine e della sicurezza pubblica.

2. La licenza di esercizio non può essere rilasciata, se i locali non sono conformi alla normativa vigente in materia per tutelare clientela e personale da pericoli per la vita o la salute."

3. Il comma 1 dell'articolo 31 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, è così sostituito:

"1. La concessione edilizia per la costruzione o per l'ampliamento di pubblici esercizi è rilasciata garantendo l'osservanza delle prescrizioni di cui all'articolo 30 nonché la realizzazione delle infrastrutture prescritte dalla legge."

4. L'articolo 32 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, è così sostituito:

"Art. 32 (Inquinamento da rumore) - 1. L'inquinamento acustico prodotto dai pubblici esercizi deve essere mantenuto entro i livelli prescritti dalla normativa vigente in materia.

2. Ove l'inquinamento acustico superi i livelli prescritti dalla normativa vigente in materia, può essere disposta l'anticipazione dell'orario di chiusura; in caso di reiterazione può essere revocata la licenza d'esercizio."

5. Il comma 7 dell'articolo 33 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, e successive modifiche, è così sostituito:

"7. La classificazione è attribuita dal sindaco, sulla base di un parere vincolante dell'assessore provinciale al turismo, contestualmente al rilascio della licenza di esercizio, in ordine al quale costituisce condizione necessaria e indispensabile. In caso di esercizi ricettivi a carattere alberghiero che richiedono la classificazione con attribuzione di tre stelle "superior", quattro stelle, quattro stelle "superior" o cinque stelle, il parere vincolante dell'assessore provinciale al turismo è preceduto da un sopralluogo eseguito da una commissione indipendente, composta da una persona in rappresentanza della ripartizione provinciale competente e da una in rappresentanza dell'associazione di categoria più rappresentativa degli albergatori. Eventualmente può essere nominata come componente della commissione anche una persona esperta nel settore del turismo."

6. Il comma 1 dell'articolo 38 della legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58, è così sostituito:

"1. Gli esercizi pubblici e ricettivi forniscono, durante l'intero orario di apertura, le usuali prestazioni a chiunque ne domandi e ne corrisponda il prezzo. Per la somministrazione di pasti il gestore può stabilire specifici orari, nell'ambito dell'orario di apertura."

-----

Art. 9-sexies

Änderung des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58,  
„Gastgewerbeordnung“

1. Artikel 12 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, ist aufgehoben.

2. Artikel 30 Absätze 1 und 2 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, erhalten folgende Fassung:

„1. Die Erlaubnis zur Führung eines gastgewerblichen Betriebes darf nur erteilt werden, wenn die Betriebsräume und sonstigen Betriebsflächen sowie die für die Unterbringung der Beschäftigten bestimmten Räume den einschlägigen Bestimmungen und den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Anforderungen entsprechen.

2. Die Erlaubnis darf nicht erteilt werden, wenn die Betriebsräume nicht den einschlägigen Bestimmungen zum Schutz der Gäste und der Beschäftigten gegen Gefahren für Leben und Gesundheit entsprechen.“

3. Artikel 31 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, erhält folgende Fassung:

„1. Die Baukonzession für den Neubau oder die Erweiterung eines gastgewerblichen Betriebes wird erteilt, sofern die Einhaltung der Vorschriften laut Artikel 30 sowie die Schaffung der gesetzlich vorgeschriebenen Infrastrukturen gewährleistet werden.“

4. Artikel 32 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, erhält folgende Fassung:

„Art. 32 (Lärmbelästigung) - 1. Der durch gastgewerbliche Betriebe verursachte Lärm muss innerhalb der laut den einschlägigen Bestimmungen vorgegebenen Grenzen gehalten werden.

2. Übersteigt die Lärmbelästigung die von den einschlägigen Bestimmungen vorgegebenen Grenzen, kann eine Vorverlegung der Sperrstunde verfügt werden; im Wiederholungsfall kann die Erlaubnis zur Führung eines gastgewerblichen Betriebes widerrufen werden.“

5. Artikel 33 Absatz 7 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„7. Gleichzeitig mit der Erteilung der Erlaubnis zur Führung eines gastgewerblichen Betriebes nimmt der Bürgermeister auf der Grundlage eines bindenden Gutachtens des Landesrates für Tourismus die Einstufung vor, ohne welche die Erlaubnis nicht erteilt werden kann. Bei Beherbergungsbetrieben, die eine Einstufung mit drei Sternen „Superior“, vier Sternen, vier Sternen „Superior“ oder fünf Sternen beantragen, muss dem bindenden Gutachten des Landesrates für Tourismus der Ortsaugenschein einer unabhängigen Kommission vorausgehen. Diese Kommission setzt sich aus einer Person in Vertretung der zuständigen Landesabteilung und einer Person in Vertretung der repräsentativsten Berufsvereinigung der Hoteliers und Gastwirte zusammen. Gegebenenfalls kann auch eine Tourismus-Fachperson zum Mitglied der Kommission ernannt werden.“

6. Artikel 38 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58, erhält folgende Fassung:

„1. Die gastgewerblichen Betriebe erbringen während der gesamten Öffnungszeiten die üblichen Leistungen jedem, der sie verlangt und den entsprechenden Preis dafür zahlt. Für die Verabreichung von Speisen kann der Betreiber besondere Zeiträume innerhalb der Öffnungszeiten festlegen.“

Do lettura di quattro emendamenti, presentati a questo articolo.

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba:  
"Il comma 1 è soppresso."

"Absatz 1 wird gestrichen."

**Emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba:  
"Il comma 4 è così sostituito/Absatz 4 erhält folgende Fassung:

'Art. 32 (Inquinamento da rumore)

1. L'inquinamento acustico prodotto dai pubblici esercizi deve essere mantenuto entro i livelli prescritti dalla normativa vigente in materia.
2. Ove l'inquinamento acustico superi i livelli prescritti dalla normativa vigente in materia, è revocata la licenza d'esercizio; in casi meno gravi è disposta l'anticipazione dell'orario di chiusura".

-----

Art. 32 (Lärmbelästigung)

1. Der durch gastgewerbliche Betriebe verursachte Lärm muss innerhalb der laut den einschlägigen Bestimmungen vorgegebenen Grenzen gehalten werden.
2. Übersteigt die Lärmbelästigung die von den einschlägigen Bestimmungen vorgegebenen Grenzen, so wird die Erlaubnis widerrufen; in weniger schwerwiegenden Fällen wird die Vorverlegung der Sperrstunde verfügt."

**Emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba:  
"Il comma 5 è soppresso."

"Absatz 5 wird gestrichen."

**Emendamento n. 4**, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba:  
"Il comma 6 è soppresso."

"Absatz 6 wird gestrichen."

Ha chiesto intervenire la consigliera Kury, ne ha facoltà.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Zunächst möchte ich ankündigen, dass der erste Abänderungsantrag zurückgezogen wird.

Ich erläutere jetzt den Abänderungsantrag Nr. 2, vor allem für die Kollegen von Alleanza Nazionale. Es geht hier um ein wichtiges Thema, nämlich um die Lärmbelästigung durch Gastlokale. Dieses Problem kennen vor allem die Bozner, wobei zu sagen ist, dass die Gemeinde versucht hat, das Problem in der bestmöglichen Form zu lösen. Natürlich kennen auch die Meraner und Brixner dieses Problem, und wir wissen, dass es zu Beginn der Sommerzeit zunehmen wird. Die Gastgewerbeordnung beinhaltet einen Absatz zum Problem Lärm durch gastwirtschaftliche Betriebe. Im Lärmgesetz ist diesbezüglich hingegen nichts enthalten. Wir waren schon ziemlich erschüttert, als wir gesehen haben, dass die momentane Regelung, die nicht unbedingt gut greift, noch einmal verwässert werden soll. Im Artikel 32 der Gastgewerbeordnung steht Folgendes: "*Übersteigt die Lärmbelästigung die annehmbaren Grenzen, so wird die Erlaubnis widerrufen. In weniger schwerwiegenden Fällen wird die Vorverlegung der Sperrstunde verfügt.*" Die Änderung sieht nun Folgendes vor: "*Übersteigt die*

*Lärmbelästigung die annehmbaren Grenzen, kann die Vorverlegung der Sperrstunde verfügt werden. Im Wiederholungsfall kann die Erlaubnis widerrufen werden."* Das, was bisher eine Ist-Bestimmung war, wird jetzt zu einer Kann-Bestimmung und somit zu einer völligen Auslegungsfrage. So eine Norm macht keinen Sinn, da sie nicht umgesetzt werden kann. Die einzige Möglichkeit ist jene, zunächst einen Kompromiss zwischen Gemeinde und Barbetreibern zu finden. Wenn dieser Kompromiss dann ausgehandelt worden und klar ist, dass die Lärmbelästigung nach einer gewissen Uhrzeit nicht mehr besteht, dann können alle damit leben. Wenn ich weiß, dass ich ab 23.30 Uhr meine Ruhe habe, dann werde ich den Abend so verbringen, dass ich nicht vor dieser Uhrzeit schlafen gehe. Wenn ich schlafen gehe und die Lärmbelästigung weiter geht, dann werde ich wütend, Landesrat Widmann! Nehmen Sie dieses Problem bitte ernst! Ich bin in Meran die Ansprechpartnerin für eine Bürgerinitiative. In einem bestimmten Ort in Meran gibt es drei, vier Lokale, die Musik auch im Freien spielen, und zwar bis zwei Uhr in der Früh. Es gibt eine sogenannte Anweisung des Bürgermeisters, die besagt, dass die Lautstärke ab 23.00 Uhr auf ein verträgliches Maß herabgesetzt werden muss. Dieses verträgliche Maß ist ein sehr subjektives, denn wenn ich dort bin und ein Bier trinke, dann ist das verträgliche Maß ein anderes, als wenn ich im angrenzenden Haus schlafen möchte. Ich bin davon überzeugt, dass es das Mindeste ist, dass Grenzwerte eingehalten werden müssen. Eingehalten werden sie nur dann, wenn ein, zwei, drei Übertretungen hintereinander auch tatsächlich geahndet werden. Verstärkte Musik im Freien ist bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in Ordnung, aber danach muss sie abgedreht werden. Das ist nur möglich, wenn Sie diese Aufweichung nicht vornehmen, Landesrat Widmann. Das Problem wird wirklich von vielen Menschen wahrgenommen. Auch ich bin davon betroffen, und die Lärmbelästigung Tag und Nacht ist gesundheitsschädigend. Wir müssen Kompromisse finden, mit denen beide, also sowohl die Barbetreiber und die Anrainer, leben können. Ich ersuche also alle, ...

**URZÌ (AN):** (*interrompe*)

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Collega Urzì, se tu vai troppo veloce con la tua macchina e la polizia ti becca, cosa succede? Ti può forse dare una multa? Eine Kann-Bestimmung ist ein Blödsinn! Insofern ersuche ich darum, die geltende Bestimmung nicht zu verwässern.

Ich komme zu Abänderungsantrag Nr. 3. Wir haben gestern anlässlich der Raumordnung über bindende und nicht bindende Gutachten diskutiert. Landesrat Laimer hat immer wieder gesagt, dass es keine bindenden Gutachten geben würde, da immer die Landesregierung entscheiden würde. Wenn ich jetzt aber sehe, dass laut vorliegendem Artikel der zuständige Landesrat ein bindendes Gutachten bei der Entscheidung in Bezug auf die Einstufung von Beherbergungsbetrieben abgibt und vorher steht, dass der Lokalausweis von einer unabhängigen Kommission durchgeführt

wird, dann frage ich mich, welche Rolle diese unabhängige Kommission hat. Diese unabhängige Kommission kann eine super Arbeit machen, aber dann kommt der Landesrat mit einem bindenden Gutachten und die Sache ist geritzt. Diese beiden Formulierungen sind inkonsequent. Entweder es gibt keine Kommission, deren Gutachten in die Entscheidung des Landesrates einfließt, oder es gibt den Landesrat, der sowieso entscheidet, was er will. Wir schlagen also die Streichung von Absatz 5 vor.

Ich komme jetzt zum Abänderungsantrag Nr. 6. Hier geht es darum, nach zwei Uhr in der Früh keinen Alkoholausschank mehr zuzulassen. Dieser Absatz, der irgendwie versteckt bestimmt, dass die gastgewerblichen Betriebe während der gesamten Öffnungszeiten die Leistungen erbringen dürfen, ist die Verklausulierung der Forderung, auch nach zwei Uhr Alkohol ausschenken zu dürfen. Denn dann kommt der Satz "Speisen sind ausgenommen", und damit ist klar, um was es geht, nämlich um den Getränkeausschank. Ich nehme an, dass dieser Streichungsantrag angenommen wird, denn das ist zwischen dem Kollegen Seppi und der Mehrheit ja so ausgemacht worden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich melde mich zu Wort, weil wir dauernd mit dieser Materie konfrontiert werden. Es muss unser Bestreben sein, einen Ausgleich zwischen den Erfordernissen des Tourismus' und jenen der Bürger, die in diesen Ortschaften wohnen, zu finden. Es gibt einschlägige Bestimmungen, die Grenzwerte festlegen, und wenn diese überschritten werden, dann muss das geahndet werden. Sonst hätten sie ja keinen Sinn. Wenn wir da eine Kann-Bestimmung einfügen, dann ist der Interpretationsspielraum der Behörden einmal so und einmal anders. Hier braucht es Rechtssicherheit. Deshalb bin ich gegen diese Kann-Bestimmung und unterstütze somit den entsprechenden Abänderungsantrag.

**URZÌ (AN):** Parliamo sugli emendamenti che incidono sul testo originario. Il n. 2 prevede una forma perentoria di revoca della licenza d'esercizio e solo in casi meno gravi la disposizione dell'anticipo dell'orario di chiusura. È una misura che i colleghi del gruppo Verde hanno ritenuto di proporre e su cui apriamo il dibattito. Riguarda un tema che è stato estremamente coinvolgente in provincia di Bolzano, in particolar modo a Bolzano, ma anche nel resto della provincia. È un problema e come tale va affrontato. A questo punto si tratta di definire le forme e i modi in cui debba essere previsto un intervento che riesca, come è stato già detto, ma vale la pena ribadirlo, a conciliare i diritti, che sono un aspetto fondamentale della nostra società, e le diverse esigenze, quelli degli utenti, della popolazione che ha il diritto di poter godere di una offerta diversificata di esercizi pubblici, i quali possano dare un'adeguata offerta di servizi. In questi sono compresi l'intrattenimento musicale piuttosto che altre forme che sempre comportano un certo grado di rumorosità. Vi è poi il diritto degli esercenti che hanno il dovere di gestire la propria attività nella forma più economicamente compatibile, che sia di sviluppo dell'impresa che hanno allestito, assieme al diritto però an-

che della popolazione residente di poter godere della quiete pubblica, un concetto che deve essere assolutamente sottolineato. Come si fa a conciliare questi tre diritti? Affiora quel principio di ordine generale a cui altri colleghi si sono riferiti, che è quello del buon senso. Ma l'esperienza ci insegna come il buon senso non sempre abbia orientato le scelte. Questo lo riferisco sia alle istituzioni che sono chiamate al rispetto delle regole e delle norme, sia agli esercenti che non sempre sono stati attenti al rispetto di queste norme forzandole in maniera calibrata in modo da evitare le conseguenze, sia talvolta a una certa fascia di popolazione residente che ha dimostrato, solo in talune circostanze e talvolta non sempre in modo giustificato, una certa intolleranza verso manifestazioni o gestione di servizi che comportano anche un loro grado di disturbo della quiete pubblica limitato nel tempo.

Il problema che dal nostro punto di vista è quello centrale è quello del contenimento in primo luogo dei disturbi accessori all'esercizio di questo tipo di attività commerciale. Il disturbo accessorio è dato il più delle volte dalla frequentazione di quell'esercizio da parte di un pubblico che a questo punto si sente assolutamente esonerato dal rispetto di una norma che non è scritta necessariamente, ma è dettata dal rispetto della quiete pubblica, nel senso che la disciplina che è stata dettata disciplina in maniera chiara anche a coloro che risiedono nei luoghi in cui questi esercizi insistono, determinano un periodo di tempo entro il quale può essere esercitata una certa attività. Quindi è previsto che alle ore 12 piuttosto che alle 1 o alle 2 questa attività debba cessare. Il problema vero che è stato lamentato dall'opinione pubblica a ragion veduta, e noi siamo dalla parte dei cittadini in questa battaglia, è quello del disordinato contenimento della frequentazione di questi locali, che crea il maggiore disturbo alla quiete pubblica rispetto a quanto non lo procuri il locale di per sé. Spesso non è la musica ad un certo volume che crea un disagio profondo, talvolta lo è, non voglio dare dati assoluti, molto più spesso però è la frequentazione disordinata. Non voglio citare casi che sono sotto gli occhi di tutti, ne cito uno per tutti, quello di via Cappuccini a Bolzano. Quello è un caso disastroso di come un'attività commerciale incida gravissimamente sul diritto fondamentale dei cittadini ad una loro vita garantita nella sicurezza, nella quiete, nella pulizia, nell'igiene, determinata da un indotto e, se vogliamo, da una cultura. Esiste un fatto culturale sul quale c'è bisogno di intervenire con forza. D'altronde questo disegno di legge è iniziato con un fortissimo dibattito che ha coinvolto tutto questo Consiglio, e alcuni colleghi in maniera più significativa su quel passaggio di legge che prevedeva la possibilità di derogare dalle norme nazionali rispetto alla possibilità di vendere bevande alcoliche anche dopo una certa ora. Su questo il dibattito si è arenato. C'è stata una fortissima tensione che nasceva da una esigenza forte che non solo era quella di riferirsi ad una norma nazionale per applicarla anche in Alto Adige, ma era quella di sensibilizzare l'opinione e la maggioranza di questo Consiglio su un problema, ossia il problema culturale, che in Alto Adige esiste ed è conclamato, di un tranquillo abuso della licenza che è concessa al cittadino non solo per quanto riguarda il consumo e l'abuso dell'alcol, ma anche per quanto riguarda la licenza di poter poi



sfogare ciò che dall'abuso dell'alcol si determina in maniera la più indisciplinata possibile.

Il problema è complesso, non riguarda solo ed esclusivamente la gestione commerciale, riguarda anche un fenomeno culturale sul quale c'è la necessità di intervenire con una pluralità di strumenti. Se la maggioranza ha ritenuto di ritirare quel passaggio di legge che prevedeva la deroga dalla norma nazionale e quindi dal divieto di somministrazione di bevande oltre le due di notte, bene si è fatto, anche se dopo una fortissima pressione di ordine politico. Non lo si è fatto su convinzione, ed è male perché evidentemente non si è compreso qual era il valore del messaggio politico che una parte di questo Consiglio aveva ritenuto di sollevare, che era di ordine culturale. Comprendo che stiamo allargando il ragionamento, ma abbiamo il dovere di farlo se vogliamo porre delle soluzioni ad un problema che è conclamato. Collega Kury, noi siamo la parte politica che più di altre ritiene anche in questo Consiglio, assieme ad altri colleghi di altri gruppi politici, che la legalità sia un principio fondamentale ed ineludibile. Legalità significa certezza. Io detto una legge che deve essere rispettata. Siamo anche però dell'avviso che non basti solo ed esclusivamente il bastone, ma che occorra usare altri strumenti talvolta di ordine culturale, altre volte di ordine sociologico, talvolta di elaborazione di un concetto.

Abbiamo sentito affiorare nell'ambito di questo dibattito idee di diverso tipo, alcune delle quali proponevano di creare le città dei divertimenti fuori dai centri urbani dove non ci sono complessi residenziali. Io non sono d'accordo, perché il concetto da cui partiamo è l'integrazione perfetta e l'integrazione dei diritti perfetta, di quelli degli esercenti, della popolazione residente, ma anche dei diritti dei cittadini che hanno il diritto di poter godere di una società che offre, nella maniera ordinaria e disciplinata, dei servizi di prossimità, quindi a maggior ragione sotto casa e nell'area residenziale. Quindi non facciamoci trascinare da idee che porterebbero a forzare queste problematiche, portando il pensiero a soluzioni che sono forti come quella del trascinamento al di fuori del tessuto urbano dei luoghi delle "città dei balocchi", dei luoghi dove ci si diverte, ci si intrattiene e dove c'è la possibilità di ascoltare un po' di musica. Non demonizziamo gli esercizi pubblici, perché sarebbe un gravissimo errore! Certo, facciamo sentire il fiato sul collo agli esercenti pubblici, ma facciamolo sentire anche a coloro che li frequentano. Questo non voglio che venga interpretato come un appello alle Forze dell'ordine che svolgono il loro lavoro in maniera coerente e costante, a cui noi tutti dobbiamo riconoscenza e gratitudine, ma il problema è più generale, è la consapevolezza da parte del governo di maggioranza di questa provincia di un problema su cui si deve intervenire, perché è il problema collaterale più grave del problema centrale indicato da questa norma di legge, con strumenti adeguati. Bisogna formare ed educare soprattutto le giovani generazioni rispetto a questo dovere al rispetto del prossimo, dell'altro, cosa che spesso non esiste in Alto Adige.

Se volessimo, in linea astratta e di principio, dire se siamo d'accordo o non siamo d'accordo sull'approvazione sic et simpliciter di un emendamento come quello

proposto dal gruppo Verde che dice: se sgarri, ti faccio pagare, mi verrebbe da essere d'accordo, però è anche vero che non è solo con questo strumento, con il bastone, che in questo caso risolviamo il problema, anche perché ci sono le mille variabili di cui bisogna tener conto del superamento dei limiti di rumorosità di quanti decibel, della graduazione della pena. Poi ci deve essere il ricorso sulla taratura dello strumento che ha verificato questa infrazione ecc. La misura è draconiana, per riprendere un concetto usato dalla collega Kury. Credo che bisogna mettere nelle mani delle istituzioni uno strumento per intervenire, ma che venga esercitato con ragionevolezza, buon senso, con forza nei confronti degli esercenti, a tutela della popolazione residente che rivendica il diritto alla quiete pubblica, ai sonni tranquilli, alla tranquillità dell'anima che è legata ad un sonno che possa essere garantito dal silenzio! Però si intervenga con la stessa determinazione anche sull'altro comparto che qui non compare nella norma di legge, che è il degrado di ordine morale, etico di una parte di popolazione soprattutto giovanile, rispetto alla società, per cui tutto è ammesso, compreso trattenersi dalle 2, orario di chiusura, fino alle 5, starnazzando per strada, magari buttando qua e là bottiglie di vetro, seminando la strada di cocci, piuttosto che creare problemi di varia altra natura, anche igienica, cose che non appartengono all'altro mondo, appartengono all'Alto Adige! Sull'emendamento in termini assoluti e concettuali potrei essere anche d'accordo, ma credo che si debba applicare nei termini di buon senso e ragionevolezza, con gradazioni della pena, così come previsto dal testo originario, raccomandando però alle istituzioni ad essere inflessibili, e questo voglio che venga riscritto a verbale, che non accada fra un mese che poi a fronte di gravi violazioni l'istituzione si appelli a quel "può" per dire che non fa nulla. Ma vorrei che a verbale rimanesse anche un altro concetto, ossia che qualcuno dalla Giunta provinciale intervenisse per dire: bene, approvata una norma che ci permette di intervenire con durezza sugli esercenti pubblici, io allo stesso identico modo metto in atto una campagna, tutti gli strumenti utili e possibili per intervenire su quella parte di popolazione locale, su quella gioventù che non ha più rispetto del prossimo. E questo è un fatto grave di ordine culturale, e un'amministrazione seria deve riferirsi a queste degradazioni del proprio carattere e della propria dignità per poter sanare alla radice il problema quando si manifesta. Il problema è manifesto. La Provincia autonoma di Bolzano non solo in questa legge voleva la norma che permetteva di sbevacchiare fino alle 4 di mattina, ma non ha previsto una riga per dire cosa vogliamo fare sui giovani di oggi invece che solo ed esclusivamente punire gli esercizi pubblici. Noi vogliamo l'integrazione dei diritti, quelli di tutti. Si parta da questo principio per fare un'azione forte, che sia garantita, dell'amministrazione provinciale soprattutto per chi questi diritti li viola!

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol):** Zu diesem Artikel liegen noch drei Abänderungsanträge vor.

Der Abänderungsantrag Nr. 2 bezieht sich auf den neu formulierten Artikel 32 der Gastgewerbeordnung. Ich möchte den Herrn Landesrat fragen, wie man das in

der Praxis zu gestalten gedenkt. Gibt es Durchführungsbestimmungen? Wann wird eine Vorverlegung der Sperrstunde verfügt, wann nicht? Was heißt "im Wiederholungsfall"?

Eine Frage auch zum Abänderungsantrag Nr. 3. Der neu formulierte Absatz 5 soll also gestrichen werden. Bisher war für die Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung des Gastgewerbes der Bürgermeister zuständig. Jetzt ist ein bindendes Gutachten des Landesrates vorgesehen. Auch bei der der Zuteilung der Sterne ist jetzt ein bindendes Gutachten vorgesehen. Haben die Bürgermeister diesen Wunsch geäußert?

Zu Abänderungsantrag Nr. 4. Hier geht es um eine Präzisierung der bestehenden Bestimmung. "*Die gastgewerblichen Betriebe erbringen während der gesamten Öffnungszeiten die üblichen Leistungen jedem, der sie verlangt und den entsprechenden Preis dafür zahlt .*" Neu hinzu kommt jetzt folgender Passus: "*Für die Verabreichung von Speisen kann der Betreiber besondere Zeiträume innerhalb der Öffnungszeiten festlegen.*" War das bisher nicht klar genug oder was ist der Grund für diesen Zusatz?

**URZÌ (AN):** Sull'ordine dei lavori. Chiedo una verifica di ordine tecnico anche prima di poter esprimere un voto definitivo sull'emendamento n. 2, perché nel testo in lingua italiana si dice: "*ove l'inquinamento acustico superi i livelli prescritti vigenti in materia è revocata la licenza d'esercizio*". Quindi dove c'è la violazione, è revocata la licenza di esercizio. Questa è la conseguenza. Poi c'è scritto: "in casi meno gravi ...". Ma rispetto a che cosa? Rispetto al superamento dei livelli prescritti? In questo caso non è una violazione, ed è incoerente, sul piano linguistico, – non sto parlando del merito – che si disponga una penalizzazione per un non episodio. Forse, ma questa è la mia interpretazione che consegno alla Sua interpretazione e La prego poi di verificarlo insieme ai proponenti, quindi anche a Lei stesso, presidente, si voleva dire: nei casi meno gravi, cioè "*ove l'inquinamento acustico superi i livelli prescritti vigenti in materia, è revocata la licenza d'esercizio*", cioè anche se si supera il livello di mezzo decibel, si revoca la licenza, però nei casi meno gravi di superamento dei livelli acustici è disposta l'anticipazione dell'orario di chiusura. Allora l'emendamento avrebbe ha un senso. Vuol dire che se si supera il livello di 2,5 decibel, che è considerato un caso meno grave, anche se dovrebbe essere chiarito, si dispone una anticipazione dell'orario di chiusura e lascia alla discrezionalità all'ente di farlo o meno. Nel caso più grave, ossia sempre superato il livello prescritto dalla legge, ma più grave, si provvede ecc., perché questo cambia tutto, signor presidente. Vuol dire che viene introdotto il "deve" ma non come immediata revoca della licenza di esercizio. Chiedo anche l'adeguamento linguistico da parte dei proponenti per poter votare magari favorevolmente.

**PRESIDENTE:** Va bene, consigliere Urzì, è chiaro.  
Intanto diamo la parola al consigliere Seppi.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Io sono contento quando i colleghi intervengono sull'ordine dei lavori con dei concetti così evidenti, però vorrei anche dire al collega Urzì che, non essendo noi un branco di interdetti, quando l'ha spiegato una volta basta! Poi Lei è libero di spiegarlo tutte le volte che vuole, ma se il Presidente non l'avesse interrotta dicendo che è chiaro, l'avrebbe spiegato ancora. Ha ragione collega Urzì! La stessa collega Kury quando La guarda così perplessa, ha capito che ha ragione e ne prende atto.

C'è però un problema di fondo che è la non trasformazione della città in un ricovero, perché se è vero come è vero che ci sono dei giovani incivili che non hanno idee tanto chiare sul comportamento, è altrettanto vero che c'è tutta una serie di giovani civilissimi che però, nei limiti di quello che si può considerare un gioviale sabato sera o venerdì sera, hanno anche il diritto di divertirsi. Non criminalizziamo quindi nessuno, non pensiamo che la città debba essere un ricovero, ma non pensiamo nemmeno che via Cappuccini o altre vie di Bolzano il sabato sera possano essere trasformate in un lunapark! Ma sono due condizioni che vanno ad incastrarsi, come diceva il consigliere Urzì, in una situazione che deve trovare il suo equilibrio, ma senza la criminalizzazione.

Collega Kury, guardando il Suo emendamento, prendo atto di una cosa. Io ho un amico che ha un pub sotto i Portici e sono un po' invidioso. Allora, quando mi si presenta l'occasione, alzo il volume quando misurano i decibel e lui chiude il locale. Da parte vostra, che non siete giustizialisti, mi aspettavo un attimino più di equilibrio, perché superare una volta i decibel può essere anche una questione del tutto causale, da ammonire, ma arrivare a togliere una licenza ad un esercizio pubblico che ha dei dipendenti perché per una volta ha superato i decibel, mi sembra una esagerazione. Quando Lei, consigliera Kury, parlava dell'eccesso di velocità, è vero che se si supera di 40 km/h il limite Le ritirano la patente, ma è altrettanto vero che dopo 30 giorni, mi è successo, me l'hanno restituita. Intanto però devo superare di 40 km/h il limite. Quindi nell'emendamento avrebbe dovuto esserci la condizione che se uno supera del 40% ad esempio il massimo di decibel consentito, gli viene tolta la licenza. Fino al 40% gli facciamo un'ammenda, dopo tre volte che lo supera gli togliamo la licenza per tutta la vita. Ma essere così drastici nell'immediatezza è fuori luogo. È vero che ci sono situazioni che vanno rispettate, però anche sentire solo una parte della campana può portarci ad una situazione di fare delle proposte un po' esagerate. E questo mi sembra sia il caso.

Poi iniziamo a fare un distinguo, che qui non c'è, fra quello che è il rumore causato all'interno di un locale dalla musica, che non è mai quello che crea fastidio, e il caos creato al di fuori dei locali, quindi senza responsabilità diretta da parte del gestore, da parte di avventori che non necessariamente devono essere giovani, che fanno "casino" sulla strada. È questo il problema di via Cappuccini e di piazza delle Erbe, non è il problema del locale "Nadamas", la cui musica a volte non si sente nemmeno. Il problema è che i giovani escono dal locale, riempiono le bancarelle e usano dei com-

portamenti che sono al di là del consentito. Ma il gestore del locale che responsabilità ha? Invece c'è proprio un atteggiamento, da parte dell'amministrazione comunale adde-  
detta ai controlli e da parte della polizia che va a dare ai gestori dei locali delle respon-  
sabilità che non hanno, perché la legge dice chiaramente ad esempio che io non posso  
dare da bere ad un ubriaco, ma non sono responsabile di cosa fa l'ubriaco quando esce  
dal mio locale! Non sono mica responsabile io se qualcuno fa la pipì sulle bancarelle!  
È tutta una concezione culturale, come diceva prima il consigliere Urzì, perché oltre al  
bastone ci vuole la carota. Ma se la carota venisse usata nei termini che io intendo  
forse si berrebbe di meno e si farebbe qualcosa d'altro. Ma questa è anche una que-  
stione culturale, fa parte di un passato storico al quale la collega Gneccchi che mi sta  
ascoltando si ricorda molto bene, perché ha la mia età. Purtroppo l'uso del bastone ha  
sostituito la carota!

Capisco il problema, ma è troppo drastico questo emendamento, perché dire  
ad una persona che sbaglia una volta nella vita: ti sego le gambe per sempre, mi sem-  
bra una cosa inaccettabile. Diamogli una multa e concediamogli di essere più bravo  
dopo aver pagato un debito con la giustizia amministrativa! Ma dirgli che la prima  
volta che oltrepassa i limiti di decibel gli si chiude il locale - quello magari ha quattro  
dipendenti, debiti da pagare, il mutuo ecc. - non si può, collega Kury, mi appello alla  
Sua capacità di interpretare al meglio questo tipo di intervento. Mi sta bene una san-  
zione più ferrea, ma più elastica di quanto Lei chiede. Non si può castigare così!

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich würde die  
Kollegen Seppi und Urzì ersuchen, sich den bestehenden Artikel 32 der Gastgewerbe-  
ordnung durchzulesen. *"Ove l'inquinamento da rumore superi il livello di tolleranza, la  
licenza d'esercizio è revocata. In casi meno gravi è imposta l'anticipazione dell'orario  
di chiusura."*

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** *(interrompe)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Questa regola  
esiste da 20 anni e adesso l'assessore vuole fare da "è revocata ..." "si può revocare  
...".

**URZÌ (AN):** *(interrompe)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Volevo solo  
dire che la situazione non è buona perché c'è tanta gente che si lamenta. Bisogna tro-  
vare un compromesso! Quando i limiti imposti dalla legge vengono superati deve es-  
serci anche una sanzione. Noi chiediamo di ritornare al testo vigente. Dieser soll jetzt  
verwässert werden. Das ist der Punkt! Ich hoffe, dass das Problem verstanden wird. In  
der Situation, in der wir uns jetzt befinden, können wir die in der Gastgewerbeordnung

enthaltenen Lärmbestimmungen nicht noch einmal lockern. Kollege Seppi, natürlich stellen auch die Menschen ein Problem dar, aber ein noch größeres Problem sind die verstärkten Musikinstrumente im Freien.

Ich nehme die Korrekturvorschläge des Kollegen Urzì, statt "in casi" "nei casi" zu schreiben, an.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche darum, meine Stellungnahme zu den Änderungsanträgen morgen machen zu können.

**PRESIDENTE:** Va bene. Allora chiudo la seduta e ci vediamo domani mattina alle ore 10.00.

La seduta è tolta.

ORE 18.47 UHR

## SEDUTA 176. SITZUNG

29.5.2008

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BERGER (25, 43, 49, 55)

DURNWALDER (32, 36)

FRICK (75, 82)

GNECCHI (65, 68)

KLOTZ (21, 64, 67, 75, 90)

KURY (3, 5, 14, 20, 25, 31, 35, 42, 45, 47, 50, 51, 52, 56, 58, 64, 70, 74, 80, 81, 82, 85, 86, 93)

LAIMER (4, 15, 21, 51)

LEITNER (76, 87)

MUSSNER (53, 56)

PÖDER (49, 71, 72)

SEPPI (92)

SIGISMONDI (68)

URZÌ (67, 79, 87, 91)

WIDMANN (72, 80, 94)